

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. September 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Polizeischlachten.

Alle unparteiischen Zeugen stimmen darin überein, daß das Schreckenregiment der Polizei in Moabit gestern seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Polizei hat es glücklich durch ihr sinnloses Vorgehen fertig gebracht, den „Aufruhr“ aus den Nebenstraßen in die Hauptstraßen des belebten, volkreichen Stadtteils zu verpflanzen. In der Turmstraße, im kleinen Biergarten, wurde wieder und wieder Attade geritten, wurde auf das harmlose Publikum dreingeschlagen, als gelte es, einen rücksichtslosen Feind zu vernichten, wurden Greife, Kinder und Frauen durch Säbelhiebe mißhandelt und verwundet! Und das alles geschah, um eine Straße, eine Stadtgegend von „Aufrührern“ zu „säubern“, die in den normalsten Zeiten in den Abendstunden von Tausenden belebt ist. Das Vorgehen der Polizei hatte also nichts anderes bedeutet, als diese belebteste Verkehrsader für den Verkehr völlig zu sperren, ein Beginnen, das wiederum nur eine Störung der Ordnung war, nicht ein Schaffen von Ruhe und Ordnung. Dabei war gar keine Rede davon, daß sich das Publikum der Polizei gegenüber auffällig oder gar feindselig betragen habe. Aber die Polizei hatte sich nur einmal in den Kopf gesetzt, da Kirchhofsruhe zu schaffen, wo das Bogen der lebendigen Volksmassen das normale Straßenbild darstellt!

Die Sinnlosigkeit der Polizeiattaden der vorhergehenden Tage mußten sich noch einmal übergipfeln, um ihr Vorgehen für jedermann, auch für den polizeifreundlichsten Philister, als unerträglichsten Terrorismus erscheinen zu lassen! Nachdem die Polizei dergestalt noch einmal ihre totale Unfähigkeit bewiesen hat, den Funktionen einer Sicherheitsbehörde in einem modernen Staatswesen zu genügen, dürfte sie jetzt allmählich vom Schauplatz ihrer Taten verschwinden. Wenigstens haben sich bis zur 10. Abendstunde, in der wir diese Zeilen schreiben, Zusammenstöße nicht ereignet. Und das ist nicht etwa zurückzuführen auf die „ruhigere“ Haltung des Publikums, sondern auf größere Zurückhaltung der Polizei, die endlich doch wohl eingesehen hat, welche Fehler sie in den letzten Tagen begangen hatte.

Darüber, daß die Polizei mit ihren Maßnahmen die größten Mißgriffe begangen hat, ist sich die große Masse des Publikums bereits einig. Aber auch der größte Teil der Presse wird sich auf die Dauer dieser Einsicht nicht verschließen können. Daß die reaktionäre Sektpresse, daß die Organe des Großkapitals und des agrarischen Janhagels Gift und Galle gegen die Volksmassen und den „Vorwärts“ speien, ist ja selbstverständlich. Diese politischen Repressen hätten gar zu gern die tumultuarischen Vorgänge, die anfangs durch eine Gefindelhorde, später aber durch das Vorgehen der Polizei selbst hervorgerufen worden waren, zu ihren politischen Zwecken verwertet. Sie hätten gar zu gern den „Aufruhr“, der nur in der Gespensterseherei überreizter Polizeiorgane und ihrer journalistischen Handlanger existierte, der „unsterblichen“ Sozialdemokratie an die Rockschöße gehängt! Diese nach dem unerkümmelten Säbelregiment lehrende Ausbeuter- und Terroristenstippe hätte gar zu gern aus dem „Aufruhr“ eine sozialdemokratische Revoluzerei gemacht, um die geängstigte Krone und den ganzen Apparat des Polizeistaates nach russischer Manier gegen das Volk mobil zu machen! Und da diese perfiden Versuche wieder einmal vorbeigelungen sind, tobt sich der Kerger dieser giftigen Denunzianten in um so wüsterem Geschimpfe und blödsinnigeren Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie aus. Dieses Gezeifer vermögen wir mit aller Gelassenheit zu ertragen. Was wir aber mit schmerzlichem Bedauern konstatieren müssen, ist, daß selbst bis zum heutigen Tage die liberale Presse so gänzlich ihre Aufgabe verkannt hat, gegen die albernen Schorfmachereien und gegen das diktatorische Gebaren der Polizei Front zu machen!

Es hat sich mehr und mehr herausgestellt und wird jetzt auch jetzt von der bürgerlichen Richterstattung nicht mehr gelugnet, daß die Polizei mit einer maßlosen Rücksichtslosigkeit vorgegangen ist. Statt sich mit ruhigen Proklamationen an das Publikum zu wenden, statt sich an kommunale Körperschaften, an die Bürgervereine, an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu wenden, wie das für eine vernünftige, modernen Anschauungen entsprechende und den Ansprüchen der Zeit gewachsene Polizeibehörde selbstverständlich gewesen wäre, ging man mit brutaler Gewalt vor! Nicht nur die Exze-

zente sollten vertrieben werden — und von ihnen war in den letzten beiden Tagen überhaupt nichts mehr zu merken —, sondern auch das Publikum selbst, diese große Masse der friedlichen Bürger sollte einfach von der Straße verschwinden, ganz einerlei, welche Umstände Laufende zum Passieren der Straßen nötigten. Das war ein Vorgehen, so unsäglich kurzschichtig, kleinlicher und provozierender Art, wie es eben nur in einem rückständigen Polizeistaat, in dem preussischen Vorderrißland möglich ist! Und gegen ein solches Vorgehen hätte mindestens die liberale Presse gleich dem „Vorwärts“ den schärfsten, nachdrücklichsten Protest einlegen müssen. Sie wird auch mit dieser Kritik der polizeilichen Maßnahmen späterhin nicht zurückhalten können, aber dann ist es zu spät. Dann läßt sich das vergossene Bürgerblut nicht mehr hinwegwischen! Dann läßt sich die namenlose Erbitterung, die die vielen Tausende der in Kriegszustand versetzten Stadtteile ergriffen, nicht mehr auslöschen! Dann hat der Liberalismus wieder einmal das Nachsehen und braucht sich nicht zu wundern, wenn die Masse des Volkes je länger je weniger von einem Liberalismus etwas wissen will, der in jeder ersten Situation so jammervoll versagt!

Allein der „Vorwärts“ hat rechtzeitig seine warnende Stimme erhoben. Solange es sich um die Unterdrückung müßiger Erzeße eines kleinen Hauses verbrecherischen Gefindels handelte, hat er davon nicht mehr Notiz genommen, als ein solches Lokalereignis verdiente. Die Interessen der Arbeiterschaft blieben dabei ja völlig aus dem Spiel. Erst als sich die Polizei zu Maßnahmen forttrieb, die gänzlich ungerechtfertigt waren und die verhängnisvollsten Folgen nach sich zu ziehen drohten, erhob er schärfsten Einspruch. Auch da freilich plädierte er nicht in eigener Sache, sondern er sprach in öffentlichem Interesse. Denn das kindische Märchen, daß Sozialdemokraten am „Aufruhr“ beteiligt seien, durfte er nach seiner Kenntnis der Vorgänge als lächerliche Abgeschmacktheit mit verächtlichem Achselzucken beiseite schieben. Daß heute abend die „Freisinnige Zeitung“ sich bis zu einem gewissen Grade dies Märchen zu eigen macht, kennzeichnet nur den „Liberalismus“ dieses Blattes, das ja freilich schon zu den Tagen Eugen Richters in bornierterster Sozialistensprecherie gemacht hat! Ein verächtliches Achselzucken haben wir auch nur für eine Meldung des offiziellen Telegraphenbureaus, die folgendermaßen lautet:

Berlin, 29. September. (S. Z. W.) Nach amtlicher Feststellung befinden sich unter den am Dienstag aus Anlaß der Straßenkrawalle in Moabit wegen Aufzuges verhafteten 12 Exzedenten neun Personen, welche einer auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschaft angehören. Von diesen sind drei Personen auch Mitglieder eines hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins und vier sind streikende Kohlenarbeiter der Firma Kupfer u. Co. Daraus erhebt am besten, wie falsch die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung ist, daß bei den Streikunruhen organisierte Arbeiter und Streikende der Firma Kupfer u. Co. überhaupt nicht beteiligt seien.

Wenn Herr von Jagow, der diese Notiz offenbar inspiriert hat, auf denkende Menschen irgendwelchen Eindruck machen wollte, hätte er auch angeben müssen, unter welchen Umständen die 12 „Exzedenten“ verhaftet worden sind. Bisher ist nichts davon bekannt geworden, daß auch nur eine Person bei der Verübung einer strafwürdigen Handlung ergriffen worden wäre. Was ergriffen wurde, ist auf's Geratewohl aus der Menge heraus verhaftet worden. Ja, man griff sogar zu dem Nützlichsten und vorverfügbaren Mittel, trotz des Protestes der Ärzte die Bücher der Unfallstation zu beschlagnahmen, um Verletzte als mutmaßliche „Exzedenten“ zu ermitteln! Nun steht aber fest, daß allein sechs Journalisten mit dem Polizeisäbel Bekanntheit gemacht haben, ohne sich auch nur im geringsten strafbar gemacht zu haben. Und offenbar liegen gegen die 12 Verhafteten keine schwerwiegenden Verdachtsmomente vor, als gegen die sechs verprügelten Journalisten! Was also will das offiziöse Devisenbureau mit seiner Polizeinotiz eigentlich behaupten?! Daß unter den vielen Tausenden, gegen die die Polizei in Moabit Attade ritt, sich natürlich auch ein sehr großer Prozentsatz von politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern befunden hat, ist doch ganz selbstverständlich! Denn mit Stolz zählt die Sozialdemokratie gerade Moabit zu ihren Hochburgen. Herr v. Jagow sollte also schon etwas deutlicher werden, oder doch lieber auf die Inspiration der Wolffschen Depeschen

verzichten. Durch Polizeibulletins hat man sich in diesen Tagen doch schon mehr als genug blamiert!

Und wozu diese ganze Polizeiaktion? Wozu die Panzerotterklärung der Polizei? Wozu die ungeheure Werbearbeit für die Sozialdemokratie? Im Grunde genommen Herrn Stinnes, dem Zehngewaltigen, zu Liebe! Demselben Großkapitalisten zu Liebe, der, wie wir erfahren, die Firma Kupfer u. Co. finanziell fast vollständig beherrscht, der aber weiter bemüht ist, die großen Kohlenhandlungen Berlins aufzukaufen, um damit die Kohlenversorgung Berlins völlig in seine Hände zu bringen. Und natürlich nicht etwa, um der Berliner Bevölkerung durch eine solche Vereinfachung des Geschäftsmechanismus billigere Kohlen zu liefern, sondern um durch die Eroberung einer Monopolstellung die Kohlenpreise noch willkürlicher in die Höhe schrauben zu können! Im letzten Ende also sind diesem Geldproten zu Liebe Hunderte von Bürgern mit dem Polizeisäbel zuschanden geschlagen worden. So macht das Polizei-Preußen moralische Eroberungen im Volke!

Wachsende Empörung!

Daß auch bürgerliche Berichterstatter jetzt endlich, wo sie sich nicht mehr an den Erzählungen der Polizeibeamten genügen lassen, sondern nach ihren eigenen Ermittlungen die Dinge darstellen, der Wahrheit die Ehre geben müssen, verrät folgende Darstellung einer bürgerlichen Korrespondenz:

Wer am Morgen die Straßen Moabits durchschreitet, glaubt kaum, daß sich zwischen diesen Häuserreihen nachts so blutige, erbitterte Kämpfe abspielen können, wie in den letzten Tagen. Der Janhagel, der erst bei Anbruch der Dunkelheit aufzutreten pflegt, fehlt vollständig und die zur Arbeit eilenden Moabiter Bürger sehen wahrhaftig nicht so aus, als ob sie des Nachts Steinbombardements gegen die Schutzmannschaft eröffneten. Man muß im Gegenteil sagen, daß der weitaus größte Teil der Bewohner Moabits um die Schutzmannschaften einen weiten Bogen macht, um ja nicht — selbst am hellen Tage — den Beamten in bedrohliche Nähe zu kommen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Nervosität und die Angst der Moabiter Bürgerschaft vor dem „Schuß“ der Schutzleute aufs höchste gestiegen ist. Der Grund hierzu liegt in dem überaus rigorosen Vorgehen, das die Beamten sich in den letzten zwei Tagen gegen friedliche Menschen haben zuschulden kommen lassen. Nach 6 Uhr abends sieht man in der Nähe der Siedingen-, Beuffel- und Wilschstraße keinen Menschen mehr auf der Straße. Die Wohnungen sind mit Jalousien fest verschlossen und nur selten bringt ein mütter Lichtschein auf die Straße. In den Hausfluren stehen nur wenige Personen, die, wie hundertmal beobachtet werden konnte, beim Nähen eines Fremden in voller Angst die Treppen hinausstürzen. Fast alle Häuser der Siedingenstraße waren bereits um 1/2 8 Uhr fest verschlossen und der Zutritt wurde niemand, nicht einmal Bekannten gestattet. In der Gogrowskystraße wurden gestern Hausbewohner, die ruhig aus dem Fenster sahen, von Schutzleuten aufgefordert die Fenster zu schließen und Jalousien herunterzulassen. Falls dies nicht geschehe, werde man schießen. Wiederholt kam es auch vor, daß in der genannten Straße Schutzleute in das Haus eindringen und junge Mädchen und Frauen mit der blanken Waffe in der Faust bis in die zweite und dritte Etage hinauf verfolgten. Bei einem derartigen Uebergriff der Polizei stürzte eine junge Frau und zog sich einen doppelten Oberschenkelbruch zu. Ferner herrscht eine allgemeine Entrüstung darüber, daß die Kriminalbeamten

Gummiknäppeln

Vorübergehende oft ohne jeden Grund bearbeitet haben. So stürzte sich am Arminiusplatz gestern abend ein Kriminalbeamter von hünenhaftem Wuchs auf einen alten, etwa 75jährigen Mann, der bei der Säuberung des Platzes nicht schnell genug davonlaufen konnte. Der Geheimpolizist zog dem bedauerndwertigen alten Manne ein paar Hiebe über Rücken und Schulter, so daß der Greis fast zusammenbrach. Diese Tat wurde von der Menge mit Zurufen: „Wut, Bluthund! Wir leben doch nicht in Russland!“ kommentiert. Auch ein anderer Fall, der sich an der Ecke der Beuffel- und Turmstraße abspielte, rief die gerechte Empörung des Publikums hervor. Dort versuchte eine 65jährige Witwe mit ihrer achtjährigen Enkelin in dem Moment die Straße zu kreuzen, als der Platz gesäubert wurde. In ihrer Angst wandte sich die Frau mit dem laut weinenden kleinen Mädchen an einen Polizeibeamten, erhielt jedoch als Antwort einen Säbelhieb über den Kopf, während dem Kind der Oberarm aufgerissen wurde. Dieser Vorfall ist umso bedauerlicher, als er sich unter den Augen

von vier Polizeioffizieren abspielte. Es dürfte jetzt doch wohl an der Zeit sein, daß von Seiten der Offiziere den Mannschaften gegen Frauen und Greise eine gewisse Mäßigung auferlegt werde."

Säbelattacke auf vier ausländische Journalisten.

Mit welcher sinnloser Wut ein Teil der Schupleute in Moabit auf das Publikum eingehauen hat, beweist am besten die unglückliche Polizeiatte, die sich sechs Schupleute auf die Anreizung eines Zivilisten, also offenbar eines Kriminalschutzmannes, hin vier völlig unschuldigen Vertretern ausländischer Blätter gegenüber geleistet haben. Diese vier Journalisten, Vertreter großer englischer und amerikanischer Blätter, hatten sich im Automobil nach Moabit begeben, um sich dort mit eigenen Augen über das Wesen und den Verlauf der Straßenkämpfe zu informieren. Und ihre Information ist eine derartige gewesen, daß sie sicherlich in der ausländischen Presse das größte Aufsehen erregen wird. Die vier Journalisten sahen ruhig in ihrem Auto, um das Treiben der Polizei zu beobachten. Nichts als ein Kriminalbeamter unangenehm sein, daß die Polizeiatte bösartig unbeteiligte Zuschauer hatten, oder spulte gar in dem Hirn dieses Vaterlandsretters die aberwitzige Idee, in den Fingern des Autos geheime Organisations des Aufstandes vor sich zu haben — ein übergeschnapptes Berliner Blatt hatte ja sogar von ausländischen Emisären gesehelt, die den Zustand zu schüren bemüht seien — kurz, der Kriminalschutzmänn schrie einer Schupmannspatrouille zu, auf die vier ausländischen Pressevertreter einzuhauen. Vergewaltigten die vier Journalisten sich zu legitimieren: die sechs Schupleute hieben mit ihren Säbeln blindlings auf sie los und brachten einem von ihnen eine schwere Verletzung an der Hand bei. Wäre es nicht dem gleichfalls mitgehenden Chauffeur gelungen, sein Fahrzeug rasch in Bewegung zu setzen, so hätte es den Journalisten noch viel schlimmer ergehen können.

Der Vorfall hat gerade noch gefehlt! Er erfolgte auch für den Blinden und Polizeigläubigen blühartig die Situation! Er zeigte, daß ein Teil der Schupleute von einer wahren Raserei erfaßt ist. Er bewies, daß die Gefährdung der Sicherheit längst nicht mehr von dem Janhagel droht, sondern von den berufenen Hütern der Ordnung. Er beweist, wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er die Zurückziehung der Schupleute forderte!

Die folgende Darstellung des Falles, die bereits der Presse übergeben war, wurde auch unserem Bericht-erstatler gegenüber von den Herren Wile, Vertreter der „Daily Mail“-London, und Dr. Shaw, Vertreter der „Sun“-New York, zugleich im Namen der beiden anderen Ueberfallenen, als vollständig korrekt bezeichnet.

„Wir, Lawrence, Vertreter des Reuterschen Bureaus; Dr. Shaw, vom „New York Sun“; Tower, von den Londoner „Daily News“ und ich hatten uns ein Automobil gemietet und fuhren von 9 bis 11 Uhr in dem Aufzugsgebiet herum, um zu beobachten. In der Gegend der Reformationskirche, an der Ecke der Wittstoder und Rostocker Straße, hielt ein Polizeileutnant unseren Wagen an. Wir legitimierten uns durch unsere Mitgliedskarten des Vereins der ausländischen Presse, die mit unseren Wörtern versehen sind und polizeilich beglaubigt waren. Der Herr war äußerst liebenswürdig und gab uns bereitwilligst auf unsere Fragen Auskunft. Er ließ uns passieren.“

Wir kamen an den kleinen Tiergarten und hielten mit unserem Wagen vor dem Krankenhaus Moabit, von wo aus wir genau beobachten konnten, daß Schupleute die Menge durch den kleinen Tiergarten trieben. Im selben Augenblick rief ein Zivilist, der dicht neben unserem Wagen stand, einer Gruppe von sechs Schupleuten an, zeigte auf unseren Wagen und kommandierte:

„Dreinhauen! Auf die Kerle dort im Auto.“

Wir zogen sofort unsere Legitimationskarten und versuchten, uns den Beamten gegenüber als Pressevertreter zu legitimieren. Aber wir kamen gar nicht dazu, denn im Augenblick sauste ein Hagel von Schlägen auf uns nieder. Lawrence, der seine Hand auf die Wagenbrüstung gelegt hatte, erhielt ein paar Schläge über den Arm, von denen zwei die Hand kreuzweise trafen, daß sofort das Blut herausspritzte. Wir anderen duckten uns im Wagen nieder und wurden sämtlich auf Kopf und Schultern getroffen. Der Chauffeur, der den Beamten auch begreiflich machen wollte, daß wir uns schon einem anderen Beamten legitimiert hatten, wurde darauf gleichfalls mit Schlägen traktiert, er aber gab sofort Wollwusch und fuhr so schnell als möglich davon, uns aus dem Verleide der Schupleute bringend.

Erst jetzt sahen wir, daß Lawrence furchtbar blutete. Wir haben sofort eine Inflation aufgesucht. Auf der Station wurde Lawrence untersucht und es stellte sich heraus, daß die Verletzungen ziemlich schwer sind und daß möglicherweise der Mittelfinger verloren ist. Der eine Hieb hat die Mittelhandknochen zum Teil zertrümmert. Bei uns anderen wurden ähnlere Verletzungen nicht gefunden. Ich habe seit dieser Zeit einen furchtbaren Kopfschmerz, der mir das Arbeiten fast unmöglich macht.“

Die englischen und amerikanischen Korrespondenten in Berlin traten am Donnerstagnachmittag im Bureau der „Daily Mail“, Friedrichstr. 59, zusammen und erklärten sich mit ihren vier überfallenen Kollegen solidarisch; sie sind bereit, deren Bestrebungen, sich Gemütsruhe zu verschaffen, energisch zu unterstützen. Die einkleitenden Schritte dazu sind bereits bei den zuständigen Stellen getan worden.

Unser Berichterstatter hatte Gelegenheit, mit einem Engländer, einem Kenner des öffentlichen Lebens in London, über den Vorfall zu sprechen. Auf die Frage, ob die Londoner Polizei in ähnlicher Weise wie in Moabit vorgehen würde und ob ihr nicht auch ein solcher Irrtum passieren könnte, daß sie Vertreter ausländischer Zeitungen für Tumultuanten anführe, antwortete er:

„Nein, mein Herr, unsere englischen Polizisten sind Gentlemen. Sie sind nicht gegen den Bürger da, sondern für den Bürger. Der Polizist in London rechnet überall mit der Unterstützung des Publikums, des großen Publikums, der Volksmassen; er weiß, daß er seine Pflichten überhaupt nicht erfüllen könnte, wenn er das Volk gegen sich hätte, wie es hier in Berlin beinahe als Regel erscheint.“

„Aber nehmen Sie an, daß ein großer Streit ausbricht? Greifen da Ihre Polizisten nicht auch Partei gegen die Arbeiter?“

„Mein Herr, die englische Polizei ist vor der öffentlichen Meinung sofort gerechtfertigt, sobald sie sich streng an die Gesetze hält. Wenn die Arbeiter damit unzufrieden sind, so kann man ihnen nur den Rat geben: Sorgt für andere Gesetze, wenn ihr es vermögt, und dann verlangt, daß die Polizei sich danach richtet; sie wird es tun. Der englische Polizist ist übrigens bei den Arbeitern nicht im mindesten so verhaßt wie der preussische, nach allem, was ich hier in Berlin beobachtet habe. Freilich gestalten auch unsere politischen Institutionen den Arbeitern einen ganz anderen Einfluß auf die Gesetzgebung, als dies in Preußen möglich ist.“

Die Polizeifäbellei in englischer Beleuchtung.

London, 29. September. (Privattelegr. d. „Vorwärts“.) Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ telegraphiert seinem Blatte über den wilden Angriff der Berliner Polizei auf ihn und seine drei Kollegen: „Wir waren mit vollständig autorisierten Polizeipässen versehen und saßen in unserem Automobil in der Turmstraße, einer glänzend beleuchteten Hauptstraße. An der Ecke des kleinen Tiergartens sahen wir, wie die Polizei ihre Säbel zog und plötzlich einige Mädchen, die vollkommen ruhig und ordentlich waren, über die Beete zwischen die Bäume jagte. Wir hielten mit dem Automobil an, um dieses ungeheuerliche Vorgehen in einer absolut ruhigen Nachbarschaft zu beobachten. Ungefähr ein halbes Duzend Polizisten hatten eben zwei wehrlose Mädchen angegriffen, als ein wie ein Strolch aussehender Detektiv in Zivilkleidung, der augenscheinlich die Aktion leitete, ausrief: „Los auf die Kerle im Automobil!“ Herr Wile stand auf und rief: „Wir sind Journalisten und haben Pässe!“ Ich rief dem Chauffeur zu: „Weiterfahren!“ aber der agent provocateur brüllte: „Dreinhauen!“ Sofort warfen sich sechs Polizisten mit blanken Säbeln auf unseren Wagen und begannen mit aller Kraft auf uns einzuhauen. Herr Lester Lawrence wurde über beide Hände geschlagen, der Mittelfinger seiner rechten Hand ist bis auf den Knochen durchschlagen, während bei einem anderen Finger die Sehne bloßgelegt ist. Mein Arm weist eine lange dunkelrote Strieme auf, während Herr Wile zwei große Venen am Hinterkopf hat. Der Chauffeur wurde in schlimmer Weise auf dem lenkenden Arm blutig geschlagen, was allein schon genügt, die blinde sinnlose Wut dieser Narren zu kennzeichnen, die wild auf einen Menschen loshauerten, der sich die redlichste Mühe gab, ihren Befehlen nachzukommen. Ich habe eine ziemlich große Erfahrung über die Kopflosigkeit, die für die preussische Polizei in kritischen Momenten charakteristisch zu sein scheint, aber ich habe niemals eine so absolut blinde Wut gesehen wie die, von der diese gehorsamen Sklaven eines preussischen agent provocateur ergriffen zu sein schienen. Hätten wir nicht selbst gesehen, wie die Polizei auf offener Straße, wo es keine Anzeichen der Unruhe gab, auf Frauen einhieb, oder hätten wir nicht beobachtet, wie die Säbel zwischen den Mädchen blühten, die in dem kleinen Park, der für die Spaziergänger da ist, spazieren gingen, so würden wir niemals geglaubt haben, daß solcher Blödsinn möglich sei. Es ist schwer, die Ueberzeugung zurückzudrängen, daß wenn Unruhe, die an eine Revolution mahnen, die Behaglichkeit Berlins erschüttert haben, sie durch die Methoden der preussischen Polizei und der agent provocateurs in Zivilkleidung, die Unruhen anstiften, wo vorher keine vorhanden waren, unterstützt, wenn nicht gar verursacht worden sind. Roettgen.“

Die liberale Polizeipresse.

Wenn irgend etwas die politische Jämmerlichkeit unseres Liberalismus offenbaren konnte, so wiederum die unsäglich polizeifromme Haltung, die unsere liberale Presse gegenüber den Polizeiaten in Moabit eingenommen hat. Schon daß diese liberale Presse unbesehen die geradezu phantastisch aufgeschwulsteten Polizeiberichte aufgenommen hat, zeugt von einer journalistischen Leichtfertigkeit ohne Gleichen. Hat die liberale Presse doch aus den Vorkommnissen bei der Jetter-Versammlung und bei den Wahlrechtsdemonstrationen zur Genüge erfahren, wie ganz anders sich in einem Polizeistellen die Dinge spiegeln, als in dem Kopfe eines Normalmenschen. Aber die liberale Presse muß ja ihre Leser mit Sensationen füttern, und da kamen ihr die Schauerärten der Polizeioffiziere gerade recht. Daß durch diese Darstellung die Polizei zu neuen Taten geradezu angepörrt wurde, daß das in den letzten Tagen vergessene Bürgerblut nur fliehen konnte, weil die liberale Presse die Polizeiaten förmlich glorifiziert hatte, statt entschieden das Ende der Schreckensherrschaft zu fordern, kümmert unsere liberale Presse nicht!

Die die Polizei vorgeht, haben ja zahlreiche Vertreter der Presse inzwischen am eigenen Leibe erfahren müssen. Daß ein Vertreter des „Vorwärts“ bei Ausübung seiner Berufspflicht einen wichtigen Säbelhieb über den Kopf erhalten hatte, hätte schon die liberalen Blätter zur Selbstbestimmung bringen müssen. Oder ist es nicht unerhört, wenn die friedlichsten Menschen sich Lebensgefahr aussetzen, die sich keines anderen Verbrechens schuldig machen, als sich in eine Menschenansammlung zu mischen, der es gar nicht einfällt, sich zu irgend einer Tätschheit gegen eine Polizeitruppe hinreichend zu lösen? Aber der Fall des „Vorwärts“-Berichterstatters ließ die liberalen Verherrlicher der Polizeiaten völlig kalt. Selbst das „Berliner Tageblatt“, das doch sonst in unentwegtem Liberalismus macht, vertrat diesmal den unentwegtesten Polizeihandpunkt. Es erzählte seinen Lesern nicht einmal, daß einer seiner eigenen Mitarbeiter, ein im Dienst ergrauter, allgemein geachteter Journalist, an der Ecke Turm- und Weußelstraße von Polizeifäusten jämmerlich verprügelt wurde, als er dort in aller Arglosigkeit seine Beobachtungen kurz notieren wollte! Liberale „Schornalisten“ dürfen sich offenbar nur dann beleidigt fühlen, wenn ein Abgeordneter durch Verbalinjurien ihrer Ehre zu nahe tritt; Polizeiprüge dagegen haben sie ohne Wutren in den Kauf zu nehmen! Und wenn nicht auch noch vier ausländische Journalisten vom Polizeifäbel rücksichtslos maltreatiert worden wären, würde unsere „liberale“ Presse auch heute noch kein Wort der Kritik über das unerhörte Vorgehen der Polizei gefunden haben!

Die tapfer die liberale Presse die Interessen des Bürgertums gegen die Polizei vertritt, beweist auch eine Bemerkung des „Berliner Tageblatts“ in seiner Abendnummer vom Donnerstag. Dort heißt es wörtlich:

„Mehrere unserer Leser, darunter ein Berliner Universitätslehrer, teilen uns noch einige andere bedauerliche Mißgriffe der Polizei mit. Wir möchten zunächst darauf verzichten, diese Schreiben zum Abdruck zu bringen...“

Dagegen erucht das Hoffelblat das „ansändige und ruheliebende Publikum“, den gefährlichen Det zu meiden. Rücksichtslos kann man nicht verdammenswerte Polizeiaten beschönigen, rücksichtslos kann man nicht die Interessen des Publikums preisgeben! Kein Zweifel, auch unsere liberale Presse ist noch so polizeifürchtig, wie es nur während der trübseligen Tage der vormärzlichen Reaktion das läglichste Büßlerium gewesen sein kann! Die Auffassung, daß die Polizei nichts sein darf und sein kann, als die Dienerin des öffentlichen Wohles, daß ihr gesamtes Verhalten sich den Interessen des Publikums, zu dessen Schutz sie berufen ist, unterzuordnen hat, ist unserer „liberalen“ Presse offenbar zu hoch! Sie findet es vielmehr ganz in der Ordnung, daß die Polizei sich zur absoluten Herrin aufwirft, daß sie den rigorosesten Terror etabliert und die ungeheuerlichsten Maßnahmen trifft, die, statt die Ordnung zu sichern und die Schuldigen zu strafen, die ärgste Unsicherheit hervorruft und Leben und Gesundheit des friedlichen Publikums gefährdet!

Eine solche Auffassung mag unseren Schornalisten entsprechen, die die Polizei gleich der Arme als Waffe gegen das Volk, als Werkzeug der politischen und wirtschaftlichen Nachthaber betrachtet, nimmermehr aber einem Liberalen!

Daß trotzdem unsere liberale Presse so böllig versagte, daß sie mehrere Tage lang vor dem Polizeifäbel kapituliert und das Publikum mehrlos allen Schreckensdaten preis gab, wird unserem Liberalismus unvergessen bleiben!

Die „Säuberung der Straßen“.

Wohl selten sind Vorgänge so übertrieben, so unwahr geschildert worden, als es von der gesamten bürgerlichen Presse bis hinab zum linksliberalen „Berliner Tageblatt“ bei den Vorkommnissen in Moabit in den letzten Tagen der Fall war. Es macht fast den Eindruck, als wenn die dabei tätigen Reporter sich die blutigsten Mid-Cartergeschichten zum Muster genommen hätten. Oder haben sie ihre Informationen von erregten Schupleuten geholt, die hinter jedem Laternenpfahl ganze Haufen von Astenästen erblühten, die ihnen nach dem Leben trachteten.

Wenn man in voller Ruhe das Schlachtfeld durchwandert, nur bestrebt, sich ein möglichst objektives Bild der Vorgänge und ihrer Ursachen zu verschaffen, dann gewinnt das Ganze doch ein völlig anderes Aussehen, als es in der bürgerlichen Presse hatte. Die gewolligen „organisierten“ Demonstrationen schrumpfen zusammen zu einigen stärkeren Zusammenrottungen halbwüchsiger Burschen und eines Gefindels, das sich in dieser Gegend, nach der Darstellung vieler Bewohner, angeammelt hat, und gegen die sich die Polizei als böllig ohnmächtig erwiesen hat. Ohnmächtig, weil sie wieder einmal ihre Ruhe vollständig eingebüßt hatte. Demonstriert ist allerdings in Moabit worden, aber die Demonstranten waren die Schupleute, die sich in unabsehbaren Mengen hier ansammelten.

Nach den Informationen, die wir eingeholt haben, stellt sich das Bild so dar, daß die Schupleute, unterstützt von einer großen Anzahl Beheimpolizisten, in den ruhigsten Straßen Szenen veruracht haben, die jeder Beschreibung spotten. Wir wollen nur einiges herausgreifen: So herrschte am Dienstagabend in der Wittstoder Straße völlige Ruhe. In der Rostocker Straße wurde allerdings gelärmt, und es wurden auch, zunächst vereinzelt, Schüsse gehört, die höchstwahrscheinlich von Schupleuten herrührten, die diesen Straßenzug „säuberten“. Durch diesen Lärm veranlaßt, hatten sich eine Anzahl Bewohner der Hinterhäuser vor den Haustüren aufgestellt. Die Bewohner der Vorderhäuser sahen aus den Fenstern und von den Balkonen. Um 1/11 Uhr etwa rief aus dem an der Ecke Wittstoder und Rostocker Straße befindlichen Schupmannsaufgebot ein Leutnant in die Wittstoder Straße hinein: „Alles runter von den Balkonen und Fenstern, sonst gibt es blaue Bohnen“. Die Straße wurde sodann von dem nicht vorhandenen „Böbel“ gesäubert, indem ein Schupmannsaufgebot auf die Haustüren zukürnte. Die erschreckten Einwohner stürzten in die Gasse, die Polizei hinterher. Die Bewohner einiger Häuser waren so beherzt, zum Schutz vor den Schupleuten die Häuser zu verschließen. Hier wurden einfach von den Schupleuten die

Hausürschreiben eingeschlagen,

abwohl niemand dahinter zu sehen war.

Wie unsinnig die Schupleute gehaut, geht aus folgendem Vorgang hervor: Bei dem Hause Wittstoder Straße 10 wurde von einem Schupmann die Scheibe eingeschlagen. Er stürzte dann weiter. Nach zwei bis drei Schritten drehte er sich um, kam zurück und schlug die zweite Scheibe ebenfalls ein. Ueberhaupt muß festgestellt werden, daß, mit einigen wenigen Ausnahmen, die Scheiben sämtlich von außen zertrümmert wurden. Das stimmt auch mit den Angaben der verängstigten Anwohner überein, nach denen die Scheiben von den Schupleuten entzweigeschlagen wurden.

Ähnlich wie hier, wurde die „Säuberung“ auch in der Huttenstraße vorgenommen. Auch hier war um 1/11 Uhr die Straße menschenleer. Da erschien an der Ecke der Rostocker und Huttenstraße vor der Grobdestillation von Loas eine Schupmannspatrouille, klopfte an die Jalouise und rief: „Aufmachen!“ Schon stemmten auch einige von ihnen die Jalouise von außen hoch. Die paar Gasse wurden hinausgeworfen und von einigen Schupleuten verfolgt, die, wie uns gesagt wurde, auf die Nischen einschlugen.

Das Gleiche wiederholte sich vor dem Lokal von Reichpietsch, Huttenstr. 8. Hier wurde angeklöpft, die Jalouise hochgeschoben, und im nächsten Augenblick stand auch schon ein Kriminalschupmann mit vorgehaltenem Revolver vor dem erschreckten Wirt. Bald waren 10-12 Schupleute nachgedrängt, die den Wirt mit Knudrücken wie: „Schlagt den Halsken nieder!“ und anderen regalierten. Sie schlugen auf die Tische, warfen Stühle um und vollführten einen Höllelärm. Auch hier wurden die Gasse hinausgeworfen, und auch hier soll auf die fliehenden eingeschlagen worden sein, wie Bewohner des gegenüberliegenden Hauses beobachtet haben wollen. Und das, trotzdem die Schupleute in dreibis vierfacher Ueberzahl vorhanden waren.

Ganz allgemein wird und bestätigt, daß, wer sich auch nur auf der Straße umseh, in der brutalsten Weise geschlagen wurde. Daß die Bewohner durchaus friedfertig waren, geht ja aus der großen Zahl von Verletzungen hervor, während solche bei Schupleuten nur ganz verschwindend festzustellen sind.

Nach auf einen Umstand wollen wir hinweisen, der zeigt, wie die bürgerliche Presse sich hat maßföhren lassen. Da wurde berichtet, daß um 7 Uhr am Dienstag auf dem

Sabatsch Weußelstraße

einige hundert Demonstranten ankamen, um sich am dem „Aufuhr“ zu beteiligen, aber noch zeitig genug von der Polizei zurück und in einen Vorortzug getrieben worden seien. Das waren nämlich die Arbeiter, die um diese Zeit aus den Siemenswerken und anderen Arbeitsstätten nach Hause kamen, und die nun von der Polizei gehindert wurden, ihre Heim aufzusuchen!

Wer demolierte?

Mit welcher sinnlosen Wut die Polizei zuweilen um sich hieb, das konnte man in der Wittfoder Straße beobachten. Am Dienstagabend waren Bewohner dieser Straße beim Anblick sabbelschwingernder Polizisten in ihre Häuser geflüchtet, deren Türen sich hinter ihnen schlossen. Die Geflüchteten verweilten in den Hausfluren, um durch die Fenster Scheiben der Haustüren zu beobachten, was draußen vorgehen würde. Vor einigen Häusern gerieten Polizisten, als sie die Türen verschlossen fanden und an die dahinter sich bergenden Personen nicht heran konnten, in eine so maßlose Erregung, daß sie mit ihren Säbeln die Scheiben zertrümmerten.

In der Nähe der betroffenen Häuser liegt die Reformationstraße,

über die von bürgerlichen Blättern die Schreckensnachricht verbreitet worden war, daß die fanatisierte Menge sie erstürmt und verwüstet habe! An ihren Fenstern, in die ein paar halbwüchsige Burschen einige Steine hineingeschleudert haben sollen, sind weniger Spuren der Zerstörung zu merken als an jenen Wohnhaustüren, in deren Glasscheiben die Polizeisäbel hineinfuhren! Die Kirchentüren, deren eine zertrümmert sein sollte, sind sämtlich ganz unversehrt, und es ist trotz allen Suchens keine Beschädigung an ihnen zu entdecken. Wunderlich kann es scheinen, daß diese Kirche noch am Donnerstag den ganzen Tag über von Polizei bewacht wurde. Dadurch wird bei den Vorübergehenden und denen, die es in der bürgerlichen Presse lesen, die Vorstellung geweckt, daß die Kirche tatsächlich in schwerster Gefahr geschwebt habe. Und so rettet der freche Schwindel der bürgerlichen Presse wenigstens den Schein der Wahrheit!

Schutz vor Polizeisäbeln

hat die Polizei selber — das wollen wir anerkennen — manchen Gefährdeten gewährt oder gewähren wollen. Wer genötigt war, das Schloßfeld zu passieren, und der Polizei vertrauenswürdig genug schien, konnte von ihr ein ihn sicheres Geleit gestellt bekommen. Auch Arbeitern der Turbinenfabrik der A. S. G. wurde am Mittwochabend angeboten, sich durch Polizei eskortieren zu lassen. Beim Schichtwechsel um 11 Uhr sollten die zu entlassenden Arbeiter zusammenzutreten und in geschlossenem Zuge unter polizeilicher Bedeckung nach dem Ringbahnhof Weußelstraße geführt werden, aber die Arbeiter lehnten das ungewöhnliche Geleit dankend ab. Sie wollten nicht wie die Verbrecher eskortiert werden, und im übrigen meinten sie, ein Schutz vor Schußmannsäbeln sei doch wohl nicht nötig, da selbstverständlich sie selber keine Gewalttätigkeiten beabsichtigten. Man sagt uns, daß leider einige dieser Arbeiter ihre Zuversicht schwer haben büßen müssen. Obwohl sie friedlich nach Hause gingen, sei es ihnen doch nicht erspart geblieben, die Schußmannsäbel zu fühlen!

75 Schwerverletzte.

Eine Korrespondenz meldet:

Bei den Unruhen in Moabit sind Mittwochabend 73 Personen so erheblich verwundet worden, daß sie sofort verbunden werden mußten. 44 erhielten diese Hilfe auf der Unfallstation in der Erasimusstraße, 29 im Krankenhaus Moabit, 5 Verwundete mußten im Krankenhaus bleiben. Dort liegen jetzt im ganzen 29 Verletzte. Daß die Zahl der Verletzten viel größer ist, als hier festgestellt werden konnte, ist ganz sicher. Stipendierungen wurden Mittwochabend weit mehr vorgenommen als früher. Die Angehaltenen wurden nach Feststellung ihrer Persönlichkeit bis auf fünf einstweilen wieder freigelassen. Diese fünf wurden wegen Landfriedensbruchs festgehalten, um sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden.

Wie „Aufstände“ gemacht werden!

Die Scharmacherpresse, die gar zu gern die traurigen Ereignisse für ihre scharmacherischen Zwecke fruchtifizieren möchte, hat noch immer die Stirn, von dem „Aufstand“ in Moabit zu sprechen. Wie man diesen „Aufstand“ künstlich zustande bringt, dafür legen zahlreiche Zuschriften Zeugnis ab, die uns zugegangen sind. Eins dieser Dokumente sei hier wiedergegeben, und zwar unverändert, weil es die Stimmung der Terrorisierten in seiner nativen Art um so deutlicher kundgibt. Der Brief lautet:

Zu den Straßenkrawallen in Moabit möchte ich Ihnen folgendes schreiben: Wenn ein großer Teil der Presse von Janhagel und Rowdy's schreibt, die an den Ereignissen beteiligt waren, so möchte ich schildern, wie man als ruhig seines Weges gehender Mensch in eine Situation geraten kann, bei der man nur mit höchster Ueberwindung ruhig zu bleiben vermag. Ich kam am Dienstagabend gegen 1/2 7 Uhr von meiner Arbeit. Der Weg führt mich von der Charlottenburger Gasanstalt durch die Siedingstraße. Ich möchte dabei bemerken, daß am diese Zeit Tausende von Menschen, die von ihren Lauben kommen, denselben Weg haben, um nach Moabit zu gelangen. Ich kam mit meinen Kindern bis nach Löwes Fabrik und fand die Straße durch eine Schußmannsleiste versperrt. Auf die Frage an einen Polizisten, weshalb denn nicht wenigstens an der Wiebestraße abgewehrt werde, antwortete derselbe, ja, das ist Charlottenburger Gebiet, das geht uns nichts an. Wir mußten also den Weg wieder zurück nach der Wiebestraße, um auf einem Umwege über die Turmstraße nach der Stromstraße, Ecke Wirtensstraße zu gelangen. Daß dadurch sich des einzelnen eine Erregung bemächtigt, ist wohl selbstverständlich. Wir zogen also los, um über Turm-, Weußelstraße durch die Wiebestraße nach Hause zu gelangen. An der Weußel-, Ecke Wiebestraße, wo alles ruhig war, blieben wir einen Augenblick stehen, um uns die eingeworfenen Fenster Scheiben anzusehen, die ich aber trotz Suchens nicht fand. In demselben Augenblick ging es oben an der Weußel-, Ecke Siedingstraße los. Die Menschen fingen an zu rennen, Säbel sah man blitzen, alles rannte wie toll. Von der Kirche an der Wiebestraße kam plötzlich eine Reihe Schußleute zum Vorschein, sie gingen quer über die Straße, zogen blank und los ging auch hier der Tanz. Nun waren die fliehenden Menschen plötzlich eingekesselt; hinten Schußleute, vorn Schußleute, auf dem Trottoirs Veritene, zwei Mann nebeneinander. Ich ging ruhig um die Ecke in die Wiebestraße, hinter mir zwei Schußleute mit erhobener Waffe. Rausen Sie, laufen Sie. Ich sagte, ich kann mit den Jungen nicht rennen, denn im Gedränge war die Gefahr noch größer. An der Kirchenmauer lag ein niedriger gerittener Mann und stöhnte schmerz. Vater hilf dem Mann, sagte mein zehnjähriger Sohn. Ein Schußmann, der wohl noch menschlich fühlte, sagte zu uns, rasch, geht ins Haus rein. Sein Kamerad, der neben ihm arbeitete,!!! sagte: raus aus den Mischen, und zog auch schon den nächsten raus und beförderte ihn unvorsichtiger. In diesem Augenblick habe ich meinem Jungen erklärt, wie die Arbeiter statt Brot Säbelhiebe und schließlich blaue Bohner bekommen. Die Antwort, die ich erhielt, hätte wohl manchem die Schamröde ins Gesicht getrieben, wenn er es gehört hätte. Also auf diese Weise kommt man in die Lage, nach den Zeitungen & la „Lokal-Anzeiger“ zum Rowdy gestempelt zu werden.

Auch ein „Aufständischer“.

Ein Opfer des Polizeisäbels teilt uns folgendes mit: Am Dienstag, den 27. September, abends gegen 8 Uhr, machte ich einen Einkauf in dem Eisenwarengeschäft Turmstraße 63, verweilte dann etwa eine halbe Stunde in dem Restaurant von Wagner, Turmstraße 63, wo ich zwei Glas Bier trank, und

ging dann nach meiner Wohnung. Als ich aus der Zwillingstraße kommend in die Goglowitzstraße einbog, sah ich vor dem Hause Nr. 10 ein Polizeiaufgebot stehen. Da ich nichts Polizeiwidriges begangen hatte, ging ich ruhigen Schrittes meinem Hause zu. Nach einigen in der Goglowitzstraße getanen Schritten lösten sich aus dem Polizeiaufgebot fünf bis sechs Schußleute los und stürzten sabbelschwingernd auf mich zu. In meiner Nähe war keinerlei Aufbruch. Trotzdem ich den Beamten zurief, daß ich im Hause Nr. 12 wohne und dorthin wolle, schlugen sie auf mich ein, wobei mir der linke Arm am Ellenbogen bis auf den Knochen durchgeschlagen wurde; an anderen Stellen hinterließen die Schläge Hautabschürfungen und blaue blutuntersetzte Striemen. Auch über den Rücken erhielt ich Schläge, die durch mehrere blaue und braune Striemen kenntlich sind. Mein Jackett war an mehreren Stellen von den Säbelhieben durchgeschlagen. Nachdem die Beamten mich derartig mißhandelt hatten, ließen sie von mir ab und gingen ihres Weges. Ich stehe jetzt in ärztlicher Behandlung. Drei unbeteiligte Zeugen, die gesehen haben, wie ich von den Schußleuten geschlagen wurde, haben sich mir zur Verfügung gestellt.

Die „Petroleuse“!

Die Darstellung der Polizei gilt bürgerlichen Blättern selbstverständlich als über jedem Zweifel erhaben. Daß man aber allen Grund hat, hinter manche aus polizeilicher Quelle stammenden Mitteilungen ein großes Fragezeichen zu setzen, das zeigt der Fall Reinhardt. Aus dem Hause Waldstraße 43 sollte eine Frau Reinhardt, die nach der Straße heraus im dritten Stockwerk wohnt, Blumentöpfe nach Polizisten geworfen haben. Hinterher sollte sie in ihrer Wohnung den Polizisten, die sich Zutritt verschafft hatten, eine Lampe entgegengesetzt haben. Unter lautem Getöse habe sie eine Dymnacht simuliert, dabei sei sie in die Scherben ihrer eigenen Lampe gefallen und habe sich nicht unerheblich verletzt. Im „Lokal-Anzeiger“ wurde noch die Nachricht wiedergegeben, es sei sogar ein Brand entstanden, den die Polizisten gelöscht hätten. Der Auffassung, die die Polizei von dem ganzen Vorgang hat, werden von anderer Seite die folgenden Angaben entgegengesetzt: Aus der Reinhardt'schen Wohnung hat niemand etwas auf die Straße geworfen. Die Polizei forderte stürmisch Einlass in die Wohnung, und der öffnende Frau Reinhardt traten ein Leutnant und ein halbes Duzend Schußleute mit gezogenem Säbel entgegen. Die Beschuldigung, Blumentöpfe auf die Straße geschleudert zu haben, wurde von Frau Reinhardt entschieden zurückgewiesen. Der Hausverwalter Paternmann, der in Begleitung seines Sohnes die Polizisten hinausgeführt hatte und mit in die Wohnung eingetreten war, fragte sogar nach den Steinen, die als Wurfgeschosse irgendwo bereit liegen sollten. Während der Verhandlungen, bei denen die Polizisten sich recht aufgeregt benommen haben sollen, taumelte Frau Reinhardt plötzlich an die Wand. Sie ließ die Küchenlampe fallen, mit der sie überall hatte umherleuchten müssen. Der Zylinder zerbrach, und die Lampe erlosch, sonst entstand keinerlei Schaden. Die Lampe ist in allen übrigen Teilen unversehrt geblieben, und in der Wohnung sucht man vergeblich nach einer Spur des angeblichen Brandes. Auch weiß Frau Reinhardt nichts von den „nicht unerheblichen Verletzungen“, die ihr angedichtet worden sind. Man sieht, was von der ganzen Schauer m.ä. übrig bleibt! In der bürgerlichen Presse wurde noch angegeben, Hr. Reinhardt sei vorher bei einer Attacke verletzt worden und das behauptete Blumentopfbombardement sei eine Lat der Rache gewesen. Wahr ist, daß Reinhardt tatsächlich vorher von einem Polizisten mit dem Säbel geschlagen worden war. Reinhardt und seine Frau waren nach der an der Ecke der Weußel- und der Wittfoder Straße gelegenen Apotheke gegangen, um für ein krankes Kind Arznei zu holen. Auf dem Rückwege wurden sie, ebenso wie andere Straßenpassanten, von Polizei bedrängt und mußten fliehen. Frau Reinhardt erreichte unversehrt ihre Wohnung, Herr Reinhardt aber wurde von einem berittenen Schußmann verfolgt und gleichzeitig von drei Schußleuten zu Fuß attackiert, wobei ein Säbelhieb ihm die Kopfhaut aufriß. In diesem Zustand rettete er sich in die Wohnung hinauf und einige Stunden nachher wurden dann beide — sie hatten sich inzwischen schon zu Bett gelegt — von der Polizei herausgeholt. Merkwürdig ist, daß Frau Reinhardt, die erst mit Blumentöpfen und dann sogar mit einer Fange geworfen haben soll, nicht verhaftet wurde. Sie hat bis zu dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, noch nicht mal eine polizeiliche Vernehmung zu bestehen gehabt.

Die Polizei in der Turmstraße.

Um 9 Uhr wurde nach Angabe der Polizei aus dem Hause Turmstraße Nr. 56 mit einem Blumentopf geworfen. Die Antwort waren zwei Pistolenschüsse, die unverzüglich nach dem Fenster hinauf abgefeuert wurden. Die Kugeln prallten an der Mauer ab, ohne jemanden zu treffen. Dieser Zwischenfall gab der Polizei Veranlassung, in der Straße bis zur Wald- und Goglowitzstraße die Türen und Fenster schließen zu lassen. Die Leute, die nicht in die Häuser hineingelassen wurden bis zur Heilandskirche zurückgetrieben. Hierbei gab es mehrere Verletzungen, die aber nicht allzu schwer zu sein scheinen. Wenigstens hat sich niemand auf der Unfallstation verbinden lassen. Ein Teil des zurückgedrängten Publikums stellte sich zu der Menge, die sich immer wieder an der Ecke der Weußel- und Erasimusstraße sammelte. Dort wurde nun die Masse von der Berliner und der Charlottenburger Polizei vertrieben. Auch die Höfe wurden geräumt. Veritene trieben die Menge soweit als möglich zurück und auseinander. Auch dabei gab es wieder blutige Fieße. Kriminalbeamte nahmen an dieser Stelle verschiedene Verhaftungen vor. Bis dahin waren im Laufe des ganzen Tages

nur 12 Eistierungen

vorgekommen. Strafendamm und Bürgersteig wurden bis zur Oststraße hin „geäubert“. Nur noch die Anwohner wurden geduldet. Auch an den Straßenbahnhaltestellen kam es wiederholt zu kleinerem Handgemenge. Wer länger als eine Viertelstunde verweilt hatte, wurde zum Weitergehen veranlaßt oder, wenn er sich weigerte, vertrieben.

Der gefürchtete „Bastillen“-Sturm.

Besondere Maßregeln wurden für das Gefängnis in Pläntel getroffen. Um einen etwaigen Angriff der Menge auf die Strafanstalt und Unruhen in der Anstalt, die daraus hervorgehen könnten, zu verhindern, war eine Wache von 20 Gendarmen unter einem Gendarmenoberwachmeister aufgestellt. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Landrat Grafen von Adler und dem Polizeipräsidenten war für alle Fälle auch polizeiliche Hilfe vorgesehen worden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. September 1910.

Frühliches Wetter.

Wie die „Post“ zu melden weiß, wird die neue Militärvorlage auch die von manchen militärischen Fachmännern

längst geforderte Abschaffung der Kürassiere bringen, da man endlich auch an sogenannter allerhöchster Stelle erkannt hat, daß für die heutigen Zwecke der Kavallerie im Kriege die Kürassiere sich nicht mehr eignen. Der Kavallerist muß leicht und behende sein, damit er auf sinken Pferden den Feind erkunden und unter Umständen auch zu Fuß fechten kann: eine Forderung, die der Kürassier mit seinem schweren Pferde und seinen großen Kanonenrädern nicht zu erfüllen vermag. Ganz sollen allerdings die Kürassiere nicht aussterben, da sie sich bei den Paraden nach Ansicht der Heeresleitung so wunderschön ausnehmen. Das Gardekorps-Regiment, die Leibgarde der Kaiserin und noch ein Leib-Kürassier-Regiment bleiben erhalten.

Die „Post“ bringt zu diesen Mitteilungen über den Inhalt der neuen Militärvorlage von „wohlunterrichteter Seite“ allerlei Ergänzungen, besonders über die geplante Errichtung von Maschinengewehr-Kompagnien. Sie schreibt:

Zutreffend ist die Nachricht, daß Maschinengewehr-Kompagnien angefordert werden sollen. Die, die bis jetzt vorhanden sind, etwa eine für jede Infanteriebrigade, haben sich die Truppen auf Kosten ihres Bestandes an Offizieren und Mannschaften selbst gebildet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ihm soll durch etatsmäßige Aufstellung von Maschinengewehr-Kompagnien für die Infanterie abgeholfen werden. In welcher Zahl, das wird vom Kriegsministerium bis jetzt noch nicht verraten. Mit Recht, denn das, was den Volksvertretern zur Bewilligung vorgelegt werden soll, muß doch erst die Billigung aller missprechenden Staatsressorts gefunden haben. Bis jetzt aber ist die Vorlage des Kriegsministeriums nur bis zum Reichsschatzamt gelangt. Ueber den Zweck der Ausrüstung der Infanterie mit Maschinengewehren ist in der Nr. 314 der „Vossischen Zeitung“ bereits eingehend gesprochen worden. Sie sind nicht mit den bereits etatsmäßigen 16 Maschinengewehr-Abteilungen (13 in Preußen, 2 in Sachsen, 1 in Bayern) zu verwechseln. Diese sind lediglich beständige einzelnen Fußtruppen, meist Jägerbataillone, angegliedert, weil bei ihnen der Schießdienst einer der Hauptdienstzweige ist. In Wirklichkeit finden sie aber nicht grundsätzliche Verwendung bei dem Truppenteil, dem sie attached sind, vielmehr im wesentlichen vorm Feind bei den bei der Mobilmachung zu bildenden Kavalleriedivisionen. Es wird von der Heeresverwaltung vorausichtlich angestrebt werden, daß jedes Infanterie-Regiment und jedes Jäger-Bataillon eine der Maschinengewehr-Kompagnien erhält, die jetzt etatsmäßig werden sollen. Der Kampfwert der Truppen würde bei Bewilligung der Vorlage bedeutend erhöht.

Die Angabe der „Mil-pol. Korr.“, daß der Pferdebestand der Batterien, zwecks Vespaltung von Beobachtungswagen erhöht werden soll, ist auch richtig, denn diese Wagen sind bei der Neuerung des Schießens aus verdeckten Stellungen eine Notwendigkeit, die auch bereits von den Volksvertretern eingesehen ist. In den beiden letzten Etats wurde bereits je ein Pferd mehr in den Pferdebeständen der Batterien der Feldartillerie, einschließlich der Feldartillerie-Schießschule, bewilligt. Die jetzige Anforderung einiger weiterer Pferde ist lediglich eine Konsequenz der bereits begonnenen Erhöhung des Pferdebestandes. Sollten jetzt drei Pferde bewilligt werden, so muß sich die Heeresverwaltung immerhin noch die Bewilligung von zwei weiteren vorbehalten, da sie einer Erhöhung von sieben Pferden pro Batterie bedarf.

Sind diese Mitteilungen über die geplanten Heeresvermehrungen auch noch sehr unvollständig, so lassen sie doch erkennen, daß zu ihrer Durchführung ganz bedeutende Geldmittel erforderlich sind, und deshalb mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß die Regierung mit beträchtlichen neuen Geldforderungen kommen wird. Das „vaterländische“ Heer wächst sich immer mehr zu einem unerfüllbaren Poloch aus, der alle Früchte der Arbeitstätigkeit des Volkes verschlingt.

Zu dieser Vermehrung der Aufwendungen für das Landheer kommt natürlich zugleich eine Steigerung der Marineausgaben. Die Etatsstärke der Besatzung der Marine erfährt eine Vermehrung in ziemlich beträchtlichem Maße. Im Jahre 1910 betrug die Etatsstärke 57170 Mann, im kommenden Etatsjahr soll sie auf über 60000 Mann gebracht werden. Diese Verstärkung wird damit begründet, daß die neuen Schiffe größer sind, als die früheren und daß deshalb auch die Besatzung eine stärkere sein müsse. Außerdem ist in Helgoland eine neue Artillerieabteilung aufgestellt worden und ferner sind auch mehr Mannschaften nötig für die größere Zahl von Torpedobooten, die im letzten Jahre in Dienst genommen worden sind.

Bei Neubauten für die Flotte wird immer nur darauf hingewiesen, daß zu größeren Typen gegriffen werden müsse, mit keinem Wort wird aber dabei erwähnt, daß in demselben Maße die Zahl der notwendigen Mannschaften steigt. Nachdem die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die größeren Schiffe bewilligt hat, wird ihr natürlich nichts anderes übrig bleiben, als nun auch die vermehrte Anzahl der Mannschaften für diese großen Schiffe zu bewilligen. So treibt ein Keil den anderen, und die große Masse des Volkes hat dann die Zehe zu bezahlen.

So geht's immer weiter hinein in den Finanzsumpf.

Ein Zentrumsführer aus dem „verseuchten Westen“.

Justizrat Hermann Kaufen in Köln hat in einer bei Paul Neubner erschienenen Schrift die von der Regierung geplante Reichsteuer auf Wertzuwachs heftig bekämpft. Herr Kaufen ist der Führer der Zentrumsfraktion im Kölner Stadtverordnetenkollegium. Die Schrift war dem Bodenreformer Damaschke zur Besprechung zugegangen. Der aber lehnte die Besprechung ab und stellte an Justizrat Kaufen folgende Fragen:

„Ist die Behauptung begründet, daß Sie für die Abschaffung Ihrer Professur von einem Vertreter großer Terraininteressenten ein Honorar verlangt haben, das als sehr hoch bezeichnet wird (es wird eine Summe von 2000—3000 M. genannt)? Ist Ihnen bekannt, daß man in den Kreisen der Terraininteressenten und Grundstücksmakler zur Sammlung Ihres Honorars herumgegangen ist?“

Auf Damaschkes Fragen hat Herr Kaufen geantwortet. Er muß zugeben (Nr. 812 der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 27. September), daß bei der Herausgabe des Buches „eine finanzielle Beteiligung dritter Personen, die selbstredend keine Bodenreformer waren“, stattgefunden hat. Herr Kaufen lehnt es aber ab, irgendwelche Erklärungen über den Umfang dieser finanziellen Beteiligung Dritter oder über sein schriftstellerisches Honorar, seine Höhe und Angemessenheit abzugeben. Soweit ihm bekannt, seien „drei oder vier angesehene Herren“, die unter einander befreundet sind, beteiligt. Ueber das angedeutete Sammeln sei ihm nichts bekannt.

Der Stadtverordnete Kaufen hat seinen Namen, sein Amt und sein Ansehen dazu benutzt, um sich für Honorar in

den Dienst der Grundstückspekulanten zu stellen. In seiner Schrift enthält er sich jeglicher Andeutungen über diesen eigenartigen Handel. Die Deftlichkeit glaubt, einen unbefangenen Kommunalpolitiker und Juristen vor sich zu haben, während man es tatsächlich mit einem Befoldeten der Bodeninteressenten zu tun hat. Wer die „befeundeten drei oder vier angesehenen Herren“ sind, darüber liegen Vermutungen sehr nahe. Denn zu den größten Grund- und Bodenspekulanten gehören in Köln die erlauchtesten Zentrums- männer Zilkens, Trimbom und Bachem.

Er läßt noch nicht alle Hoffnung fahren.

Der Vorsitzende der badischen nationalliberalen Landtagsfraktion, Oberstaatsrat Rehmann, hat in Rehl eine Rede gehalten, in welcher er auch auf die Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten zu sprechen kam. Nach bürgerlichen Blättermeldungen bezeichnete es der Redner als sehr erfreulich, daß die Sozialdemokraten sich bereit gefunden haben, einen nationalliberalen Abgeordneten zum Präsidenten der Zweiten Kammer zu wählen, und daß sie durch ihre praktische Mitarbeit beim Zustandekommen des Steuer-, Schul- und Gemeindegesetzes bewiesen haben, daß sie bereit seien, die Verantwortung für diese Gesetze vor ihren Wählern mit zu übernehmen.

In dieser praktischen Mitarbeit der Sozialdemokratie glaubte der Redner den verheißungsvollen Anfang einer besseren Zukunft erblicken zu dürfen, in der die Arbeiterschaft, der unfruchtbarsten Regation der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und des Werdens auf den Anbruch der goldenen Zeit des Zukunftsstaates müde, sich aufricht zu dem Entschluß auf dem Boden des Gegenwartsstaates mit den gesellschaftlichen Mitteln das zu erreichen, was ihr zur Erhebung des Standes notwendig erscheint. In dieser wohlbegründeten Auffassung stützt der Vortragende nicht die eben bekant gewordene äußere Niederlage, die die revisionistische Richtung auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Magdeburg erlitten hat. Er ist der Meinung, daß einer genaueren Prüfung des Verlaufs der Auseinandersetzung der Revisionisten mit den Radikalen nicht verborgen bleiben kann, daß die ersteren das gute Recht auf ihrer Seite hatten und darum einen nicht zu unterschätzenden moralischen Sieg über ihre radikalen Gegner davongetragen haben.

Wie das Verhältnis der Partei zur Sozialdemokratie sich in Zukunft gestalten wird, darüber wollte und konnte der Vortragende keine bestimmte Antwort geben, doch bezeichnete er es als wahrscheinlich, daß bei der festen Haltung, die die badischen sozialdemokratischen Führer auf dem Parteitag in Magdeburg bewiesen, die politische Konstellation der jüngsten Vergangenheit auch für die Zukunft fortbestehen dürfte.

Wenn Herr Rehmann hofft, daß unsere badischen Abgeordneten, entgegen dem Beschluß des Parteitags, um der schönen Augen derer um Rehmann willen nochmals für das Staatsbudget stimmen und damit die Verantwortung für die Regierungspolitik mit übernehmen werden, so wird er sicher eine Enttäuschung erleben. Wenn wirklich bei dem einen oder dem anderen unserer badischen Genossen vielleicht noch die Meinung bestanden haben sollte, als ob die bisherige Politik im Karlsruher Rondeau weiter betrieben werden könnte, dann werden ihm sicherlich jetzt die Augen aufgehen, nachdem Herr von Bodman seine Erklärung von der großartigen Bewegung offiziell eingeschränkt hat.

Nachklänge aus der Wahlrechtsbewegung.

Zu 50 Mark Geldstrafe wurde der Parteisekretär Genosse Horn-Stein von der Strafkammer des Landgerichts daselbst verurteilt, weil er am 8. März d. J. in Steintin auf einem freien Platz bei einer Demonstration, an der etwa 10 000 Personen teilnahmen, eine kurze Ansprache gehalten und ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht hatte. Das Schöffengericht, als Vorsitzendes, hatte diesen Akt nicht als anstößig angesehen, um Horn als Leiter einer Versammlung unter freiem Himmel anzusehen.

Der Staatsanwalt legte jedoch gegen das freisprechende Urteil Berufung ein und erzielte nun die erwähnte Verurteilung.

Oesterreich.

Eine christlich soziale Leistung.

Der christlich soziale Landesauschuß von Niederösterreich beschloß, dem Landtage die Erhöhung der Landesbiersteuer von 1,70 Kronen auf 4 Kronen pro Hektoliter, ganz ohne Unterschied der Güte und des Preises des Bieres vorzuschlagen. Das würde die Verteuerung des Bieres Bier um vier Heller bedeuten. Die Partei des Gottes Rimm agitiert nach bestem Können für die geplante Antiteilungsdemonstration des Wiener Proletariats.

Kabetten des Gottes „Nimm“.

Der Gewerbebeförderungsdienst des Landes Niederösterreich ist dem berühmten Vielohlawer unterstellt. Als zum 1. Januar 1910 eine neue Stelle der 8. Rangklasse für eine besonders tüchtige Kraft geschaffen wurde, erhielt sie der Wiener Magistratsbeamte und christlich soziale Parteisekretär Edward Heintl, der Redakteur und Administrator des vielohlawerschen Schimpfblattchens „Volkspresse“. Der Fall ist schließlich nur eine Wiederholung der seinerzeit erfolgten Erneuerung des Sohnes Gehmann zum Landesbeamten der 8. Rangklasse als Redakteur des — Landesgeschichtes, das die fertigen Gesetze und Verordnungen publiziert. Gehmann der Jüngere war damals 25 Jahre, Heintl ist 29 Jahre alt. Andere müssen für solche Advancementen viel älter sein!

Italien.

Der Sieg der Volksparteien in Catania.

Rom, 26. September. Bei den städtischen Wahlen, die am 25. d. M. in Catania stattgefunden haben, hat der Block der Volksparteien, als deren Führer De Felice gilt, mit mehr als tausend Stimmen Mehrheit die konservative Koalition besiegt. Dieser Wahlerfolg ist die beste Widerlegung der Verdächtigungen, die die Gegner gegen die Verwaltung De Felice ausgestreut hatten.

Griechenland.

Eine neue Ministerkrise?

Athen, 29. September. In parlamentarischen Kreisen bedroht man eine abermalige Ministerkrise nur als eine Frage der Zeit. Die Parteiführer bemühen sich, das Kabinett Dragumis zu stützen, bevor der Ministerpräsident seine Rede vor der Nationalversammlung halten wird, da man ein Vertrauensvotum voraussetzt. Venizelos, der von mehreren Seiten zur Übernahme der Regierung gedrängt wurde, hat sich für die Beibehaltung des Kabinetts Dragumis ausgesprochen.

Amerika.

Diktator Roosevelt.

Saratoga, 28. September. Auf Vorschlag Roosevelts haben die Republikaner Henry L. Stimson als Kandidaten für den Gouverneursposten des Staates New York aufgestellt. Stimson hat seinerzeit den Judentrust mit Erfolg wegen Betruges verfolgt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Injektionenteil verantw.: H. W. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Gewerkschaftliches.

Achtung! Gewerkschaftsmitglieder Berlins und der Vororte!

Am Freitag, den 14. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, wird in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Kopen-straße 29, der bekannte Herr Professor Dr. Forel aus der Schweiz einen Vortrag halten über das Thema: „Mensch und Ameise als soziale Lebewesen.“ Der Vortrag findet nur für Gewerkschaftsmitglieder statt. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. pro Person. Eintrittskarten an andere Personen und zu höheren Preisen werden nicht ausgeben.

Ein Garderoben- und Trinfzwang findet nicht statt, weshalb eine zahlreiche Beteiligung erwartet wird. Eintrittskarten sind in allen Gewerkschaftsbüros, bei den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften, in der Zigarrenhandlung von Paul Horst, Engelstraße 15, sowie in unserem Bureau ebendortselbst eine Treppe zu haben.

Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Chauffeurs, Väder, Hausdiener und Kabsfahrer bei der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker n. b. H. dauert unverändert fort. Es ist gelungen, einige von den Arbeitwilligen wieder aus dem Vertriebe zu ziehen. Die liegende Arbeit wird notwendig durch kaufmännische Angestellte verrichtet. Dieselben begleiten auch die Autodroschken, die in großer Zahl noch immer zum Befördern der Pakete und Kisten benutzt werden. Uns will scheinen, als ob einige Kraftdroschkenfürher sich förmlich danach drängen, ihr zum Personentransport bestimmtes Fahrzeug als Lastautomobil benutzen zu lassen. Sind doch einige seit dem 21. d. M., dem Ausbruch des Streikes Tag für Tag im Dienste der Firma tätig. Die Firma versucht jetzt mit Hilfe der Bezirkskommandos Arbeitskräfte heranzuziehen. Wie zwei durch Streikposten zurückgehaltene Arbeitwillige mitteilen, liegen auf dem Bezirkskommando Pötel aus des Inhalts, daß bei der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker n. b. H. ungelernete Leute sofort eingestellt würden. Man versucht also, die zurückgekommenen Referenzen als Streikbrecher zu vermitteln. Obwohl sich der Herr Inspektor Zell, ein ehemaliger Polizeibeamter, die größte Mühe gegeben, einige der Streikenden zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist bisher noch keiner zum Verräter geworden. Wie wir von einem kaufmännischen Angestellten erfahren, sind sämtliche Angestellte, auch die kaufmännischen, mit Revolvern ausgerüstet! Die Streikenden lassen sich durch solche Provokationen nicht irren machen, sondern werden nach wie vor ihre Pflicht tun; sie erwarten jedoch, daß die Arbeiterschaft vollste Solidarität übt.

Achtung, Holzbildhauer! Die gestern an dieser Stelle bekant gegebene Versammlung fällt der heute stattfindenden Verhandlungen wegen aus. Wir ersuchen die Kollegen, die Versammlungsanzeigen in der Sonntagsnummer zu beachten, ebenso den gewerkschaftlichen Teil.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter teilt uns folgendes mit:

In den 37 Revier-Inspektionen der städtischen Gaswerke Berlins haben an den Sonntagen zwei Mann von morgens 8 bis abends 10 Uhr Nachdienst. Hier von gehen zwei Stunden für Rufen ab, so daß eine zwölfstündige Arbeitszeit in Frage kommt. Während nun früher bei der zehnstündigen Arbeitszeit laut Arbeitsordnung nachmittags bis 4 Uhr der Tag voll berechnet und nur die weiteren sechs Stunden mit dem dem einzelnen stehenden Stundenlohn bezahlt wurden, so daß also eine Vergütung von drei Stunden erfolgte, werden jetzt, trotz einer vom 27. November 1908 datierten Verfügung, die noch einmal ausdrücklich besagt, daß bis 4 Uhr nachmittags der Tag voll berechnet werden soll, nur noch zwei Stunden vergütet. Also ein Abzug von einer Stunde! Diese Maßnahme hat große Erregung unter den Beschäftigten hervorgerufen. Hinzukommt noch, daß die Verwaltung gar nicht für nötig gehalten hat, den Arbeitern davon Mitteilung zu machen, auch nicht dem Arbeiterschuß. Die Erbitterung ist um so größer, als in verschiedenen Revieren die oben angezogene Verfügung noch aushängt. Bei der jetzigen Einsetzung der Lohnlisten hat man in der Buchhalterei kurzerhand die dritte Stunde gestrichen. Nun beruft sich die Verwaltung auf den Etat für 1910/11. Danach sollen Arbeiter mit zwölfstündiger Arbeitszeit, sofern bis sechs Stunden gearbeitet wird, mit einer Ueberstunde, mit zwei, wenn über sechs Stunden gearbeitet wird, bezahlt werden. Zwölfstündige Arbeitszeit haben aber nach demselben Etat nur Wächter und Portiers, während in den Revieren die neunstündige besetzt, mithin trifft diese Auslegung gar nicht zu. Sie ist aus den Fingern gezogen, um den Abzug zu rechtfertigen. Diese Auslegung steht sich auch mit dem, was den Revierbureau zugegangen ist, in hartem Widerspruch. Nach dem, was in diesen bekant ist, wird die Zeit von 5—7 Uhr mit 9 Stunden, — weil die neunstündige Arbeitszeit besteht — als voller Arbeitstag berechnet und dafür gibt's als Vergütung zwei Stunden. Für die Zeit von 7—10 Uhr wird nur der übliche Stundenlohn bezahlt, keine Vergütung also. Vielleicht sind die zwei Stunden auch noch zuviel. Ueberhaupt ist es ein einzig dastehendes Kuriosum; wer über sechs Stunden, also sieben oder acht Stunden arbeitet, erhält zwei, wer zwölf Stunden arbeitet, erhält ebensoviel. Eine gerechte Bezahlung kann nur eintreten, wenn ein bestimmter Zuschlag pro Stunde festgelegt ist. Von der Verwaltung wird immer behauptet, Verschlechterungen werden nicht vorgenommen. Ist ein einstufiger Abzug keine Verschlechterung? Soll das etwa ein Vorspiel auf die eingereichten Lohnanträge sein? Anstatt Erhöhung des Einkommens Herabsetzung desselben! In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung, die sich mit dem Abzug beschäftigte, kam ungewollt zum Ausdruck, daß sie sich das unter keinen Umständen gefallen läßt. Läßt doch der Lohn überhaupt viel zu wünschen übrig. Die Verwaltung übersteht, daß die Revier-Inspektionsarbeiter über eine vorzügliche Organisation verfügen. Der Abzug und die Nichtbeachtung der Arbeiter, wodurch die Billfür kraft zulage tritt, läßt sich in keiner Weise rechtfertigen. Wir erwarten, daß die Verwaltung ihre Verfügung rückgängig macht.

Zum Streik der Caféangestellten in Hamburg.

In Berlin ist der Vorsitzende des hiesigen Cafetiervereins, Inhaber vom Café „Mozart“ in der Friedrichstraße, zusammen mit dem sogenannten Sekretär des Vereins, dem antisemitischen Journalisten A. Sommer, und dem hiesigen gelben Cafetierverein, immer noch eifrig bemüht, Streikbrecher für Hamburg zu werden. Das Resultat dieser Bemühungen steht allerdings in keinem Verhältnis zu dem großen Aufwand, der nach dieser Richtung hin betrieben wird. Gleich gegenwärtig Laufende von Kellnern, darunter mehrere Hundert Cafetellner, in Berlin arbeitslos sind, darunter für den Arbeitwilligentransport am Mittwoch doch nur ganze 8 Mann zusammengebracht werden, die in der üblichen Weise nach Hamburg verladen worden sind. Es ist dies ein Beweis, daß auch in den Reihen der Gastwirtsgehilfen und Caféangestellten das Solidaritätsgefühl und das Massenbewußtsein in dem Maße, wie bei der übrigen Arbeiterschaft Platz gegriffen hat.

Eine wesentliche Aenderung ist in der Situation des Kampfes bisher nicht zu verzeichnen. Von der bürgerlichen Presse, die ja wie immer Partei für die Unternehmer nimmt, und den Streik als trivial vom Baum geprochen bezeichnet, wird zwar behauptet, daß der Streik endgültig zumunten der Angestellten beendet ist, und in sämtlichen Hamburger Cafés die Plätze der Ausständigen besetzt seien. Diese Behauptung trifft aber keineswegs zu. Richtig ist,

daß, wie wir auch schon berichtet haben, eine Anzahl Streikbrecher von auswärts nach Hamburg gebracht worden sind, aber es sind dies doch zum größten Teil solche Leute, die nur vorübergehend durch Arbeit ihre Existenz suchen, und mit denen auch die Hamburger Cafetiers nicht sehr lange auskommen werden.

Von der bürgerlichen Presse, die den Ausständigen in den Rücken fällt, steht mit an der Spitze wieder der „parteilose“ „Berliner Lokalanzeiger“. Dieser Blatt, das leider noch vielfach von den Gastwirts- und Caféausangestellten ausgehoben wird, schreibt, nachdem es vordem schon seinen Lesern die blutigsten Schauermärchen über die organisierte Heiligschicht aufgeschicht hatte, in der Abendausgabe vom Mittwoch folgendes:

„Die Situation nimmt, da die Streikenden ihre Sache als vollständig verloren ansehen, entschieden an Schärfe zu. Auch die organisierten Cafetellner in Berlin haben inzwischen zu dieser Frage Stellung genommen. Es fand eine von etwa 800—1000 Personen besuchte Versammlung statt, in der es außerordentlich lebhaft herging. Auf Grund dessen kam es heute mittag, als ein neuer Transport von arbeitswilligen Kellnern nach Hamburg abging, am Lehrter Bahnhof zu Erzessen. Die durch die Führer aufgereizten und verhetzten Kellner versuchten, ihre arbeitswilligen Kollegen mit Gewalt an der Abfahrt zu verhindern. Der Geschäftsführer des hiesigen Cafetiervereins mußte sich in den Bahnhof flüchten und unter polizeilichem Schutz begeben.“

Der Inhalt dieser Notiz ist wieder gänzlich erlogen. Tatsache ist, daß die Versammlung, die übrigens nicht am Mittwoch, sondern schon am Dienstag früh um 6 Uhr stattfand, einen sehr imposanten Verlauf nahm. Die Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner waren außerordentlich sachlich. Gegner waren überhaupt nicht anwesend und herrschte über die Stellungnahme völlige Einmütigkeit.

Daß es auf dem Lehrter Bahnhof zu Erzessen kam und die Arbeitwilligen mit Gewalt zurückgehalten werden sollten, ist ebenfalls purer Schwindel. Wahre ist, daß den 8 Arbeitwilligen von den Vertretern der Organisation in ruhiger, sachlicher Form der Sachverhalt mitgeteilt und ihnen anheimgegeben wurde, nicht nach Hamburg zu fahren. Das geschah, wie auch bei den früheren Streikbrechertansporten, im Versein und unter Aufsicht von Polizeibeamten. Diese hatten infolge dessen auch weder Gelegenheit noch Ursache, einzugreifen.

Der „wahrheitsliebende“ „Lokalanzeiger“ tißt natürlich seinen Lesern die Gruselgeschichten nur auf, um die organisierten Arbeitnehmer zu diskreditieren. Öffentlich werden die Caféangestellten daraus auch die Lehre ziehen, daß der „Lokalanzeiger“ auf ihre Unterstützung keinen Anspruch hat.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist unter der Notiz „Achtung, Former und Siebereiarbeiter“ betreffs Aufhebung der Sperre der Name der Firma nicht richtig angegeben. Die Firma heißt nicht Rennewald, sondern Krennert.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kölner Hasenarbeiterstreik ist nach einem ums zugegangenen Privattelegramm beendet. Die Hauptforderungen sind bewilligt. Gestern begannen die Tarifverhandlungen mit sämtlichen Expeditionsfirmen.

Die Reichsberger Arbeiterbäckerei

Begintt soeben mit dem Bau eines eigenen großen Gebäudes. Das Unternehmen wurde 1902 mit den Ersparnissen einiger Genossen errichtet. Es vergrößerte sich ständig und ist 1909 gänzlich in den Besitz der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen des Reichsberger Bezirkes übergegangen. Der Bau soll in der Art der Wiener Hammerbrotwerke errichtet und soweit gefördert werden, daß der Bezug im Mai 1911 erfolgen kann.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer, flagranter Verstoß der Lichtenberger Polizei gegen das Reichsvereinsgesetz.

Nachdem die Lichtenberger Polizei bereits am Donnerstag voriger Woche durch ihr ungesetzliches Eingreifen eine öffentliche, nichtpolitische Versammlung unmöglich gemacht hatte, war für gestern abend wieder eine nichtpolitische Versammlung einberufen. Abermals sollte Genosse Graf sprechen. Um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung eröffnet, konnte jedoch nur bis 9 1/2 Uhr ungestört stattfinden, weil alsdann die Polizei — circa 20 Mann hoch — erschien. Man hielt es nicht für nötig, sich an den Einberufer zu wenden, sondern unterbrach kurzerhand den Vortragenden mit der Frage, ob er seinen Vortrag abbrechen wolle. Natürlich verneinte er dies, weil für ihn gar keine Ursache dazu vorlag. Nunmehr forderte Genosse Schwent als Einberufer unter Hinweis auf das ihm zustehende Hausrecht die Polizei auf, das Lokal zu verlassen. Der Aufforderung wurde jedoch keine Folge geleistet und Graf wurde wiederum verhaftet. Im selben Augenblick teilte Schwent der Versammlung mit, daß nunmehr der Vortrag Graf vom Manuskript abgelesen werde. Diese glänzende Parade rief einen tosenden Beifallsturm hervor. Genosse Kiem begann die Vorlesung. Nach kurzem kam die Polizei abermals und beschlagnahmte unter allgemeiner Weiterleit ein einziges Blätliches Papier! Die Vorlesung nahm ihren Fortgang. Abermals Polizei und die Aufforderung, den Vortrag zu unterbrechen, der natürlich auch nicht beachtet ward. Kiem wurde verhaftet und im gleichen Augenblick erklärte Schwent abermals: Die Vorlesung wird fortgesetzt! Nach längerem Hören erschien wiederum das Polizeiaufgebot. Die Frage nach dem Erlaubnis für Unterrichtsverteilung an Jugendliche wurde verneint, ebenso die Frage, ob der vorlesende Genosse abbrechen wolle. Auch er wurde inhaftiert. Und nun geschah, was so schnell erwartet wurde. Eben wollte Schwent sein: Die Vorlesung wird fortgesetzt! erlöten lassen, als der führende Polizeibeamte die Räumung des Saales anordnete. Damit hat uns die Polizei auch die formale Handhabe geboten, gegen ihre Maßnahmen, sowie die Verfügung der Potsdamer Regierung im Verwaltungsstreitverfahren vorgehen zu können, worüber Genosse Schwent, sowie über die ausgezeichnete Propaganda, dankend quittierte.

Einigung zwischen Schöneberg und der Hochbahn-Gesellschaft.

Die Schöneberger Verkehrsdeputation hat heute den Vereinbarungen mit der Hochbahngesellschaft zugestimmt. Hiernach wird zwischen der Schöneberger Volk und der Hochbahn eine Tarif- und Betriebsgemeinschaft eingeleitet; es werden also durchgehende, für beide Bahnen gültige Fahrkarten unter Anwendung des Hochbahntarifs ausgegeben werden. Die Betriebsöffnung der Schöneberger Linie ist für Ende November in Aussicht genommen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Cholera.

Neapel, 29. September. (B. G.) Die Mehrzahl der französischen und auch einige andere Schiffsahrtsgesellschaften weigern sich angesichts des Umfanges der Cholera in Neapel Waren und Passagiere an Bord zu nehmen. Sie beschränken sich darauf, in Neapel Passagiere zu landen. Infolge dessen sind nahezu 4000 Hafenarbeiter so gut wie gänzlich beschäftigungslos.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Dietzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Sieg in Frankfurt-Lebus.

Aus Kottbus wird uns geschrieben:

Der vorwiegend ländliche Wahlkreis, der 1903 zum erstenmal auf kurze Zeit im Reichstage sozialdemokratisch vertreten war, ist nun mit einer Majorität von 173 Stimmen von der Sozialdemokratie zurückerobert worden. Die Nationalliberalen hatten mit absoluter Sicherheit auf ihren Sieg gerechnet; sie waren dazu um so mehr berechtigt, als sich die Konservativen anscheinend ohne jede Gegenleistung für den nationalliberalen Kandidaten ins Zeug legen und ihren ganzen nicht gering anzuschlagenden Einfluß auf ihren ländlichen Anhang aufboten wollten, um den Sieg der verhassten Sozialdemokraten zu vereiteln.

Ob bei den Nationalliberalen die Absicht bestand, den Konservativen für ihre Wahlhilfe das Landtagsmandat des freisinnigen Herrn Wess anzubieten und sich so den Wünschen des konservativen Wahlvereins für Frankfurt-Lebus gefügig zu zeigen, läßt sich nicht mit absoluter Sicherheit feststellen. Daß die in gemeinsamer Sitzung geschlossene Stichwahlkoalition zwischen Konservativen und Nationalliberalen nicht ohne jeden Nebengedanken erfolgte, beweist die tendenziöse Verwahrung, die die Nationalliberalen gegen unsere Beschuldigung einlegten, sie hätten das freisinnige Landtagsmandat als Unterpfand für die junkerliche Wahlhilfe geboten. Es muß etwas an dem Schacher gewesen sein.

Die Konservativen haben ihr Wort gehalten. Es wirkt angefaßt der jetzt aus den einzelnen Orten des Kreises vorliegenden Stichwahlergebnisse geradezu komisch, zu sehen, wie die im Kreise Frankfurt-Lebus weitverbreitete und leider auch noch von Arbeitern gelesene nationalliberale „Frankfurter Ober-Zeitung“ sich triumphal bemüht, den sozialdemokratischen Sieg auf das Konto einiger ländlicher konservativer Wähler zu setzen, die im Gegensatz zur Hauptwahl in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt hätten. Die obere nationalliberale Zeitung verfolgt damit einen doppelten Zweck. Einmal will sie durch die Behauptung, in acht ländlichen Orten hätten insgesamt (!) 30 konservative Wähler direkt sozialdemokratisch gewählt, wären also der konservativen Wahlparole nicht gefolgt, die konservative Bundesbücherei als nicht vollwertig hinstellen. (Man rüdt von seinem getreuen Feind ab und tut jetzt so, als schene man sich der feudalen Helfershelfer, die in politisch ruhigen Zeiten für die Nationalliberalen rechts der Elbe eine kompromittierende Gesellschaft sind.) Dann aber bezweckt das Frankfurter nationalliberale Blatt mit der namentlichen Aufführung der Gutbesitzer und Dörfer, wo noch seiner Auffassung konservativ gerichtete Wähler in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt hätten, eine niedrige Denunziation. Die Dorf- und Gutsmantoren sollen wohl nun den nationalliberalen Horn über ihre Niederlage die armen Landarbeiter entgelten lassen!

Es wäre nicht das erste Mal, daß die nationalliberalen Herrschaften die politisch Andersdenkenden durch das Überhängen des Brocklades von der Götlichkeit der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu überzeugen verfuhr hätten.

Wenn man das Wahlergebnis auf Grund des vorliegenden Ortsverzeichnis betrachtet, so kann man nur erstaunt sein, wie fast reiflos die Konservativen für den nationalliberalen Kandidaten eingetreten sind. Das schon genannte Frankfurter Blatt zählt ganze 87 ländliche Orte auf, in denen der bürgerliche Wählermasch in der Stichwahl weniger Stimmen erreicht hat als bei der Hauptwahl. Und wie viel Stimmen kommen da heraus? Sage und Schreibe 49! Wegen dieser 49 Stimmen aus 87 Dörfern schreibt die „Frankfurter Ober-Zeitung“ über konservativen Verrat! Dabei machen die Nationalliberalen gar kein Hehl aus ihrer vorgefaßten Ansicht, daß im Falle einer Stichwahl zwischen Dunkel (L.) und Faßer (Soz.) die Mehrheit der „Liberalen“ den konservativen Kandidaten ganz gewiß hätte in der Zinte sitzen lassen. Aber die Konservativen stimmten geschlossen für den Agl. Archibrat Dr. Winter, weil sie wußten, daß so ein konservativ ge-

richteter Nationalliberaler immer noch besser sei, als ein konservativer Menomnicarbeiter, der zum Schrecken seiner Mandatgeber in seinen Wahlreden stets von dem „notwendigen Ausbau der Sozialgesetzgebung“ zu sprechen beliebte.

Wenn man die Einzelheiten dieses heißen Wahlkampfes noch einmal an seinem Auge vorüberziehen läßt, dann gewinnt man immer mehr die Ansicht, daß die Nationalliberalen in diesen Wochen die politisch schäblichste Rolle gespielt haben. Ihr sogenanntes Universalprogramm, das ein mixtum compositum der freisinnigen und nationalliberalen „Grundzüge“ war, ist ein Dohn auf die parlamentarische Tätigkeit der nationalliberalen Reichstagsfraktion und das Zeichen einer inneren Verlogenheit der aller indirekten Lasten im Programm, aber der Herr Kandidat erlaubte sich in seinen Wahlreden bereit, für indirekte neue Verbrauchsteuern zu stimmen — falls er gewählt würde. Im Minimalprogramm garantierte man eine Unantastbarkeit des Reichstagswahlrechts und der Herr Rittergutsbesitzer Führmann, nationalliberaler Säulenheiliger und Paradedredner schlägt in Frankfurt am Abend des Stichwahltages mit der Hand auf den Tisch und fragt die Wötter, ob denn das Volk für dieses Reichstagswahlrecht reif sei und ob Wismar recht daran getan habe, dem Volk der Dichter und Denker das Reichstagswahlrecht zu „schenken“. Abgegeben von der echt nationalliberalen Auffassung über die geschichtliche Notwendigkeit des Reichstagswahlrechts ist der Führmannsche Wutausbruch ein wertvolles Bekenntnis einer schönen nationalliberalen Scharfmacherseele, das wir Sozialdemokraten recht wader den liberalen Männern im Lande unter die Nase reiben wollen. Was Führmann über die „Nützlichkeit“ des Reichstagswahlrechts äußerte, ist inneres Empfinden aller nationalliberalen Parlamentarier und es steht sehr für uns in Frage, ob wir bei allgemeinen Wahlen, falls es sich bei der Stichwahl um Nationalliberale oder Konservative handelt, nicht beide als gleich gefährlich betrachten müssen.

In unserem letzten Artikel vor der Wahl schrieben wir, daß ganze 30 Stimmen an dem Siege des Genossen Faßer gefehlt hätten und knüpften daran die weitere Mahnung an die in Berlin arbeitenden und im Wahlkreise Frankfurt wohnenden Wähler, doch ja am 28. September zur Wahl zu gehen und den Schaden vom 15. September zu reparieren.

Wie sehr wir mit unserer Mahnung das Richtige trafen, geht allein aus dem Stichwahlergebnis hervor, das in der Stadt Mündeberg erzielt wurde. In diesem Orte wurden bei der Hauptwahl am 15. September 324 Stimmen abgegeben, circa 40 Stimmen weniger als bei der Hauptwahl 1907. Bei der Stichwahl 1910 erreichten wir 305 Stimmen, also 71 mehr als bei der Hauptwahl. Diese 71 Stimmen sind also von vornherein als unsere Reserven zu betrachten, da die Gegner gegen die Hauptwahl nur vier Stimmen verloren haben. Wir sind geneigt, anzunehmen, daß der größte Teil dieser 71 Stimmen von den gewerblichen Arbeitern herrührt, die am 15. September aus Nachlässigkeit oder sonstigen Gründen der Hauptwahl fern blieben. Wären also die Wähler in Mündeberg schon am 15. September so angetreten wie am 28., so wäre die Stichwahl nicht nötig gewesen. Damit soll gegen die sozialdemokratischen Wähler kein Vorwurf ausgesprochen werden. Aber eine Mahnung sollte dieses rein lokale Ergebnis für unsere Genossen in allen Orten des Reiches sein, schon bei der Hauptwahl zur Wahl zu gehen und nicht zu glauben, es ginge auch ohne die eine Stimme. In ganzen gewonnen wir in der Stichwahl 1478 Stimmen, davon fielen auf die Städte Frankfurt und Fürstentum 496 bzw. 141 Stimmen. Das platte Land brachte nur ein Mehr von 830 Stimmen. Die 830 Stimmen verteilte sich auf 141 Dörfer. Die bürgerlichen Parteien brachten rund 1252 Stimmen mehr auf, darunter 285 allein in der Stadt Fürstentum, die für uns nur ein Mehr von 141 Stimmen brachte.

Die beiden in Frage kommenden Parteien haben mit Ausbietung aller Kräfte gearbeitet, und was allein die Genossen in Frankfurt-

Stadt und auf dem Lande an intensiver Wahlarbeit geleistet haben, wird auf immer ein glänzendes Beispiel agitatorischer und organisatorischer Fähigkeiten und persönlicher Opferfreudigkeit bleiben. Es ist nur zu hoffen, daß die Verbearbeit unserer Genossen nicht erlahmt und sich namentlich auch nach der Seite hin erstreckt, daß die Parteipresse mehr als bisher im Wahlkreise Verbreitung findet. Die nationalliberale Presse, besonders die „Frankfurter Ober-Zeitung“, die für die politische und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse nichts als fatten Hohn hat, sollte mitamt den Berliner bürgerlichen Blättern aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinden. Je mehr die Arbeiterpresse in diesem schwierig zu bearbeitenden Kreise Eingang findet, um so mehr wird es uns möglich sein, den Wahlkreis Frankfurt-Lebus dauernd im sozialdemokratischen Besitz zu erhalten!

Unfehlbarer Antiklerikalismus.

Paris, 26. September. (Eig. Ber.)

Die Zusatzpolitik Merry del Val bringt die französische Kirche in eine immer üblere Lage. Die Versuche, durch den absichtlich heraufbeschworenen Konflikt mit dem Staat die Massen zu fanatisieren, ist völlig mißglückt. Der Appell an die Opferwilligkeit der Gläubigen hatte keinen Erfolg. Die Landbevölkerung insbesondere ließ sich nicht mobil machen. Während die städtische Bourgeoisie in ihrer Furcht vor der sozialen Revolution wohl einer Befestigung der Religion nicht abgeneigt wäre, aber in ihrem Egoismus doch die nötigen Kosten nicht aufbringen will, zeigt sich in einem großen Teil des Bauerntums eine ganz unerwartete religiöse Gleichgültigkeit. Namentlich im Süden kann man in vielen Departements geradezu von einer Agonie der Kirche sprechen. Viele Gotteshäuser werden gesperrt, weil für einen Pfarrer kein Geld da ist, und bald wird auch kein Priesternachwuchs da sein, da sich die Bauern hüten, ihre Söhne dem brotlos gewordenen geistlichen Studium zu widmen. Die geistlichen Seminare stehen schon jetzt halb leer. Aber die Kurie fährt noch immer mit Maßnahmen fort, die den kirchlichen Organismus erschüttern. Die Opposition, die die Mehrheit der Bischöfe und der katholischen Intellektuellen der Politik Merry del Val schüchtern entgegen gesetzt haben, scheint in Rom die Befürchtung gallikanischer Tendenzen erweckt zu haben. Anders kann man sich die selbstmörderischen Maßnahmen nicht erklären, die von der Kurie getroffen werden und die auf verschiedenen Wegen das Ziel haben, der französischen Weltgeistlichkeit die Leitung des religiösen Lebens in geistiger und moralischer Selbstständigkeit völlig unmöglich zu machen.

Eine ganz besondere Aufregung hat unter den Bischöfen das Dekret der römischen Kongregation der Sakramente, das das für die Zulassung zur ersten Kommunion geltende Alter von zehn bis elf Jahren, wie dies bisher üblich war, auf sieben Jahre herabsetzt. Die Opposition ist so heftig, daß sich die Kurie der Enderkung einer Versammlung des Episkopats nach Lyon für den 27. dieses Monats nicht zu widersehen wagte. Die Stimmung der Bischöfe wird durch einen im „Figaro“, dem Organ der liberalen Katholiken, veröffentlichten Brief des Bischofs von Rizza, Chapon, an den Kardinal-erzbischof von Lyon, den Primas der französischen Kirche, beleuchtet. Chapon kritisiert die Erteilung der Kommunion an siebenjährige Kinder zunächst aus religiösen Gründen und führt dann aus, daß die Kinder, sobald sie einmal die Kommunion empfangen haben werden, überhaupt nicht mehr in den Katechismusunterricht, zur Sonntagsmesse und zur monatlichen Beichte kommen werden: „Ich glaube nicht pessimistisch zu urteilen

Kleines feuilleton.

Die Lebensdauer der deutschen Patente. Jede berufsmäßige oder zufällige Erfindung wird heute in Deutschland vor Ausbeutung durch Andern geschützt. D. h. wenn man erstens nicht ein armer Schinder ist, der kein Geld hat, um die Patentierungskosten zahlen zu können, und zum anderen nicht so sehr auf das tägliche Brot angewiesen ist, daß man etwa, mitunter auch noch mehr Monate warten kann, ehe das Patent die Erfindung zu einer „noch nicht dagewesenen“ macht. Interessant ist es nun, einmal festzustellen, welche Lebensdauer die Patente haben. Seht man die in einem Jahre erteilten Patente gleich 100, so ergibt sich für die folgenden fünfzehn Jahre der Patentberechtigung die folgende „Sterbetafel“: Das zweite Jahr erreichen nur rund 63 Patente, das dritte läßt diese Zahl schon auf 44 sinken. Nun geht es von Jahr zu Jahr sehr rasch abwärts, in der Zeitspanne der folgenden fünf Jahre sinkt die Zahl auf 32, 24, 19, 15 und 15 Patente. Nach zehn Jahren werden also unter 100 Patenten nur rund 15 alt. Das zehnte Jahr hat auch diese Zahl auf 10 zusammenzuschmelzen lassen, das zwölfte meldet nur noch 8 lebende Patente, das vierzehnte noch 5, das fünfzehnte 3 und das sechzehnte, die Höchstgrenze der Patentlebensdauer, erreicht nicht einmal ein Patent, die letzte Ziffer lautet nämlich ganz genau auf 0,88. Die Patentdauer erstreckt sich allerdings nur auf 15 Jahre, sie wird in Wirklichkeit zu 10, weil ersparungsgemäß die Zeit vor der Patenterteilung, in der die Erfindungen einen beschränkten Schutz genießen, oft zum Jahre wird. Des weiteren ist zu beachten, daß bei den vorstehenden Ziffern pro Jahr 0,87 Proz. Durchschnittsumme von 100 Patenten als durch Vernichtung oder Rücknahme gelöschte Patente außer Ansatz blieb. Die Zahlen selbst zeigen, wie kurzlebig in Wirklichkeit die deutschen Patente in ihrer übergroßen Mehrzahl sind. Noch nicht einmal die Hälfte wird zwei „Patent“ Jahre alt.

Der Kultus der Hingerichteten. Ohne Sang und Klang werden bei uns Hingerichtete beerdigt und kein Stein, kein Kreuz, keine Blume schmückt das Stief Erde, in dem sie ruhen. Anders in Sizilien. Dort treibt das in den abergläubischsten Vorstellungen befangene Volk einen förmlichen Kultus mit ihnen. Es nennt sie „Selige“ (beati) und ruft sie an wie kirchlich sanktionierte Heilige. Fast jedes Dorf hat so einen geliebten oder gehängten Patron. Ein Muttermörder zum Beispiel aus Paocco bei Trapani liegt in der Kirche des St. Francesco di Paola begraben und auf diesem Grabe beten die Einwohner von Paocco und erleben Gnadengaben. Viele Sagen erzählen von Wundern, die die Seelen Hingerichteter zugunsten frommer Peter gewirkt haben. Man kann sich erklären, wobei dieser merkwürdige Kult stammt. Einmal ist der hingerichtete Verbrecher, besonders der Gigant, in den Augen des Volkes kein Schurke, sondern ein Held, dann aber spricht und das ist wohl der Hauptanlaß, eine dogmatische Epiphyndigkeit mit. Der Gerichtete wehrt, wenn er stirbt und geht dem Tode mit vollem Bewußtsein entgegen. Er kann also eine vollständige klare Beichte ablegen, so daß seine Seele gerettet ist. Seine Seele ist durch diese Beichte als aufrichtig

darzulegen und das verschafft ihm den Himmel. So werden Verbrecher zu „Seligen“.

Theater.

Königl. Schauspielhaus: „Die neue Sonne“. Schauspiel von Hermann Heijermans. Wenn das königliche Schauspielhaus von seiner ehrwürdigen Tradition, Dramatiken von naturalistischer Tendenz, den Vertretern der „Münchener Kunst“, die Tore zu verlocken, einmal eine Ausnahme macht, so werden mit Vorliebe schwindelnde Leistungen ausgewählt. Bei Sudermann wurde gewartet, bis er mit einem mittelalterlichen Abenteuerstück im Gewand der reifensten Jugend den Befähigungsnachweis erbrachte, bei Heijermans, bis der Schöpfer von „Hoffnung auf Segen“ und „Ora et labora“ mit seiner „neuen Sonne“ auf dem Plan erschien. Wäre eine ganz am Körperlichen haftende Nachahmung, wie sie in diesem Stück betrieben wird, eine Nachahmung, die nirgends ein getrigertes Gefühl von der in Menschencharakteren und Schicksalen verborgenen waltenden Notwendigkeit erzeugt, ein Kennzeichen des Naturalismus, dann freilich hätten dessen Widerlächer leichtes Spiel. In Wahrheit stellt der Naturalismus nicht geringere Anforderungen an die umhüllende Phantasie als irgend ein idealistischer Stil. Der eng gespannte, die Freiheit des Erfindens einschränkende Rahmen modernen Lebens schreibt der lombardierenden Gestaltungskraft nur andere Bahnen vor.

„Die neue Sonne“ ist der Name eines Warenhauses, das mit seiner gewaltigen finanziellen Hebermacht, seinen prunkenden Schauhellungen die alteingesessenen kleinen Geschäfte rings umher ruiniert. Aber dieser soziale Hintergrund, den Polas „Glück der Damen“ so grandiosen Bildern zeichnet, bleibt in dem Heijermanschen Stück bedeutungslos. Es wird im Hause des bankrotten Uhrmachers Starke über die vernichtende Konkurrenz des Kolosses viel gesprochen. Doch die Worte bringen es über eine ganz abstrakte Bläse nicht hinaus, und den Figuren wie der Handlung fehlt jede organische Beziehung zu dem Problem. Der Titel paßt so wenig zu dem Drama, wie die Charakterzüge des Herrn Starke zueinander passen. Dem Dichter schwebte bei der Gestalt wohl etwas wie das Bild eines lockenden Philosophen vor, der den Schicksalschlägen überlegenen Humor entgegensetzt und hinter dem Scheine unbedimmerten Lebens eine lüchliche reine Seele verbirgt. In dem bleibt bei dem Willen. Die Wägen, mit denen der Uhrmacher sich über seine Gläubiger lustig macht, reizen zu allem anderen eher als zur Sympathie. Dabei stummt und schwindelt er, daß die Balken biegen. Wenn seine Tochter nicht gelegentlich von seinem goldenen „Frohsum“ schwärmen würde, läme niemand auf den Verdacht, daß er mehr als ein ganz gewöhnliches Menschenexemplar repräsentieren soll. Drei Aufzüge hindurch wird von den Starkestes Familienmitgliedern hartnäckig immerfort von Bankrott geredet, ohne daß irgendwo auch nur der Anlaß einer dramatischen Entwicklung herbeizutrate. Dann endlich gibt es eine Sensation. Am Vorabend des endgültigen Zusammenbruchs, da man mit Freunden bei einer gläsernen Punsch die trüblichen Gedanken zu verschleichen sucht, wird die Tochter nach Gläsern in die Küche geschickt. Wöllig löst der Knall einer Explosion. Die Lampe ist dem Mädchen aus der Hand geplatzt. Der Laden brennt und in den Flammen kommt ein armes krankes Kind, des Prätigams Schwester, ums Leben. War die Zerstörung der Lampe bloßer Zufall oder hat der

Wunsch, den Vater durch die Brandversicherungssumme aus der Not zu befreien, hier heimlich mitgespielt? Der revidierende Beamte schöpft nicht Verdacht. Doch der gräßliche Tod des Kindes läßt Anmerkung, die sich nicht frei von aller Schuld weh, keine Ruhe. Fürchtbar stillern die Gedanken auf sie ein. In diesen Szenen regt sich etwas von der alten Heijermanschen Kraft. Auch die erste Mahnung des Vaters, ihr Herz vor ihm durch ein Geständnis zu erleichtern, klingt schlicht und überzeugend. Was ist natürlicher, als daß er die in ihrer seelischen Gesundheit Gefährdete, sein Liebste auf der Welt, zu trösten sucht. Um so erklärter wirkt der theatralische Ausgang, als der keine Krämer sich plötzlich in die Postur eines Tolstojischen Romantikers wirft. Er ist befehle, daß die Tochter zur Sühne ihrer Gedankenschuld sich dem Gerichte stellen wird.

Herr Krausknecht verdärfte die in der Figur enthaltenen Widersprüche noch durch starke Unterbrechung des Komödiantischen in Ton und Aussehen. Fräulein Reimer, die die Tochter spielte, fand im letzten Akt packende Akzente.

Musik.

Der französische Komponist Charles Gounod (1818—1893) ist unverwundlich genug, um uns stets wieder beschäftigen zu können. Seine „Margarete“ ist ein immerzu verlässliches Repertoirestück. Besonders für Sommer- und Volksopten; sein „Art wider Willen“ hält sich in der „Königlichen Oper“ erfolgreich; und sein „Roméo und Julia“, neben dem ersten genannten sein beliebtestes und anerkanntestes Werk (von 1867), wurde jetzt in der Königl. Oper als Neueinführung gebracht. Man ruht so weit auf dieser, die vielfältigsten Ansprüche befriedigenden Musik; man versteht die Kennzeichnung der Bühnensituationen durch das Orchester so leicht; und die weichen Bogen linder Lyrik tragen den, der dem reichen Gehalt der Musik gerecht werden will, wie auch den, der „Theater“ haben will.

Und die Aufführung war, für unsere Landesbühne zu urteilen, sogar großenteils gut. Nicht wenige Sänger gab's da, die weder größtens noch klein. Man hört mit Freude die künstlerische Durchführung einer Nebenrolle durch Frau v. Scheele-Wüller und den vollen Wuch des Herrn Griswold und noch ein paar lässige Leistungen. Und eine Audebe für den Extrabend gab's auch: Fräulein G. Farrar als Gast, als wirklich interessanter Gast, als alleiniger Gast.

Die Audebe zog: ein minderwertiger Seitenplatz, der gerade noch zu erhalten war, hatte 8 Mk. 50 Pf. Kostpunkt. Man leidet nicht viel, wenn man fortwährend auf Altgelagtes zurückkommt. Trotzdem muß man es immer wieder sagen: das so vielfach lässige — wohl nur in dem berichtigten Willensverkauf nicht lässige — Gebaren unserer Opern-Großbühne paßt mindestens dort nicht hin, wo man berartige Ansprüche macht. Jetzt, da ein Umbau des Hauses in Aussicht steht, ist gerade noch Zeit, energisch ins Zeug zu gehen und vor allem einmal zwei Institute zu errichten, d. h. neben dem Opernhaus des Großtums ein Haus des Großtums, eine für ein weites Publikum zugängliche dramatische Musikstätte. Die Leitung der „Königlichen Schauspielerei“ besitzt die Mittel zu einem solchen Unternehmen; und aus ihm kann wohl auch am ehesten das Gebot ersehen, der Kunst mehr zu bieten als die üblichen „Einführungen“.

— eher das Gegenteil — wenn ich behaupte, daß ich in meiner Diözese, die auch nicht schlechter ist als andere und sicher besser als viele, kaum ein Kind auf zwanzig behalten werde. Die allgemeine Verlegung der ersten Kommunion auf sieben Jahre bedeutet für Frankreich für neun Zehntel der Jugend, besonders der Volkjugend, das Ende jeder religiösen Erziehung.“ Mit rücksichtsloser Schärfe protestiert der Bischof, daß dieser Schlag uns öffentlich, auf die Gefahr hin, unsere Autorität zu diskreditieren, verletzt worden ist, ohne daß wir in einer so wichtigen Sache befragt oder auch nur benachrichtigt worden wären. Was soll künftig von dem posuit episcopos regere ecclesiam Dei (er setzte die Bischöfe ein, damit sie die Kirche Gottes regieren) übrig bleiben? Der Augenblick sei gekommen, wo sich die Bischöfe erinnern müßten, daß sie nicht nur die gehorsamen Söhne des Papstes, sondern auch durch göttliches Recht seine Ratgeber seien. Gott würde ein Vergehen der Bischöfe in diesem Augenblick durch kein Wunder gutmachen.

Das klingt fast wie ein Aufruf zur Revolte, aber es ist vorauszusehen, daß die Suppe nicht so heiß gegessen werden wird, wie sie gekocht wird. Die geschichtliche Möglichkeit für eine offene Säulderhebung der Bischöfe gegen den römischen Absolutismus ist vorüber. In den religiös gleichgültigen Massen würde ein Ruf zum Kampf für eine nationale Kirche kein Echo finden, und die Insurrektion würde zwischen dem Fanatismus der einen und der Indifferenz der anderen zerrieben werden. Das wissen die Bischöfe und das weiß auch Rom. Darum wird der Terrorismus gegen die liberalen Regierungen im Episkopat weitergehen — zur Vernichtung aller freien Geister, die wissen, daß keine antikirchliche Agitation an schneller Wirkung den tiefen Wunden gleichkommen kann, die sich die Kirche in ihrer Selbstüberhebung schlägt.

Armee und Ziviljustiz.

Am 8. Oktober 1910 findet vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart eine Verhandlung statt, die geeignet ist, das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße zu erwecken. Gegen den Oberleutnant a. D. Heinrich Gramm, der als aktiver Offizier im k. u. k. württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 180 gedient hat, ist nämlich das Hauptverfahren nach §§ 185 und 186 des Reichsstrafgesetzbuchs eröffnet. Die Verleumdung soll in einem Briefe enthalten sein, den der Beschuldigte am 2. März 1909 an den k. u. k. preussischen Major Weller, Major und Bataillonskommandeur im preussischen Infanterie-Regiment Nr. 182 zu Strahburg, geschrieben hat. In dem Briefe erhob Gramm den Vorwurf, der Major habe über ihn Äußerungen getan, die den Stempel der Animosität an sich trügen und geeignet gewesen seien, Gramms Ansehen und Qualifikation zu schädigen. Der Oberleutnant stellte ferner die Anfrage, ob Weller sich an ihm habe rächen wollen, weil Gramm die zahlreichen Uebergriffe, die Major Weller in der Zeit, in der er noch Hauptmann und Kompaniechef im württembergischen Infanterieregiment Nr. 180 war, in der Behandlung seiner Untergebenen beging, nicht gebilligt und seinen Willen darüber öfter unzweideutig zum Ausdruck gebracht habe. Oberleutnant Gramm ist, nebenbei bemerkt, ein geborener Württemberger und daher tat es ihm doppelt weh, daß ein nach Württemberg kommandierter preussischer Hauptmann in solcher Weise mit Württembergern umsprang.

Der Eröffnungsbeschluss des Landgerichts Stuttgart ging merklich auf die Behauptung Gramms. Weller habe Soldaten mißhandelt, gar nicht ein! Er ignoriert sie einfach. Dieser Umstand läßt die Absicht beschränken, dem Beschuldigten den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen abzusuchen. Die Vermutung erscheint ihm so berechtigter, als dem Antrage Gramms, die zahlreichen Soldatenmißhandlungen Wellers unter Beweis zu stellen, nicht stattgegeben und der Antrag auf die Ladung von Zeugen, welche die von Weller an Soldaten begangenen Brutalitäten und Mißhandlungen bezeugen sollen, abgelehnt wurde! Das württembergische Landgericht (Stuttgart) verweigerte also die Ladung von Zeugen, die beweisen sollten, daß ein nach Württemberg kommandierter preussischer Hauptmann württembergische Landeskinder beschimpft und mißhandelt hat. Auch das gehört unter die Rubrik „Deutsche Justiz“. Aber es war unsonst, denn der Angeklagte ließ durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Kahl in München, die abgelehnten Zeugen direkt laden, so daß der Nachweis der Soldatenmißhandlungen voraussichtlich vor Gericht geführt werden kann.

Das württembergische Volk und auch das württembergische Armeekorps haben das größte Interesse daran, daß die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen wird, weil es für beide sehr wichtig ist, zu erfahren, wie die nach Württemberg kommandierten preussischen Offiziere sich benehmen. In auch das gesamte deutsche Volk muß hier die uneingeschränkte Öffentlichkeit fordern, denn Herr Weller ist heute noch aktiv und trotz seiner Mißhandlungen sogar zum Major und Bataillonskommandeur befördert worden.

Aber nicht nur der jetzige Major Weller, sondern auch der frühere württembergische Oberst und jetzige württembergische Generalmajor von Berrer, hat sich von Herrn Gramm beleidigt gefühlt. Die Ursache ist charakteristisch für den „ersten Stand“ und seine Eigentümlichkeiten. Gegen das Ende seiner aktiven Dienstzeit erhielt nämlich der nebenbei bemerkt verheiratete Oberleutnant Gramm von seinem Bataillonskommandeur eine Ermahnung zur Sparsamkeit. Im Bewußtsein seiner Unschuld verlangte Gramm ehrengerichtliche Unterordnung gegen sich, die aber abgelehnt wurde. Auf Grund früherer Beobachtungen glaubte der Oberleutnant, er sei von Kameraden angepöbeln worden. Da er auch sonst allerlei Erfahrungen gemacht hatte, hat er um seine Verabschiedung und zwar mit einer Begründung, die für einige seiner Kameraden nicht schmeichelhaft war. Der Oberst von Berrer schickte ihm das Gesuch mit der Bemerkung zurück, daß es sich in dieser Form nicht zur Vorlage an höhere Stellen eigne. Darauf hat Gramm unter Beglückwünschung der anzugleichenden Stellen nochmals um seine Verabschiedung, die ihm auch gewährt wurde.

Der Oberst wußte nun ganz genau, daß der Oberleutnant nur durch die Vermutung, Kameraden hätten ihn lässlich benutzelt, zum Äußersten, zum Einreichen seines Abschiedes, veranlaßt worden war. Der Herr v. Berrer wußte aber ebenso genau, daß Gramms Verdacht unbegründet war, denn die Mitteilung, daß die Eheleute Gramm angeblich lujurisch lebten, hatte der Oberst nicht von einem Offizier, sondern von der eigenen Schwiegermutter des Oberleutnants erhalten. Wäre es da nicht die Pflicht des Herrn v. Berrer gewesen, dem Oberleutnant Gramm zu sagen: „Hören Sie einmal, mein Lieber, Sie regen sich da ganz unnötig auf. Nicht Offiziere haben mir über Sie so und so berichtet, sondern Ihre eigene Schwiegermutter. Nehmen Sie also Ihr Abschiedsgesuch wieder zurück.“

Aber der Herr Oberst Schwieg er ließ Gramm ruhig seinen Verus aufgeben. Dem Oberleutnant aber kam später ein Brief des Herrn Oberst in die Hände, in dem dieser die schon genannte Schwiegermutter hat, sie möge ihren Schwiegersohn endlich über den wahren Sachverhalt aufklären. Gramm, der erst jetzt klar sah, erlaubte sich nun das gräßliche Verbrechen, über den Herrn Obersten v. Berrer, der noch dazu beim Herzog Albrecht von Württemberg sehr gut angezogen ist, einen Bericht an den württembergischen Kriegsminister v. Marchtaler zu erstatten, in dem er die Angelegenheit genau darlegte und einige bescheidene Fragen aufwarf, zum Beispiel ob Regimentskommandeure auch als Vollzugsorgane von Schwiegermüttern da seien. Zum Schluß erlaubte Gramm sich die sehr berechtigte Anfrage, ob Herr von Berrer sich nach dem Vorgefallenen noch weiter zum Regimentskommandeur eigne. Auf diese Frage hat er inzwischen eine Antwort erhalten, denn Herr von Marchtaler hat trotz Gramms Bericht Herrn von Berrer zum Generalmajor und Kommandeur der Ludwigsburger Brigade befördern lassen. Der andere Teil der Antwort bestand darin, daß Gramm auch wegen dieses Berichtes vor den Kadi zitiert wurde. Da man gegen seine tatsächlichen Feststellungen nicht ankämpfen kann, sucht man ihn wegen formaler Verleumdung zu fassen.

Uebrigens wurde auch versucht, den unbequemen Oberleutnant unter der Etikette „Weißeskrankheit“ unschädlich zu machen. Der Plan tauchte ursprünglich bei den besorgten Schwiegereltern auf und wurde dann von der Justiz lebhaft nachempfunden. Gramm sollte ein bißchen Gehirnerweichung haben. Aber der Münchener Landgerichtsrat Dr. Hermann — Gramm lebt mit seiner Frau in München — machte den Herrschaften einen dicken Strich durch die Rechnung und erklärte den Sünder für geistig vollkommen gesund.

Die Affäre Gramm dürfte sich für den Militarismus zu einer recht ansehnlichen Blamage gestalten. Und wird am Ende gar bei der Gerichtsverhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen, so wird auch noch die württembergische Justiz zwischen den Bogen kommen. R. K.

Wer organisiert die Heimarbeiter?

„Konzentration der Kräfte!“ heißt die Parole heute auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens. Der in steigendem Tempo sich vollziehende Akkumulationsprozess des Kapitals treibt die Klassenengegenseite immer mehr auf die Spitze; drängt die Bevölkerung immer entschiedener in zwei Lager: die Besitzende, die Besitzlose!

Die Kampforganisationen der Proletarier haben gutes Verständnis und noch schnellere Nachahmung bei den besitzenden Klassen gefunden. Das kapitalistische Prinzip: restlose Ausnutzung aller Kräfte wie lebenden Produktionsmittel findet seine kräftigste Stütze, seine verständnisvolle Vertretung in den großen Verbänden der Unternehmer. Trübsal, Schuld und Karrieren umfingungen erbarungslos, wie das tobdringende Reh einer Kreuzspinne, die beständige Arbeiterklasse, die, ohne den tatkräftigen, zähen Widerstand ihrer festgesetzten, zentralisierten Gewerkschaften, rettungslos der Profitgier unerschütterlicher Kapitalisten verfallen wäre. Immer klarer erkennen die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung ihre heiligste Pflicht, die der Selbsterhaltung. Sie lernen immer gründlicher ihren einzigen kostbaren Besitz: ihre Arbeitskraft, schützen.

Nicht nur wirtschaftliche Organisationsverbände, auch Vereinigungen rein gesellschaftlicher Natur geben davon Zeugnis, daß der Organisationsgedanke heute bereiten Boden findet, daß Interessengemeinschaften leistungsfähiger sind. Allorts, in allen Gesellschaftskreisen schließen sich Gruppen zu gemeinsamer Arbeit, in eigenen, als auch für allgemeine Interessen zusammen, um sogenannte „Sozialarbeit“ zu leisten. Wir hören von Ärzte-, Naturforscher-, Katholiken-, Lehrer- und Juristentagen, von allen möglichen Kongressen gemeinnütziger Natur. Hier sei nur, aus jüngster Zeit, des Pariser Kongresses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des ersten internationalen Heimarbeiterkongresses zu Brüssel am 16. und 17. September d. J. gedacht, die beide ihr Gepräge durch den Besuch offizieller Reichsvertreter der verschiedensten Nationen erhielten. Folgende Hauptaufgaben hatte sich der internationale Heimarbeiterkongress gestellt:

1. Feststellung von Mißbräuchen und Mißständen in der Heimararbeit.
2. Untersuchung und Abstellung von Gefahren der Heimararbeit für die Konjunktur.
3. Gesetzliche Regelung der Heimararbeit, besonders Beseitigung der ungesunden Gattungen in der Heimararbeit.
4. Festsetzung eines Mindestlohnes.
5. Einführung von Lohnbüchern und Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Heimararbeit.
6. Einwirkung der Gewerkschaften auf die Regelung der Heimararbeit; solange Heimarbeiterorganisationen fehlen, müssen die Organisationen der Fabrikarbeiter aufstrebend wirken und für die Interessen der Heimarbeiter eintreten.
7. Die Arbeit der Frauen und Kinder muß beseitigt werden.
8. Arbeits- und Wohnräume sind streng zu trennen.
9. Ungesunde Arbeiten dürfen nicht im Hause angefertigt werden. Und so weiter.

Ob positive Arbeit geleistet wurde, muß die Zukunft lehren. Die Hartnäckigkeit, mit der die deutsche Regierung und die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, gegen eine verständige Regelung der Heimararbeit sich sträuben, läßt der Hoffnung für Deutschland wenig Raum.

Ausprüche auf dem Kongress, wie „Jedes Wesen in der Welt hat schon dadurch, daß es geboren ist, Anspruch auf die vollständige Entwicklung seiner intellektuellen und moralischen Eigenschaften“, klingen zwar recht ehrenvoll. Gerne wollen wir dem guten Herzen der bürgerlichen Arrangure Gerechtigkeit widerfahren lassen und ihren guten Willen zur Tat anerkennen. Indem sie aber selbst die Gewerkschaften als die eigentlichen treibenden Kräfte für die Umgestaltung der Verhältnisse in der Heimindustrie anerkannt, bestätigen sie ihre eigene Ohnmacht, die tiefeingewurzeltten Mißstände in dieser gedrücktesten Berufsgruppe auszurotten zu können.

Wohl keine Arbeitsmethode bedarf so gründlicher, gesetzlicher Umgestaltung wie das verabscheuenswürdige System der Heimararbeit. Vände ließen sich füllen mit dem erdrückenden Material grauenhaftesten Heimarbeiterlebens. Aber vor der „trauten Häuslichkeit“ und der „Heiligkeit des Familienlebens“ hat die Gesetzgebung bis heute stets Halt gemacht. Unter der heuchlerischen Maske: Schutz der persönlichen Freiheit hat die Regierung bislang Hunderttausenden von Heimarbeitern, mit samt ihren Familien, der schrankenlosesten Auswanderung einer Handvoll struppeliger Kapitalisten überlassen, auf Kosten künftiger Generationen.

Schon im Jahre 1867 forderte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete v. Schweiber in seinem Arbeiterschutzesentwurf die Regelung der Heimindustrie. Seitdem, also seit über 40 Jahren, stellt nun die sozialdemokratische Fraktion unablässig die Forderung nach Heimarbeiterbeschäftigung. Der im Jahre 1906 von unseren Genossen eingetragene Gesetzesentwurf zum Schutze der Heimarbeiter legte in 22 Paragraphen genau unsere Forderungen fest. Wie immer, fanden die Arbeitervertreter auch diesmal bei der Beratung dieser Vorlage im Reichstag allein. Die sonst so wortreichen, von Arbeiterfreundlichkeit und Mitleid mit den armen, elenden Heimarbeitern überfließenden bürgerlichen Parteien sorgten auch diesmal dafür, daß die Vorlage nicht Gesetz wurde.

Jetzt endlich, nach 4 Jahren, liegt ein neuer Regierungsentwurf zu einem Heimarbeitergesetz einer Reichstagskommission zur Beratung vor. Lohnämter, die Hauptforderung für ein wirksames Heimarbeiterbeschäftigungsgesetz, sind nicht vorgesehen. Festgesetzter Minimallohn sowie kontrollierte Lohnzahlungen schreden den Unternehmer ebenfalls nicht. Zwar soll der § 114a der Gewerbeordnung jetzt auch in der Hausindustrie Anwendung finden. Dieser schreibt Lohnbücher vor, in die der Arbeitgeber genau den Lohn für die zu leistende Arbeit einzutragen hat. Bislang ist die Gewerbeinspektion auf die Handarbeit noch nicht ausgekehrt. Es sind dem

nach den Unternehmern auch fürderhin, trotz der Lohnbücher, in ihren Ausbeutungsgefäßen keinerlei Schranken gezogen. Diesen Umständen, in Verbindung mit der isolierten Stellung der Einzelarbeiter, ist es zum großen Teil geschuldet, daß bisher noch keine Organisation unter den Heimarbeitern geschaffen werden konnte. Der völlige Mangel an Klassenbewußtsein der Vertreter dieses verwerflichen Scheinmeisterlebens, das wie eine chinesische Mauer fast jegliches Eindringen von Organisationsversuchen hinderte, ist um so mehr zu beklagen, als wir von dem neu zusammengetretenen Reichstag im November dieses Jahres die baldige Erledigung des Heimarbeiterbeschäftigungsgesetzes zu erwarten haben. Wie dieses neue Aklamationsgesetz unserer vielgeprüften Sozialgesetzgebung ausfallen wird, kann man nach den trefflichen Mustern der Reichsverfassung leicht ermeßen. Um aber mit den grautigen Zuständen in der Heimindustrie endlich einmal gründlich aufzuräumen, bedarf es durchaus zureichender feiner Zusatzen der organisierten Arbeiter, bevor es wieder für Jahre hinaus zu spät ist. Wieder bewacht sich das Wort unseres Altmeisters Karl Marx: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein!“

Für die gesamte organisierte Arbeiterschaft ergibt sich die drängende Aufgabe, energisch Sturm zu läuten, um alle häuslichen Lohnarbeiter in allen Gauen Deutschlands aus ihrer sträflichen Gleichgültigkeit aufzurütteln, sie in Scharen aus ihren elenden Hütten und Verstecken auf den Plan zu rufen zu machtvoller Willensentgehung! Soll das neue Heimarbeiterbeschäftigungsgesetz im Sinne der Vorlagen unserer Fraktion erfahren, so ist ein Erfolg nur zu erwarten, wenn unverzüglich die Propaganda unter den Heimarbeitern betrieben und tatkräftig die Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation in die Wege geleitet wird.

Trich auf zum Kampf für unsere verlassenen Arbeitsbrüder und -schwestern, die Heimarbeiter!

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 29. September, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 Uhr. Die Mitteilung, daß der bisherige Stadtv. Haberland sein Mandat niedergelegt hat, wird von verschiedenen Seiten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Von der Alten und Neuen Linken sowie von der Freien Fraktion ist gefordert folgender Dringlichkeitsantrag Cassel-Körte-Rosenow eingebracht worden:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft über die Vorgänge betr. den Verkauf des Tempelhofer Feldes zu ersuchen.“

Den bezüglichen Schriftwechsel hat der Magistrat bereits vorgelegt.

Die Versammlung beschließt, den Antrag unmittelbar nach der auf 6 Uhr angeetzten Stadtratswahl in Beratung zu nehmen.

Die Vorlage wegen Festsetzung von Baufluchtlinien auf dem Gelände des Kommerzienrats Vahr-Stuttigert zwischen Bornholmer Straße, Weichbildgrenze, Strahlen 3a und 3b (Abteilung 11 des Bebauungsplans) ist in der Ausschussberatung ebenso wie der Entwurf des mit dem Vetter abguschließenden Vertrages einstimmig gutgeheißen worden. Ohne Diskussion erfolgt auch die Annahme im Plenum.

Von den 25 in diesem Sommer gegen die Nichtigkeit der Gemeinbewahlerliste erhobenen Einsprüche haben sich bei der Nachprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss 8 als berechtigt erwiesen. Der Ausschuss beantragt daher die nachträgliche Aufnahme der 8 Reklamananten in die Liste. Die übrigen 17 Einwendungen sollen als unbegründet zurückgewiesen werden.

Nach dem Referat des Stadtv. Ludwig (R. L.) tritt die Versammlung ohne Debatte den Ausschussanträgen bei.

Der Aufhebung des mit den Deutschen Geopion-Futterwerken abgeschlossenen Vertrages über die Bewertung des auf dem Schlachthof gewonnenen Blutes hat der eingesezte Sonderausschuss zugestimmt, den neuen Vertrag mit den Albuminwerken aber nur mit einer Reihe von Modifikationen genehmigt, welche verhindern sollen, daß diese neue Gesellschaft auf dem Gebiete des Blutverbrauchs eine Monopolstellung erlangt.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) begründet einen Antrag auf Zurückverweisung der Sache in den Ausschuss. Es sind Beschlüsse zustande gekommen, welche schließlich zur Wiederkehr der schlimmsten Zustände in der Umgebung des Viehhofs führen können, wie wir sie jetzt endlich glücklich beseitigt haben. Die Abgabe des Blutes muß auf andere Weise erfolgen, als der Ausschuss beliebt hat. Das merkwürdigste an der Sache ist die Rolle, die der Kollege Sonnenfeld im Ausschuss gespielt hat. Er ist dort als Vertreter einer Konkurrenzgesellschaft aufgetreten; als solcher hätte er dem Ausschuss überhaupt nicht angehören dürfen. Eine Kontrolle über die Handhabung des neuen Vertrages hat der Magistrat gar nicht in Händen.

Stadtv. Feuerstein (R. L.) schließt sich den sachlichen Bedenken und dem Antrage Hoffmann an.

Stadtv. Sonnenfeld (R. L.): Ich bin auch für Zurückverweisung, muß aber gegen die Unterstellung protestieren, daß ich irgendwie inoffiziell gehandelt hätte.

Nach einem kurzen Wortgefecht zwischen den Stadtv. Hoffmann und Sonnenfeld wird die Angelegenheit an den Ausschuss zurückverwiesen.

Rummehr folgt die

Wahl eines besoldeten Stadtrates

an Stelle des verstorbenen Tourbié. Es kandidieren Bürgermeister Sausse, Elbing und die beiden Berliner Magistratsräte Dr. Hamburger und Dr. Franz.

Von 122 abgegebenen Stimmen erhalten Sausse 50, Hamburger 46, Franz 25; ein Zettel ist unbeschrieben. Es ist Stichwahl zwischen Sausse und Hamburger erforderlich. In der Stichwahl siegt Sausse mit 69 gegen 53 Stimmen.

Hierauf wird der Dringlichkeitsantrag

Das Tempelhofer Feld

betreffend, verhandelt.

Stadtv. Cassel (R. L.) hält für richtig, daß zur völligen Klarstellung des Tatbestandes der Magistrat zunächst das Wort nehme. Oberbürgermeister Nischelet: Mit Rücksicht auf das lebhafteste Interesse, welches die Bürgerchaft mit Recht an der Angelegenheit nimmt, glaube ich es vertreten zu können, daß alsbald die Interpellation beantwortet wird.

Bürgermeister Dr. Heide: Außerlich hat es meiner Ueberzeugung nach zu dem jetzigen Ergebnis nur kommen können durch eine Akt von Ueberzumpeln von Berlin, und weil die Selbstverwaltung vor den Toren Berlins nur auf dem Papier zu stehen scheint. Der Gedanke, das Tempelhofer Feld für Berlin zu erwerben, ist zum ersten Male im August 1907 ausgeprochen worden. Damals wollte die Militärverwaltung das Kaufmännische verkaufen; einige Herren vom Kriegsministerium suchten mich damals auf, und ich machte schon damals den Gedanken geltend, daß Berlin eventuell doch der geeignete Käufer aus dem Tempelhofer Feldes sein würde. Am Tage darauf wurde ich von einem Vertreter des Kriegsministeriums aufgesucht und nach der Tragweite meiner Äußerungen befragt. Ich habe damals zu den Herren einen Vermerk gemacht, wonach der Vertreter mir zusagte, das Kriegsministerium würde sich auch für die Uebernahme von Tempelhofer Feldes verwenden, wenn Berlin als Käufer des Feldes aufträte. (Hört! hört!) Die Stadt Berlin hatte es also dem Militäriskus besonders bequem gemacht. Die Verhandlungen mit dem Kriegsminister begannen; eine schriftliche Antwort auf mein Schreiben vom 22. Juni 1909 erhielt ich erst am 13. 4. 1910 (Hört! hört!), und seit diesem Termin hat offenbar die Stellungnahme des Ministeriums etwas gewechselt. Ich empfand den Vorlaut des Schreibens als eine erste Unfreundlichkeit. Es wurde von uns verlangt, und binnen wenigen Tagen, bis zum

28. 4. schlüssig zu machen. (Hört! hört!) Es hieß weiter, es sei rasam, die Verhandlung über das Tempelhofer Feld zurückzustellen, bis die Angelegenheit des Aufmarschgeländes erledigt sei. Das widersprach direkt der getroffenen mündlichen Vereinbarung. Zum Schlusse hieß es, die Frage der Eingemeindung müsse ganz ausbleiben. Wir hatten unterdessen auch keineswegs den Abschlus des Kaufvertrages von der Eingemeindung abhängig gemacht. Am 28. 4. — der 28. 4. konnte nicht eingehalten werden — ging unser Erwidernschreiben ab. Unmittelbar vorher, am 23. 4., war mir noch die Mitteilung gemacht worden, daß ein großer Wad, von dem vorher nicht die Rede gewesen war, mitverkauft werden sollte, ein Umstand, der für uns die Beschleunigung des Beschlusses weiter erschweren mußte. Wir drangen in das Kriegsministerium, uns einen bestimmten Preis zu nennen. Ich habe gebeten, daß die Verwaltung und den Geschäftsgang einer so großen Stadt wie Berlin zu berücksichtigen. Das ist alles vergeblich gewesen; wir sind behandelt worden wie ein x-beliebiger Grundbesitzer. (Aufe: Schlechter!) Amüsant war dabei, daß man mir im Kriegsministerium sagte: „Mit Tempelhof sind wir einig; wenn man Berlin sich jetzt nicht ganz schnell entschließt, ist es zu spät.“ Und als ich einige Stunden später in Tempelhof war, sagte mir Bürgermeister Ruffschl, das Kriegsministerium habe ihm erklärt: „Mit Berlin sind wir einig; wenn Tempelhof sich jetzt nicht sofort entschließt“ u. s. f. (Große Heiterkeit.) Am 21. Mai 1910 haben wir erklärt, wir seien bereit, auf Grundlage von 60—70 Millionen das Feld zu erwerben, hätten aber noch um verschiedene Aufklärungen, die hier nicht weiter interessieren. Wir erhielten sehr bald die gewünschte Auskunft und haben dann am 11. Juni ein formelles Angebot in Höhe von 70 Millionen gemacht. Am 15. Juni erhielten wir die Antwort, daß das Kaufgebot nicht so günstig sei wie andere Angebote; sollte es günstiger gestaltet und die Verhandlungen bald zum Abschlus gebracht werden können, so würde man darauf eingehen. Wir mußten also gewissermaßen ins Blaue hinein bieten. Nach einigen Tagen, am 18. Juni, erhielten wir überdies ein Schreiben, das uns eine ganze Menge neuer Bedingungen stellte. Eine der gestellten Bedingungen war direkt verwunderlich, insofern die Entschließung des Magistrats und der Stadtverordneten noch vor den Ferien zu erfolgen hätte. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Auf die Unmöglichkeit, diesem Anfinnen zu entsprechen, habe ich schriftlich und mündlich hingewiesen, zumal darauf, daß eine Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung in den 12 Tagen vom 18. bis 30. Juni unmöglich sei. Wir baten ferner um Material, um über die Größe des Areals genauer orientiert zu werden; wir konnten doch wirklich nicht die Frage im Saal kaufen. Es war aber kein Material vorhanden. Selbstverständlich habe ich auch weiter erklärt, wir würden alles Mögliche tun, die Sache aufs äusserste zu beschleunigen; die Stadtverordnetenversammlung könnten wir aber nicht festlegen, und deren Ferien dauern 2 Monate. Die Vermessung des Feldes hat schließlich stattgefunden und hat recht abweichende Zahlen ergeben.

Am 8. August forderte das Kriegsministerium von uns abermals Beschleunigung; ich habe nochmals jede tunliche Bereitwilligkeit erklärt, und am 27. August eine entsprechende Zuschrift abgeben lassen. Wir wurden gedrängt, sehr gedrängt, aber daß die Entscheidung so dicht vor der Tür stände, konnten wir nicht vermuten. Am 31. August erhielten wir eine Zuschrift, worin unser Vorschlag einer nochmaligen Besprechung mit Dank angenommen wurde. Noch an demselben Tage aber wurde der Vertrag des Kriegsministeriums mit Tempelhof unterzeichnet! (Stürmische Hört! hört!) Gerade den letzten Ferienlag hatte man gewählt, um der Angelegenheit einen Riegel vorzuschieben. Wäre diese letztere Zuschrift nicht von einem königlich preussischen Ministerium unterzeichnet, ich wäre geneigt, sie für eine Art Jesuitenbrief zu halten. (Sehr gut!) Ausgerechnet am Schlusstage der Ferien wird es uns unmöglich gemacht, unsere Meinung zu sagen! (Zuruf: Deutsche Treue!)

Was die Eingemeindungsfrage betrifft, so hat Tempelhof zuerst sehr kühl auf unsere Anregung geantwortet; bei der Abneigung der Regierung ersahenen Verhandlungen über die Eingemeindung nicht zweckdienlich. Trotzdem habe ich wegen der Eingemeindung vom Kreise bis zum Minister angefragt und nirgends ein „Nein“ zur Antwort bekommen; wenn Tempelhof wolle, sei die Eingemeindung sehr wohl diskutierbar; es sei wohl nur eine Frage der Abfindung. Die Vertreter Tempelhofs haben mir immer und immer wieder erklärt, es sei der Wunsch der Bevölkerung und der Vertretung, eingemeindet zu werden. Vor vier bis fünf Tagen noch hat mir der Bürgermeister von Tempelhof gesagt, er persönlich wäre noch heute dafür, aber „wir sehen es ja nicht durch“! (Hört! hört!) Warum Herr Ruffschl seinen Antrag dahin gestellt hat, welche anderen Kräfte da wirksam gewesen sein mögen, das entzieht sich meiner Kenntnis. (Heiterkeit.) Noch vor 14 Tagen haben wir die Hand weit hingestreckt, indem wir um grundsätzliche Zustimmung baten. Die Erklärung für die ablehnende Haltung Tempelhofs scheint in der Furcht gelegen zu haben, daß die Erwartungen, die die Tempelhofer an die Eingemeindung knüpfen, nicht erfüllt werden würden. Der Minister des Innern machte mich in der letzten Unterredung, die ich mit ihm hatte, darauf aufmerksam: „Wir leben doch in einem Lande der Selbstverwaltung!“ (Stürmische Heiterkeit.) Wenn es in den Zeitungen heißt, Berlin entginge ein fetter Bissen, so ist nichts falscher als diese Auffassung. Der Magistrat mußte durchaus, daß die Angelegenheit des Tempelhofer Feldes eine schwere Last für ihn gewesen wäre. Auch wir hätten — vestigia terrent — und bei der Auffassung eines solchen Riesengeländes einer Mittelperson bedienen müssen. Berlin hätte allerdings etwas ganz anderes aus dem Gelände gemacht, als daraus werden kann, wenn es lediglich in den Händen einer Terrainsellschaft ist.

Tempelhof wird sich gänzlich in den Händen dieser Terrainsellschaft befinden.

(Sehr richtig!) Wir hätten für Frei- und Spielplätze gesorgt, wir hätten die Untergrundbahn ausgebaut und Tempelhof damit erst richtig aufgeschlossen. Jetzt kann das Berlin doch nicht zugemutet werden. (Sehr richtig!) Es wird hier wieder ein Torso geschaffen, wo Gelegenheit war, ein Stück großzügiger Verkehrspolitik durchzuführen. Daß Berlin in der Sache etwas veräumt hat, wird man nicht behaupten können; es kann freilich nicht so schnell arbeiten wie eine Privatgesellschaft, und das ist ein Fehler des Organismus selbst, wenn man so will. Daß der Kaufvertrag der Genehmigung des Reichstages unterliegt, ist mir ungewiss; ich begreife mich dafür auf die Verhandlungen im Reichstage und seiner Subkommission. (Zuruf: Dem neuen Reichstage vorlegen! Heiterkeit.) Der Reichstag hat ja auch die bekannte Resolution angenommen, welche die Wahrung der öffentlichen Interessen bei dem Verkauf des Tempelhofer Feldes fordert. Es muß gewünscht werden, daß seinerzeit im Reichstage Privatinteressen nicht der Vorzug vor erheblichen öffentlichen Interessen gegeben wird. Daß eine Dank-, und sei sie noch so wohlwollend, lediglich ein Geschäft machen will und machen muß, verhält sich ganz von selbst. Man darf aber fragen, ob nicht die Staatsregierung hätte Anlaß nehmen müssen, hierbei für die Stadt Berlin und die öffentlichen Interessen einzutreten. (Sehr gut!)

Die Gemeinde Tempelhof hat unter dem Druck anderer Interessen gehandelt, die wesentlich privater Natur gewesen sind. Ich erwarte den Tag, wo in Preußen in dieser Hinsicht es etwas anders wird. Jede andere Regierung freut sich ihrer Landeshauptstadt, freut sich und ist stolz darauf, wenn sie ihr etwas zuwenden kann; bei uns ist leider das Gegenteil der Fall! (Lebhafter Beifall und Gänbelstischen!)

Stadt. Kassel: Daß Berlin bei der ganzen Angelegenheit nicht die genügende Unterstützung seitens der Regierung erhalten hat, ist richtig; ich gebe aber weiter: ich meine, man hat an diesen Stellen gar keine Neigung, Berlin zu unterstützen, sondern hat diese Wendung einzig im agrarischen Interesse herbeigeführt. Alle diese Verhandlungen sind nach meiner Ansicht nur Scheinverhandlungen

gen gewesen (Lebhafte Zustimmung), natürlich nicht auf Seiten unseres Bürgermeisters, dessen Arbeit höchste Anerkennung verdient; ich habe diese Ueberzeugung auch erst jetzt gewonnen, weil man doch in Reiche der Götterfurcht und frommen Sitte nicht ohne weiteres annehmen kann, daß man von den Behörden an der Kasse herumgeführt wird. Was soll man dazu sagen, wenn der Kriegsminister auf eine neue Besprechung eingehen zu wollen erklärt und an demselben Tage den Vertrag mit einem anderen Kontrahenten abschließt? Was sind das für Zustände! Ich habe auch Anlaß zu dem Glauben, daß schon im März ein Vertrag mit Tempelhof im Entwurf fertig war und nur an einem formellen Bedenken im Reichshofamt gescheitert ist. (Hört! hört!)

Im Kriegsministerium scheint man andere Vorstellungen zu haben über das, was in Handel und Wandel Geschäftssitte ist; man hat da auch eine andere Anschauung von Treu und Glauben! (Sehr gut!) Man hält sich dort vielleicht an gewisse Gemohnheiten, die im Pferdehandel vorkommen, vielleicht auch an die Geschäftssitte bei den alten Römern, bei Kauf und Verkauf sich gegenseitig etwas vorzumachen. (Heiterkeit.) Man wollte nicht bloß mit einem anderen abschließen, sondern auch durchaus verhindern, daß Berlins Vertretung und Bürgerschaft irgendwie ahnen konnte, wie Berlin auf den Sand gesetzt werden sollte. Jedes Lob verdient der Bürgermeister für den Eifer, den er bei diesen Verhandlungen entwickelt hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Rühmungen!“ Große Heiterkeit.) Wenn es dem Kriegsministerium so ernst war mit der Beschleunigung der Sache, so wäre er verpflichtet gewesen zu erklären: „Ich kann nicht bis zum September warten, die Sache muß früher fertig sein“, und dann wäre auch in den Ferien eine beschlußfähige Stadtverordnetenversammlung zusammenzubringen gewesen. (Zustimmung.) Das Verhalten der Gemeinde Tempelhof ist völlig unverständlich. Die Eingemeindungsfrage von Tempelhof ist in diesem März im Abgeordnetenhaus von uns zur Sprache gebracht worden, und die Aeußerung des Ministers des Innern lautete keineswegs ablehnend. Die Gemeindevertretung von Tempelhof konnte und mußte daher damals mit einem Antrage vorgehen. Es ist nicht geschehen. Welche Anforderungen werden im Interesse nicht nur der Bewohner Berlins an Berlin gestellt! Jetzt sollen wir das Opernhaus kaufen; wie wäre es, wenn Tempelhof diese Sache zur der feinsten machte? (Heiterkeit.) Wie die Behörden über Berlin denken, haben wir ja gesehen bei der hinter dem Rücken der Stadt erfolgten Konzessionsverlängerung für die „Große Berliner Straßenbahngesellschaft“, bei allen Verkehrsfragen, namentlich dann, wenn große Gesellschaftsinteressen mit ins Spiel kommen, werden diese bevorzugt. Diese traurige Erfahrung machen wir auch jetzt wieder. Der Magistrat sollte das gesamte Material in einer Devischrift zusammenfassen. Wir werden en canaille behandelt von der Regierung, wie von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses; aus Abneigung gegen den Wasserkopf Berlin blamiert man sich lieber vor der ganzen Welt.

Haben wir überhaupt in Deutschland und Preußen eine Regierung, welche das Wohl der Städte berücksichtigt?

Berlin wird einfach agrarischen Interessen ausgeliefert. Mit schönen Worten, mit Versprechungen kommt man den Städten und auch Berlin überreichlich; aber keine Versprechung kann mehr für Berlin Wert haben, die nicht mit der Klausel der Juwelenablieferung versehen ist. (Zustimmung und Heiterkeit.) Nach allem, was uns angetan wird, muß auch den Friedfertigkeiten der Gebuldschaden reisen; wir müssen uns endlich auflehnen gegen die Ration, und wie ein Stiefkind, wie einen Paria zu behandeln! (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Imberg (R. L.): Nur mit dem Gefühl tiefster Beschämung können wir der Behandlung Berlins und seiner Vertreter in dieser Frage gedenken. Städtebauaufstellung, Kreisbauschreiben für Groß-Berlin, alles ist an unseren Staatsbehörden spurlos vorbeigegangen. Also Berlin muß mehr bieten, weil die Privatkapitalien mehr geboten hat! Wer am meisten zahlt, hat das Tempelhofer Feld. Berlin hat 72 Millionen geboten, trotzdem der städtischen Behörden sehr gut bekannt war, daß die Schätzung des Kriegsministeriums selbst nicht über 65—66 Millionen hinausging. Es auf dem so verteuerten Terrain noch eine lauffähige Bevölkerung angebracht werden kann, muß sehr bezweifelt werden. Wie die „öffentlichen Interessen“ vom Reichstage werden verstanden werden, wenn der Kreis Telow der Hauptinteressent ist und nicht die Stadt Berlin, müssen wir auch erst abwarten.

Stadt. Borgmann (Soz.): Solche skandalösen Vorgänge, wie sie sich bei dieser Frage abspielten, können nur in dem absolutistischen Preußen vorkommen. Eine kleine, raffigierete Allianz hat sich die Herrschaft des Staates angeeignet; neben dem wirklichen König kann man wirklich ohne Uebertreibung von einem ungekrönten König von Preußen sprechen. Das Ganze wäre unmöglich gewesen, wenn nicht diese kleine Allianz die Mittel angewendet, um für sich und ihre Anhänger Vorteile herauszuholen. Der Wert von 72 Millionen, den das Feld haben soll, ist der vom preussischen Kriegsministerium geschaffen worden? (Sehr gut!) Hat es überhaupt etwas getan, um in Berlin eine Wertsteigerung herbeizuführen? Im Gegenteil, um das Kriegsministerium sich schmeichelt hat, sind Erhöhte vorhanden, die die Entwidlung des Verkehrs geradezu hindern. Und ebenso wenig hat Tempelhof etwas zu der Wertsteigerung beigetragen. Diese ist hervorgerufen worden durch die gemeinsame Arbeit der Bürger der großen Millionenstadt Berlin. (Lebhafte Zustimmung.) Daß jetzt andere ernten, wo sie nicht gesät haben, das ist charakteristisch für die innerpolitischen Verhältnisse in Preußen.

1904 haben wir hier in diesem Saale Verhandlungen bezüglich der Eingemeindung des Feldes geführt, später hat der Magistrat auf unsere Veranlassung Versuche in der Richtung gemacht; der wurde ihnen erwidert, es sei an Eingemeindung und bebauung des Feldes nicht zu denken. Später kamen plötzlich andere Entschlüssen; sie gehen durchaus konform den Möglichkeiten, die das Wesen des heutigen Regierungssystems bilden. Es ist kein Zweifel, daß das Tempelhofer Feld in eine Steinwüste umgewandelt werden soll; es liegt auch hier der Ausfluß eines absolutistischen Willens vor, der die Interessen der Millionenbevölkerung Groß-Berlins gänzlich unberücksichtigt läßt. Es spielen auch hier finanzielle Interessen mit, die recht hoch heraufreichen. (Sehr wahr!) Das ist ein Zustand, der in der Bevölkerung schmerzhaft empfunden wird, aber an den betreffenden Stellen keine Spur eines Eindruckes macht. Reine ursprüngliche Auffassung, daß dem Magistrat auch hier eine gewisse Saumseligkeit Schuld zu geben sei, habe ich noch der Mitteilung des Schriftwechfels und nach den Ausführungen des Bürgermeisters durchaus zurücknehmen müssen; ich muß anerkennen, daß der Magistrat seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat, auch dann noch, als er einsehen mußte, daß er von den betreffenden Instanzen einfach zum Karren gehalten worden ist. (Beifall.)

Das Kriegsministerium läßt sich 10 Monate Zeit für eine Antwort, verlangt aber seinerseits in 14 Tagen vom Magistrat eine Entscheidung! Bedenken denn die Herren im Kriegsministerium auf dem Grunde? Daß sie dennoch das Verlangen gestellt haben, beweist nur, daß es ihnen mit der Forderung gar nicht ernst war (Zustimmung), sondern daß nur nach außen der Schein des Ernstes erweckt werden sollte. Es ist alles Spiegelschere gewesen. Als das Schreiben vom April an den Magistrat abging, waren tatsächlich schon bindende Abmachungen mit der anderen Seite getroffen. Da kann man sich nur wundern über die unehörte Dreistigkeit, mit der diese Inthron Berlin gegenüber vorgegangen ist. Das Vaterland war doch wahrhaftig nicht in Gefahr (Heiterkeit); wahrscheinlich hat also lediglich der andere Konkurrent darauf gedrungen, die Sache zum schleunigen Abschlus zu bringen, und der Termin wurde mit Absicht in eine Zeit verlegt, wo die Berliner Vertretung Behörden zu einer Beschlußfassung nicht in der Lage waren. Höchstsonderbar ist auch das Verfahren des Kriegsministeriums, und den Kaufpreis nicht zu sagen; es war das doch beim Aufmarschgelände

geschehen, warum also hier diese Uebersehsamkeit? Sein ganzes Verhalten in der Sache ist ein solches, welches so recht nach Mühlendamm stinkt (Große Heiterkeit), eine Methode übrigens, die jetzt in der ganzen preussischen Staatsverwaltung Schule macht. Man kann doch unter allen Umständen verlangen, daß die zur Wahrung der Interessen des Staatsganges eingehenden Instanzen die einschlägigen Anstandsbedingungen erfüllen. (Stadt. Hoffmann: Woher nehmen? Große Heiterkeit.) Daß die Regierung gar nicht daran dachte, ihre Zustimmung zur Eingemeindung des Tempelhofer Feldes nach Berlin zu geben, hat ja kurz nach der Rede, die Dr. Reide hier im Rathause zur Hundertjahrfeier der Stadtordnung hielt und wo er diese Frage auch freiste, der Oberpräsident v. Trott zu Solz im Brandenburgischen Provinziallandtag nach und nach erklärt; d. h.

wenn die Junker nicht wollen, geschieht es eben nicht.

Wie die preussischen Junker der Provinz Brandenburg andererseits öffentliche Mittel vergeuden, sobald sie nicht aus ihrer Tasche fließen, das konnte man z. B. erkennen, als sie 4 Millionen zum Bau eines zweiten Landeshauspalastes bewilligten. Wir sehen eben unter einer

Parteiregierung,

der kein Minister handhalten kann, die sich alle entgegenstehenden Interessen rücksichtslos unterwirft. Es muß ins Land hinausgerufen werden, wie auch hier wieder mit Treu und Glauben umgesprungen worden, wie unerfüllt die agrarische Forderung ist, wie in der preussischen Verwaltung und Gesetzgebung eine Städtefeindschaft vorhanden ist, die direkt in eine Volkseindigkeit ausartet. Alle Mittel müssen angewendet werden, um den

unheilvollen Einfluß der Junkerklasse

in Preußen zu brechen; er muß gebrochen werden, koste es, was es wolle! Nur dann werden wir zu wirklichen Kulturverhältnissen kommen. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Dr. Vreuh (Soz.-fortschritt.): Sie kennen Preußen noch immer nicht; das preussische Staatswesen ist einzig in der Welt, sagte Bebel in Roggedurg. Zu den besondern Zügen dieses Staatswesens gehört vor allem die Abwesenheit jeder Sentimentalität. Ich habe an den schönen Ausführungen des Bürgermeisters nur den gefühlvollen Schlus bedauert, und wenn er den Behörden noch gar Dank für ihr Verhalten ausgesprochen hat, so nehme ich an, daß das blutiger Hohn war. Die Behörden sagten immer wieder: wir sind genügt, auf die Sache eingegangen, wenn Tempelhof will. Es ist doch klar, daß Tempelhof nicht wollen konnte, weil man oben nicht wollte, daß es wollen sollte. (Große Heiterkeit.) Die preussische Staatskunst führt mit allen Mitteln gegen die Staatshauptstadt Krieg. Der preussische Staat ist eben einzig in der Welt. Ich verweise bloß auf die Geschichte des Grunewalds; auch sie lehrt den preussischen Staat in seiner Besonderheit kennen.

Weshalb, zum Himmelsgott, stehen wir denn immer den Behörden als Bittsteller um Berücksichtigung öffentlicher Interessen gegenüber? Sie werden ignoriert, ignoriert im Lande der gepriesenen Sozialpolitik! Ob der Reichstag die Rettung bringen wird, ich weiß es nicht. Näher liegt uns die Selbsthilfe. Hier haben wir nicht zu unterschätzende Nachmittage. Für den Ankauf des Opernhauses wird ja jetzt wohl weder im Magistrat noch bei uns auch nur eine Stimme sich erheben. (Auf: Ra, na! und Heiterkeit.) Berlin könnte weiter z. B. in den Fragen der Verkehrspolitik den Vororten seine Macht zeigen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Der Magistrat teilt den Wortlaut seiner Eingabe an den Reichskanzler mit, die herrschende Fleischsteuerung mit und hat auch den Vorschlag der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über sofortige Abwehrmaßnahmen akzeptiert.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen schließt die Sitzung gegen 1/10 Uhr.

Soziales.

Schuldlinge der Arbeiterbewegung.

Die „christlichen“ Arbeiterzsplitterer glauben, die Aussprache auf dem Kopenhagener Sozialistenkongress über die Konsumgenossenschaftsbewegung werde ihren Weizen wieder etwas mehr bläuen lassen. Die „W. Glöckner“ „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ hält eine Trennung der „christlichen“ Arbeiter von den sozialistischen auch in der Genossenschaftsfrage für „selbstverständlich“; sie meint, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete, so müßten die christlichen Arbeiter auch auf genossenschaftlichem ihre eigenen Wege gehen!

Daß die berufsmäßigen Arbeiterzsplitterer versuchen würden, auf jedem Gebiet der Arbeiterorganisation die Kraft der Arbeiter zu schwächen, war ja immer klar genug. Dafür sind aber die Christen „geduldet“ und sie sind nur solange geduldet, wie sie im Interesse des Kapitalismus diese esse Arbeit besorgen. Wenn aber die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ scheinen lassen möchte, als ob nicht die Gefahr für das Kapital, sondern die Annäherung der Konsumgenossenschaften an die Sozialdemokratie das Absonderungsbedenken der Christen distiere, so weisen wir demgegenüber darauf hin, daß das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften sich über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Konsumgenossenschaften einmal folgendermaßen äußerte:

„Wie die christlichen Arbeiter in der Gewerkschaftsfrage sich von der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung separiert haben, so waren sie auch veranlaßt, ihre eigene Konsumvereinsbewegung zu schaffen. Der allgemeinen Konsumvereinsbewegung kann man zwar im allgemeinen nicht nachsagen, daß sie der sozialdemokratischen Propaganda diene, wie die freie Gewerkschaftsbewegung. Es hängt hier vieles von den lokalen Verhältnissen ab, und diese lokalen Verhältnisse bringen es nur zu oft mit sich, daß die Konsumvereinsbewegung der sozialdemokratischen Vorwand leistet. Wie dem aber auch sein mag, die in den letzten Jahren entstandene Konsumvereinsbewegung der christlichen Arbeiter will möglichst ihre eigenen Wege gehen.“

Also, wie es auch sein mag, in jedem Fall will die christliche Konsumvereinsbewegung ihre eigenen Wege gehen. Will gehen, heißt aber auch gehen, da die ganze christliche Organisationsarbeit nur unter dem Gesichtswinkel des Unternehmerschicks erlaubt und gebildet wird. Lange vor Kopenhagen wollten die zentrumschristlichen Katastrophen absolut nichts von einer gemeinsamen Arbeit aller Arbeiter in den Konsumgenossenschaften wissen. Wenn die „christlichen“ Agure jetzt aus dem bösen Willen eine Rot machen wollen, so zieht auch der Schwandel nicht. Voraussetzlich werden die Zentrumschristen auf diesem Gebiet auch noch weit weniger Vorbeeren ernten, als auf dem Gewerkschaftsgebiete. Es wird sich zeigen, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine um so mehr die Massen des unbemittelten Volkes um sich scharen wird, je mächtiger er die wichtigsten Interessen der Konsumenten allseitig energisch vertritt und fördert.

Deutschlands größtes Dorf.

Die Gemeinde Damborn im niederrheinischen Industriegebiet hat am Freitag, den 23. September, die Einwohnerzahl von 100 000 erreicht und ist immer noch Landgemeinde. Um ein Bild von der rapiden Entwicklung dieses „Dorfes“ zu geben, sei erwähnt, daß dasselbe im Jahre 1900 82 597, bei der Volkszählung 1905 87 453 Einwohner aufwies. Der Haushaltsplan bezifferte sich 1900 noch auf 600 000 M., 1910 aber auf 5 Millionen Mark. Die Gemeinde kämpft seit langem um Verleihung der Städterechte, aber bisher vergeblich. Einen Bahnhof wird Damborn erst demnächst bei der Anlage der neuen Strecke Oberhausen—Wesel erhalten.

Eingetragenes Warenzeichen

Stiller



Gegründet 1867

Gegründet 1867



Wichtige Benachrichtigung!

Zur Vermeidung jeglicher Verwechslung beehre ich mich, das geehrte Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß das im Jahre 1867 gegründete Schuhwarenhaus Carl Stiller am hiesigen Platze nur folgende Verkaufsstellen unterhält:

Zentrale u. Versandabteilung: Jerusalemerstr. 38-39

W, Potsdamer Straße 2

C, König-Straße 25-26

W, Tauentzien-Straße 19A

Schöneberg, Hauptstraße 146

W, Friedrich-Straße 75

Rixdorf, Bergstraße 25-26

und vom nächsten Jahre ab noch folgende hinzukommen:

C, Rosenthaler Straße 5

NO, Gr. Frankfurter Straße 123

S, Oranienstraße 161

N, Chausseestraße 114-115

Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 45.

Nur in diesen Geschäften sind die dem verehrten Publikum seit vielen Jahren bekannten „echten Stiller-Stiefel“ erhältlich. Der charakteristische Namenszug

Eingetragenes

Stiller

Warenzeichen

der an allen Schaufenstern meiner Geschäfte angebracht ist, als auch die anderen hier wiedergegebenen Schutzmarken bilden die deutlichsten Kennzeichen für die alten Stiller'schen Schuhgeschäfte.



Gegründet 1867

Schuhwarenhaus Carl Stiller

Inhaber: Reinhold Stiller.



Aus der Partei.

Der Parteitag und die Organisationen.

Welch lebhaften Anteil die Genossen an den Verhandlungen des Magdeburger Parteitages genommen haben, zeigt der außerordentlich starke Besuch, den die Parteiverfammlungen aufwiesen, die sich mit den Beschlüssen des Parteiparlaments beschäftigten.

Ueber die Versammlung in Mainz, deren Ergebnis wir schon telegraphisch meldeten, entnehmen wir der „Mainzer Volkszeitung“ noch:

ParteiSekretär Genosse Seel erstattete Bericht über die Verhandlungen des Magdeburger Parteitages. In der nachfolgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner einmütig für die gefassten Beschlüsse aus; nur über die Behandlung der Budgetfrage gingen die Meinungen auseinander.

Die Versammlung bedauert lebhaft, daß es bezüglich der Differenzen wegen der Budgetbewilligung der badischen Landtagsfraktion zu keiner Verständigung kam, wodurch die heftigen Auseinandersetzungen vermieden worden wären.

In Nürnberg waren am Dienstag über tausend Personen versammelt. Die Genossen Wohl und Süßheim berichteten, der letztere über die Budgetangelegenheit. Seine Rede, in der er auf das schärfste den Standpunkt der Parteitagmehrheit vertrat, wurde von lebhaften Kundgebungen, in denen sich Zustimmung und Widerspruch mischten, begleitet.

Es wurde sodann in die Diskussion eintreten. Als erster Redner begründete Schnepfenhorst folgende von ihm eingebrachte Resolution:

Die heute am 27. September im Velodrom tagende Mitgliederversammlung des Soz. Vereins Nürnberg-Altendorf erklärt sich mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitages, insbesondere mit dem Beschluß über die Budgetfrage, einverstanden.

Es sprachen ferner die Genossen Weisers, Herzberg, Zwasta, Wather, Körner, Treu, Eichenmüller, Japp, Südekum, Haugenstein. Um 12 Uhr wurde ein Vertagungsantrag angenommen.

In Dielesfeld hatten sich 800 Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins eingefunden. Genosse Hoffmann referierte und versocht die These, die Art der Behandlung der Budgetfrage sei der Partei von Schaden gewesen.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Dielesfeld protestiert gegen die Abstimmung ihrer Delegierten auf dem Parteitage in Magdeburg über die Budgetfrage. Die Versammlung hält im Gegenzug zu den Delegierten es ausdrücklich für geboten, zu erklären, daß sie voll und ganz auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission steht.

Von den weiteren Diskussionsrednern traten die Genossen Herzog, Theisinger und Sadenwasser dem Genossen Vorigardt, Sebering und Lenz dem Genossen Hoffmann bei, während Genosse Schreck einen vermittelnden Standpunkt einnahm. Er meinte, daß sich die Delegierten wegen einiger Worte, die ihnen an der Resolution des Parteivorstandes nicht paßten, nicht davon hätten abhalten lassen sollen, eine den Disziplinbruch der Badener verurteilende Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen; doch hat er, die Resolution Vorigardt abzulehnen.

Nach einem Schlusswort des Genossen Hoffmann wurde die Resolution Vorigardt gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Die neue Mode.

Die Unsitte, daß sich Sozialdemokraten von bürgerlichen Pressevertretern über innere Parteifragen ausfragen lassen, ist wieder um einen neuen Fall vermehrt worden. In der Abendausgabe vom Donnerstag bringt das „Berl. Tagebl.“ unter der sensationellen Überschrift: „Die bayerische Sozialdemokratie und der Magdeburger Parteitag“ ein Interview des „zukünftigen Führers der bayerischen Sozialdemokratie“ Adolf Müller-München.

„Münchener Post“ ist, hat er doch wirklich Gelegenheit, seine Ansichten über Parteifragen der stammenden Welt zu unterbreiten, und brauchte sich nicht des „Berliner Tageblattes“ zu bedienen, eines Blattes, das gelegentlich der Moabiter Vorgänge seinen linksliberalen zum Ausdruck brachte, indem es die streikenden Transportarbeiter als die Krawallmacher hinstellte.

Gemeinderatswahltag.

In Neu-Nienburg (Hessen) flegten am Dienstag die fünf sozialdemokratischen Kandidaten über die der Bürgerlichen mit einer Majorität von über 300 Stimmen bei 1443 Abstimmenden. Mit den jetzt gewählten fünf Vertretern erlangt die Sozialdemokratie im Gemeinderat 9 von 15 Sitzen oder mit Hinzurechnung der Bürgermeister 9 von 17 Sitzen.

Vom Fortschritt der Presse.

Das dritte Parteiblatt Württembergs, die von den Genossen des zehnten Wahlkreises als Tagblatt für die Oberämter Göppingen, Gmünd, Schorndorf und Welheim herausgegebene „Freie Volkszeitung“ erscheint seit Sonnabend als Kopfblatt der „Schwäbischen Tagwacht“.

Unsere Toten.

Dem Genossen Albert Köste, dessen Ableben wir gestern telegraphisch unter „Lezte Nachrichten“ meldeten, widmet das Parteiblatt seines Wirkungskreises, das „Hamburger Echo“, folgenden Nachruf:

Köste, am 1. Juli 1856 in Nürnberg in Pommeren geboren, erlernte das Tischlerhandwerk und wurde zunächst in Kiel anständig. Dort gehörte er unter dem Sozialisengleich zu den Vertrauensleuten der Partei und hat selbstlos und aufopfernd an mancher schwierigen und gefährlichen Aktion sich beteiligt. Aber auch seiner Gewerkschaft widmete er gebührende Tätigkeit und trat bald in die vordersten Reihen. So kam es, daß er im Jahre 1889 nach Hamburg berufen wurde, um die Expedition der „Tischlerzeitung“ zu übernehmen. Bis Ende 1893 arbeitete er auf diesem Posten; da trat eine neue Aufgabe an ihn heran. Genosse Pfannkuch mußte wegen anderweitiger Inanspruchnahme die Redaktion des Fachblatts des Holzarbeiterverbandes aufgeben, und am 1. Januar 1894 trat Köste an seine Stelle.

Das Ende des Mailänder „Tempo“.

Rom, 29. September. Das Mailänder Parteiorgan „Il Tempo“, das der Vorsitzende des Mailänder Reformismus war, hat soeben aus finanziellen Schwierigkeiten seine Veröffentlichungen eingestellt. Die Zeitung war als radikales Blatt gegründet worden und ging vor 8 Jahren in die Hände von Parteigenossen über. Der Chefredakteur war der Abgeordnete Genosse Treves. Die Zeitung hatte vorwiegend lokale Bedeutung.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Donnerstag, 29. September.

Die Beratung über die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde fortgesetzt.

Gegen die Schnapddrücke.

Trotzdem die Verschlechterung in bezug auf die kleinen Renten — nach dem Wortschatz der Agrarier: Schnapddrücke — bereits in der Gewerbeversicherungsordnung mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist, brachten die Konservativen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung den Antrag ein, daß wenigstens die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Kleinbauern mit der Verschlechterung bedacht werden: ihre Renten sollen, wenn sie ein Fünftel der Volkrente oder weniger betragen, auf eine voraus bestimmte Zeit beschränkt werden können.

Die meisten weiteren Bestimmungen werden unverändert angenommen, leider auch die für die

Berechnung der Rente.

In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird nämlich die Rente nicht nach dem tatsächlichen Verdienst des Verunglückten berechnet, sondern nach dem Jahresarbeitsverdienst, den landwirtschaftliche Arbeiter am Beschäftigungsort durchschnittlich erzielen. Dieser Jahresarbeitsverdienst ist sehr gering.

Deshalb bemühten sich die Sozialdemokraten dafür, daß der höhere tatsächliche Verdienst des Verletzten für die Berechnung der Rente maßgebend sein soll. Nach der Vorlage wird die Rente nur bei Betriebsbeamten und Facharbeitern auf Grund des tatsächlichen Verdienstes berechnet. Genosse Hoch brachte u. a. folgenden Fall zur Sprache: Bei einer kleinen Reparatur wird von einem Landwirt ein Maurer und ein Hilfsarbeiter beschäftigt und dabei ereignet sich ein Unfall. Beide Arbeiter unterliegen für diesen Unfall den Bestimmungen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Dem Maurer wird, als Facharbeiter, seine Rente nach seinem tatsächlichen Verdienst berechnet. Der Hilfsarbeiter aber wird nach dem Jahresarbeitsverdienst abgefunden, obgleich sein tatsächlicher Verdienst viel höher ist und er nur ausnahmsweise auf dem Lande gearbeitet hat.

Bezeichnend ist noch der Antrag des Grafen v. Westarp zur Leistung der Entschädigung in Naturalien.

In die Vorlage ist aus dem geltenden Gesetz auch die Bestimmung übernommen worden, daß ein Teil der Renten, mit Zustimmung des Berechtigten, in Sachen gewährt werden darf. Abgeordneter Graf v. Westarp beantragte, daß dies auch ohne Zustimmung des Berechtigten zulässig sein soll. Selbstverständlich wurde der Antrag abgelehnt.

Jur

Unfallversicherung

beantragten die Konservativen, daß dem Reichsversicherungsamt verboten wird, an Stelle der Genossenschaftlichen Unfallversicherungsrichtern zu erlassen und technische Aufsichtsbearbeiter anzustellen. — Für den Antrag trat auch Abg. Herold vom Zentrum ein.

Nach sehr eingehender Debatte wurde die Abstimmung auf die nächste Sitzung am Dienstag vertagt.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom Donnerstag, den 29. September.

Zunächst wurde die Frage der Besetzung der Strafkammern mit Laienrichtern weiter beraten. Die Regierungsvorlage forderte für die Strafkammer in erster Instanz zwei Berufs- und drei Laienrichter. Die Konservativen und Nationalliberalen beantragten, die Strafkammer mit einem Richter und zwei Schöffen zu besetzen, während die Sozialdemokraten für die Strafkammer vier Schöffen und einen Richter forderten.

Des Weiteren fanden längere Debatten über die Zulassung von Laien zu Berufungsgerichten statt. Hierüber waren die Meinungen weit auseinandergehend. Wohl war die Mehrheit der Kommission für die Teilnahme von Schöffen an Berufungsinstanzen, aber die Anschauungen darüber, in welchem Umfang diese Teilnahme ausgeübt werden sollte, gingen auseinander.

Die Strafkammer in erster Instanz zugleich Berufungskammer gegen Amtsgerichtsurteile sein soll, oder ob, wie bisher, in Berufungssachen gegen Schöffengerichtsurteile allein drei Berufungsrichter zu entscheiden haben. Konservativen, Nationalliberale und Freisinnige beantragen, daß Berufungsenate gegen Strafkammerurteile aus drei Richtern und zwei Schöffen bestehen sollten. Ein Antrag Gröber forderte drei Richter und vier Schöffen, während der sozialdemokratische Antrag zwei Richter und fünf Schöffen verlangte. Die Regierung verhielt sich gegen die Zulassung von Laien als Berufungsrichter überhaupt ablehnend. Die Gründe dafür waren: fehlende Erfahrungen mit der Tätigkeit der Schöffen als Strafkammerrichter, nicht genügende Fähigkeit der Schöffen, als Berufungsrichter wirken zu können, und schließlich, daß zu wenig Leute da sind, die zum Schöffen taugen. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat. Die Strafkammer erster Instanz wird zusammengelegt aus zwei Richtern und drei Schöffen in der Hauptverhandlung. Die Strafkammer als Berufungsinstanz gegen Amtsgerichtsurteile besteht aus drei Richtern und zwei Schöffen. Die Berufungsenate gegen Strafkammerurteile werden im Landgerichtsbezirk gebildet und setzen sich ebenfalls zusammen aus drei Richtern und zwei Schöffen. — Für die Zulassung von Laien als Berufungsrichter stimmten 16 Abgeordnete. — Die weiteren Verhandlungen wurden auf Freitag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Diskonterhöhung.

Die Bank von England hat die Spannung von 2 Prozent zwischen ihrer eigenen und der offiziellen Bankrate der Reichsbank nicht lange bestehen lassen. Am Donnerstag erhöhte sie ihre Mindestrate ebenfalls um 1 Prozent auf 4 Prozent. Eine höhere Mindestrate hatte die Bank von England seit Januar 1908 nur in der Zeit vom 9. Dezember 1909 bis 20. Januar 1910. Der Satz von 3 Prozent bestand seit dem 9. Juni d. J. Die Erhöhung um 1 Prozent soll weniger auf die tatsächlichen Geldmarktverhältnisse als auf das Vorgehen der Reichsbank zurückzuführen sein. An der Berliner Börse zeigte sich infolge der hiesigen Diskonterhöhung eine stärkere Neigung zu Realkationen und die Kurse verschiedener Montanwerke konnten sich nicht behaupten.

Gewinne im Kohlegeschäft.

Wie unvorderprohen gemeldet worden ist, hat die Kohlenfirma Kupfer u. Co. die von ihren Arbeitern geforderte Lohnerhöhung abgelehnt mit dem Bemerkten, an eine Zulage sei, so lange die augenblicklichen Lieferungsverträge Geltung hätten — bis April 1911 — nicht zu denken. Damit soll zweifellos gesagt werden, die Verwässerung der Forderungen sei aus finanziellen Gründen nicht möglich. Die Verhältnisse im Kohlenhandel sind zu vielfältig, als daß man sie allgemein durch ein paar Angaben darstellen könnte. Aber das kann man doch sagen: die Spannung zwischen den Preisen im Groß- und Kleinhandel ist erheblich größer geworden, daß heißt der Profit der Händler ist gestiegen. Es kostete zum Beispiel nach den Angaben der amtlichen „Nachrichten für Handel und Industrie“ im Großhandel eine Tonne Mark:

Table with 3 columns: Kohlenart, Oktober, September. Rows: Oberschlesische Ruhkohle I., Braunkohlenbriketts.

Das ist zweifellos eine erhebliche Steigerung, die wir der Syndikats- und Kartellpolitik der Industriellen verdanken. Die Kohlenhändler haben diese Politik nach besten Kräften gefördert, in der Absicht und Erwartung, nicht nur die von den Industriellen geplanten Preiserhöhungen, sondern erheblich mehr als den Konsumenten herauszuholen zu können. Das haben sie auch redlich befolgt. Und die Vermissen, die nur in kleinen Quantitäten einkaufen können, werden am meisten beteuert. Nach derselben Quelle betragen nämlich die Kleinverkaufspreise

Table with 3 columns: Kohlenart, Oktober, September. Rows: Steinkohle 1 Ztr. R., Briketts 100 Stück.

Im Kleinhandel sind demnach die Preise um 100 Proz. und darüber gestiegen als im Großhandel. Es betrug die Steigerung in der Vergleichszeit:

Table with 3 columns: Kohlenart, für den Großhandel, für Kleinabnehmer. Rows: Bei Ruhkohlen, Briketts.

Da Berlin rund 2 Millionen Tonnen ober-schlesische Steinkohlen und gerade soviel Briketts verbraucht, stellt sich die Verteuerung allein für diese beiden Sorten auf annähernd 6 Millionen Mark im Großhandel und auf über 11 Millionen Mark im Kleinverkauf, wenn die Gesamtmenge durch diesen abgesetzt würden. Das trifft natürlich nicht zu; man greift aber sicher nicht zu hoch, wenn man die tatsächliche Verteuerung auf rund 9 Millionen Mark schätzt. Diese Verteuerung allein macht sicher bald soviel aus, als die im Kohlenhandel beschäftigten Personen an Lohn erhalten. Für die 9 Millionen Mark, um welche im Kleinhandel der Preis über die Verteuerung im Großhandel hinausgewachsen ist, kann man schon 6000 Arbeiter mit je 1500 M. Jahreslohn beschäftigen. Aus diesen Angaben geht wohl zur Genüge hervor, daß ein paar Pfennige Lohnerhöhung

nicht mal einen Teil der in den letzten Jahren vom Handel vor- genommenen Preisausschläge ausmachen würde.

Preissteigerung.

Mit der Verteuerung fast aller Lebensmittel sind auch die Preise für Fische hinaufgeschwenkt. Besonders gilt das für flussfähige, während Seefische teilweise billiger geworden sind. Verfolgt man die Preisnotierungen für flussfähige nach dem Marktbericht der Zentralmarkthalle in Berlin bis zum Jahre 1905, so ergibt der damalige Jahresdurchschnittspreis im Vergleich zum durchschnittlichen Preisstand in den letzten Monaten der nachstehenden Fischsorten folgende erhebliche Preisdifferenz für lebende Fische pro Pfund in Pfennigen.

	1895	1910	Preisdifferenz
Gesche	72	125	+ 53 = 73,6 Proz.
Vander	71	110	+ 39 = 54,9 .
Barische	58	100	+ 42 = 72,4 .
Karpfen	83	110	+ 27 = 32,5 .
Schleie	92	110	+ 18 = 19,6 .
Hele	50	75	+ 25 = 50,0 .
Kale	96	115	+ 19 = 19,8 .

Die starke Preissteigerung, die sich in den letzten 15 Jahren vollzogen hat, entspringt dem Umstande, daß der Fischreichtum der Binnengewässer nicht in gleichem Maße mit der Nachfrage nach flussfähigen gewachsen ist. Auch hier zeigt sich wieder deutlich, daß jeder wirtschaftliche Fortschritt zugleich Nachteile zeitigt. Die Regulierung der Flüsse, der lebhaftere Verkehr auf den Wasserstraßen und ihre Verunreinigung durch die Zunahme der gewerblichen Abwässer sind der Vermehrung des Fischbestandes in den Binnengewässern hinderlich, die um so mehr anzustreben wäre, als er eine weitere große Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung vom Auslande bedeuten würde, das heute selbst rund 75 Proz. des deutschen Seefischkonsums deckt. Zwar hat die Fischzucht in Teichen und Seen im Binnenlande in letzter Zeit weiter an Ausdehnung gewonnen, doch an eine Verbilligung der Süßwasserfische ist wohl kaum ernstlich zu denken. Haben doch auch die großen Fischzüchter bereits die Ringbildung gelernt, die im laufenden Jahre den Weihnachtskarpfen um 20 M. für den Zentner im Großhandel verteuern wird.

Weiß-Meis-Einfuhrscheine. Dem „D. Z.“ wird aus Petersburg berichtet:

Der Petersburger Getreidebörsen steht ein skandalöser Millionenprozeß bevor, in den viele namhafte russische Getreidefirmen verwickelt sind. Die Klage gegen die Börse basiert darauf, daß eine Reihe von Getreidefirmen unter Deklaration von „Weizenmehl“ Meis in sehr großen Quantitäten nach Finnland exportiert habe. Da die russische Regierung zur Förderung des russischen Meisereiwesens für den Export von Meis 20 Proz. Prämie zahlt, so haben die Getreidefirmen die russische Regierung im Laufe einiger Jahre um über 10 Millionen Mark betrogen. Es steht eine Reihe schwerer Kriminalprozesse bevor. Der Vorfall erregt allgemeine Sensation.

Die Ausfuhr von Meis aus Rußland nach Deutschland hatte im Jahre 1908 einen Wert von 48 Millionen Mark, im Jahre 1909 einen Wert von 59 Millionen. Sind die Angaben zutreffend, dann dürfte sich ergeben, daß erhebliche Mengen dieser als Meis veräußerten Meis deutschen Getreide entstammt, das unter Inanspruchnahme der Ausfuhrprämie nach Rußland gegangen ist.

Hotelfesther und Fleischsteuerung. Die 39. Karl besuchte Generalversammlung der Internationalen Hotelbesitzervereinigung in Baden-Baden hat eine Resolution gutgeheißen bezüglich der Fleischsteuerung, die nach dem Bericht der auf dem Sitzungstage antwortenden Heidelberger Prof. Gotheim dahin erläutert wurde, daß die Regierung namentlich in Freieichtung von Schlachthäusern, Jossammlungen und ähnlichen Mitteln den Fernbezug des Fleisches wesentlich erleichtern könnte.

Städtische und ländliche Genossenschaften im Deutschen Reich.

In den von der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse herausgegebenen „Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik“ werden die Genossenschaften u. a. auch nach ihrem überwiegend städtischen oder ländlichen Charakter gruppiert. Eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Arten ist zwar nicht durchführbar; der Hauptsache nach sind aber nachstehende Auseinandersetzungen zutreffend. Es wurden ermittelt:

a) Genossenschaften überwiegend städtischen Charakters:	Genossenschaften		Mitglieder	
	1904	1908	1904	1908
Kreditgenossenschaften	1 885	2 022	834 207	948 356
Rohstoffgenossenschaften	190	296	6 908	11 964
Wareneinkaufvereine	73	142	3 261	6 475
Werkgenossenschaften	221	389	18 735	27 204
Gen. z. Besch. v. Masch. u. Geräten	2	4	249	761
Magazingenossenschaften	51	81	1 740	4 544
Rohstoff- u. Magazin-Genossensch.	115	130	3 907	4 856
Produktivgenossenschaften	176	276	22 172	30 874
Konsumvereine	1 758	2 111	891 114	1 224 109
Bohn- u. Baugen., eigentliche	537	747	112 220	147 229
Bohn- u. Baugen., Vereinshäuser	51	96	5 787	14 915
Sonstige Genossenschaften	152	194	27 047	33 407
zusammen	5 210	6 488	1 927 363	2 454 694

b) Genossenschaften überwiegend ländlichen Charakters:	Genossenschaften		Mitglieder	
	1904	1908	1904	1908
Kreditgenossenschaften (Darlehns- kassenvereine)	11 796	14 084	1 050 577	1 326 477
Rohstoffgenossenschaften	1 487	1 841	128 196	167 708
Werkgenossenschaften	233	401	5 564	8 909
Gen. z. Besch. v. Masch. u. Geräten	6	7	479	578
Magazingenossenschaften	315	310	20 216	48 008
Rohstoff- u. Magazin-Genossensch.	20	23	2 979	3 434
Produktivgenossenschaften	2 982	3 480	210 016	283 117
Nachgenossenschaften	158	161	11 563	11 794
Sonstige Genossenschaften	21	68	912	3 486
zusammen	16 918	20 375	1 450 902	1 853 511

Die durchschnittliche Zunahme der Genossenschaften von 1904 bis 1908 betrug bei den städtischen 24,53, bei den ländlichen 20,48 Proz. In den einzelnen Gruppen nach dem Gegenstande des Unternehmens, die sowohl mit Genossenschaften überwiegend städtischen als ländlichen Charakters besetzt sind, treten bezüglich der Höhe der durchschnittlichen Genossenschaftszunahme nach der städtischen bzw. ländlichen Seite hin erhebliche Abweichungen zutage. Von 1904 zu 1908 betrug sie z. B. bei den Kreditgenossenschaften überwiegend städtischen Charakters nur 7,27, bei denen überwiegend ländlichen Charakters aber 19,40 Proz., bei den Rohstoff- und Magazingenossenschaften 13,04 bzw. 15,00 Proz., und bei den sonstigen Genossenschaften 27,68 bzw. 22,81 Proz. Umgekehrt war die durchschnittliche Genossenschaftszunahme bei den Rohstoffgenossenschaften überwiegend städtischen Charakters 55,70, bei denen überwiegend ländlichen Charakters aber nur 23,81 Proz., bei den Werkgenossenschaften 44,19 bzw. 44,19 Proz., und bei den Produktivgenossenschaften 58,82 bzw. 16,70 Proz.

Die durchschnittliche Mitgliederzunahme ist bei beiden Gruppen annähernd gleich (27,36 bzw. 27,75 Proz.). In den einzelnen Genossenschaftsgruppen nach dem Gegenstande des Unternehmens treten aber wie bei der durchschnittlichen Genossenschaftszunahme auch bezüglich der durchschnittlichen Mitgliederzunahme nach der städtischen bzw. ländlichen Seite hin erhebliche Abweichungen auf. Sie betrug von 1904 zu 1908 z. B. bei den Kreditgenossenschaften überwiegend städtischen Charakters nur 13,08, bei denen überwiegend ländlichen Charakters aber 25,24 Proz., bei den Werkgenossenschaften 45,20 bzw. 60,12 Proz., bei den Rohstoff- und Magazingenossen-

schaften 22,41 bzw. 44,35 Proz., und bei den sonstigen Genossenschaften 23,51 bzw. 23,24 Proz. Umgekehrt war die durchschnittliche Mitgliederzunahme bei den Rohstoffgenossenschaften überwiegend städtischen Charakters 73,19, bei denen überwiegend ländlichen Charakters aber nur 30,82 Proz., bei den Magazingenossenschaften 160,25 bzw. 64,32 Proz., bei den Produktivgenossenschaften 30,25 bzw. 31,06 Proz.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Sonntag, den 2. Oktober, abends 6 Uhr: Große Dienstboten-Versammlung im Volkshaus Charlottenburg, Rosenstr. 3. Vortrag von Frau Luise Zieg: „Können die Dienstboten mit ihren Arbeitsverhältnissen zufrieden sein?“ Freie Aussprache. Nachdem gemühtliches Beisammensein.

Die Arbeiterkassette wird ersucht, alle ihr bekannten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Bund für Mutterkassette hat sich die Aufgabe gestellt, ledigen Müttern nicht nur augenblickliche Hilfe angedeihen zu lassen, sondern vor allem auch ihnen in jeder Beziehung durch Nachweis von Beschäftigung im Haushalt, Bureau, Fabrik, Filiale, Anfertigung von Schreibmaschinenarbeiten, Erteilen von Unterricht in Sprachen, Malen, Musik, als Hausdame, Reisebegleiterin usw. bei der Gründung einer neuen Existenz zur Seite zu stehen. Er bemüht sich ferner, den Müttern die in Berlin so schwierige Wohnungsfrage zu erleichtern und bittet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringem Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegling, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes mitzuteilen. Ferner bittet er Damen und Herren, welche geneigt sind, Vormundschaften zu übernehmen sowie Pflegestellen zu besetzen, um Angabe ihrer Adresse. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7—9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz zu richten.

Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterkassette die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfsuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der Kampf um das Tempelhofer Feld ist zu ungunsten Berlins entschieden, und nur ein Epilog war's, der ihm gestern noch in der Stadtverordnetenversammlung gewidmet wurde. Ein dringlicher Antrag der Freisinnigen, der den Magistrat um Auskunft über die Angelegenheit ersuchte, stand auf der Tagesordnung. Die Antragsteller verzichteten auf die Begründung, die in der Tat nicht nötig war, und so gab der Magistrat sofort die gewünschte Auskunft. Bürgermeister Meißner, der in dieser Frage den Magistrat zu vertreten hatte, schilderte klagend die geradezu schmachvolle Behandlung, die die Stadt sich vom Kriegsministerium hat gefallen lassen müssen. Schärfer Worte fand der Stadtverordnete Cassel, der Führer der „Alten Linken“, der in der Debatte den Meigen der Redner eröffnete. Er verglich die Handlungsweise des Kriegsministeriums mit den Praktiken, die im Pferdehandel üblich seien. Und bitter beklagte auch er sich, daß die Reichshauptstadt und ihre Gemeindeverwaltung von den Reichsbehörden en canaille behandelt werde. Ungefähr auf denselben Grundton waren die Ausführungen des Stadtverordneten Imberg gestimmt, der für die „Neue Linke“ sprach. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion legte unser Genosse Worgmann dar. Mit wichtigen Sätzen geißelte er die Junkerklasse, und er zeigte, daß hauptsächlich ihrem Treiben Berlin diesen Ausgang des Kampfes um das Tempelhofer Feld zu danken habe. Die Städtegenossenschaft dieser Klasse sei geradezu zu einer Volkseindunstung geworden, und es sei an der Zeit, daß endlich einmal der übermächtige Einfluß des Junkertums gebrochen werde. Die Debatte endete mit den Ausführungen des Sozialfortschrittlers Preuß, der dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ihren Mangel an Mut zur Selbsthilfe vorhielt. Er äußerte die Befürchtung, daß nur zu bald alles wieder vergessen sein werde. Da kann er leider Recht behalten.

Soziales.

Versicherungsanstalt und Heilverfahren.

Der Ufak des Reichs-Versicherungsamtes auf größere Sparsamkeit in der Gewährung des Heilverfahrens hat auf die Herzen der Herren Landesräte in den meisten Versicherungsanstalten gewirkt. Willig, sogar eifrig kam man diesen reaktionären Befehlen entgegen. Welche Blüten diese Maßnahmen der oberen Behörde zeigten, wurde auf dem Jahreskongreß der Ortskrankenkassen von Hessen-Nassau zu Heiger von Genossen Graf-Franckfurt a. M. zur Sprache gebracht.

Anwesend war auch der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Schröder-Kassel, welcher als Landesrat der Versicherungsanstalt doriselfst in großer Verlegenheit den Klagen der einzelnen Klassenvertreter zuhörte. Kleinere Landklassen beklagten sich bitter darüber, daß die Versicherungsanstalt so selten das Heilverfahren gewähre und vielen jugendlichen Kranken die letzte Hoffnung nehme. Für Frankfurt a. M. hatte man sich nach langen Kämpfen auf folgendes System geeinigt, welches auch die ganzen Jahre zur beiderseitigen Zufriedenheit praktisch geübt wurde. Um die überlange Wartezeit nach Möglichkeit abzukürzen, verpflichtete sich die Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M., kleinere Kuren in Bad Orb usw. gleich in die Hand zu nehmen. Sprach sich auch der Vertrauensarzt der Krankenkasse für die Notwendigkeit der Kur aus, so wurde der Kranke, wenn dieser die Hilfe der Versicherungsanstalt wünschte, zum Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt wünschete, zum Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt, Dr. Roth, noch geschickt. Dann reiste der Erkrankte in das Bad ab und wartete die Krankenkasse auf den Befehl der Versicherungsanstalt. Dadurch war dem Kranken sehr viel geholfen, der im ersten Stadium seiner Krankheit schon die nötige Kur bekam, die Krankenkasse hatte viele Wochen an Krankengeld erspart und die Versicherungsanstalt verhäufte eine chronische Erkrankung und sparte dadurch viele Renten. Ein Risiko war damit für die Versicherungsanstalt auch nicht vorhanden, denn die Krankenkasse verpflichtete sich, im Falle einer Ablehnung die gesamten Kurkosten und auch noch das Übergelante des königlichen Gerichtsarztes zu zahlen. Mehr konnte man doch nicht verlangen. Nach dem Vermittlungsbescheid nun aber der Vorstand der Versicherungsanstalt dieses Heilverfahren kurzerhand auf und verlangt jetzt wieder, daß der Kranke geduldig zu warten habe, bis ihm von der Versicherungsanstalt nach Wochen oder Monaten der — Ablehnungsbescheid erteilt wird. Darüber waren die Krankenkassen natürlich sehr aufgebracht und wurde eine scharfe Protestresolution angenommen. Landesrat Dr. Schröder fand auch keine eigentlichen Gründe für diesen Beschluß. Seine Verlegenheit wurde aber noch größer, als ihm Genosse Graf einen weiteren Ufak der Versicherungsanstalt vorhielt. Bekanntlich redet man den Frauen

bei ihrer Verheiratung gut zu, daß sie auf die Rückerstattung ihrer Beiträge verzichten sollten und ihre Mitgliedschaft aufrechterhalten sollen. Man brauche ja gefälligst nur jedes Jahr 10 Beitragsmarken zu Heben und sichere sich nicht allein die Rente, sondern auch, was noch viel wichtiger sei, ein Heilverfahren, welches eine drohende Invalidität verhindere. Auch den sonstigen Mitgliedern hat man dies gepredigt, wenn sie aus der Versicherungspflicht ausstiegen.

Jetzt kommt dieselbe Versicherungsanstalt her und schrieb einem Antragsteller, daß die Hebernahme des nachgefragten Heilverfahrens abgelehnt worden sei, weil nach einem Beschluß des Gesamtvorstandes der Versicherungsanstalt die Hebernahme der Krankenfürsorge unter anderem auch von einer regelmäßigen Markenverwendung abhängig gemacht werde. Bei einer Beitragsentrichtung für 12—18 Wochen jährlich kann aber von einer auch nur einigermaßen regelmäßigen Markenverwendung nicht die Rede sein. Und was antwortete der angegriffene Landesrat auf diesen Fall? Er behaupte selbst diesen Beschluß des Vorstandes, in welchem doch die Versicherer gar keinen Einfluß haben, und mußte dem Genossen Graf recht geben, daß gerade die Hebernahme des Heilverfahrens, die richtige Versorgung der Familie dieser Kranken usw. erst das an sich so verhasste Gesetz den Versicherern nähergebracht habe. Wir sind neugierig, ob nun die Versicherungsanstalt diesen eigenartigen Beschluß wieder aufheben wird oder gar dazu übergeht, jetzt auch noch die Höhe der zu verwendenden Beitragsmarken vorschreiben möchte?

„Stellenermittlung“ des Deutschen Technikerverbandes.

Aus Kreisläuferskreisen wird uns geschrieben: Vor mir liegt ein Blatt der Zeitung, die sich stolz die „Deutsche Technikerzeitung“ nennt. Darin heißt es mit feittgedruckter Ueberschrift: „Unsere Stellenermittlung ist eine der wichtigsten sozialen Wohlfahrtsanstaltungen, die der Verbund zum Wohle und Nutzen seiner Mitglieder geschaffen hat. Sie vermittelt kostenlos allen stellensuchenden Verbandskollegen eine ihren Leistungen entsprechende Stellung und weist Staatsbehörden usw. bestqualifizierte technische Arbeitskräfte nach.“

Wenn ein Ueingeübter dies liest, wird ihm selbstverständlich der Gedanke kommen: das scheint ja eine ausgezeichnete Einrichtung mit dieser Stellenermittlung zu sein. Als Laie wird er den Kopf schütteln über die dennoch herrschende angebliche Stellungslosigkeit und Misere des technischen Standes. Ist er aber Ingenieur oder Techniker, so tritt er womöglich dieser Vereinnung, die ihm so nett seine Leistungen entsprechende Stellung verspricht, als Mitglied bei. Bald aber ändert sich ihm das Bild. Denn die in so schönen Worten angepriesene Stellenermittlung sieht folgendermaßen aus: auf dem dort befindlichen Tische liegen drei Karten aus. Die eine enthält die Verkaufsbilanzen für Berlin (nicht einmal das Datum des Eingangs ist angegeben), die zweite die Verkaufsbilanzen für außerhalb und die dritte die Pa-schinen- und elektrotechnischen Bilanzen für Berlin und außerhalb. Es kommen nun jeden Tag die vielen Stellensuchenden und sehen die Listen ein, um hernach bei den betreffenden Arbeitgebern wie ein Hundel hungriger Wölfe über die wenigen Stellen herzufallen. Da geht es natürlich wie bei allen anderen Gelegenheiten des Lebens: wer die stärksten Ellenbogen hat und nebenbei über die nötige Redematerialie verfügt, wird engagiert, die übrige große Zahl der Bewerber zieht enttäuscht ab. Das Spiel beginnt bald von neuem. Unter solchen Umständen ist die Mehrzahl der Stellensuchenden schließlich gezwungen, um nicht zu verhungern, eine ganz minderwertige, d. h. schlecht bezahlte Stellung anzunehmen, und kann von Vermittlung einer den Leistungen entsprechenden Stellung an alle stellensuchenden Verbandskollegen also gar keine Rede sein. Ich kenne Stellensuchende im Alter von Mitte 20 bis Anfang 30, die schon seit Anfang dieses Jahres „mit Hilfe“ besagter „Stellenermittlung“ eine ihren Leistungen entsprechende Stellung suchen. Der Satz: „Sie vermittelt kostenlos allen stellensuchenden Kollegen eine ihren Leistungen entsprechende Stellung“ ist also weiter nichts als eine hochtönende Phrase, dazu geeignet, die Massen zu ködern.

Der mehrfache erhobene Wunsch, die Stellensuchenden möchten chronologisch notiert werden und wenn sie an der Reihe wären, dem Arbeitgeber einzeln, bzw. in ganz beschränkter Zahl ins Haus geschickt werden, wurde als völlig undiskutierbar abgelehnt, da sich die Arbeitgeber dann angeblich auf anderem Wege, wie Zeitungsinsertate usw. ihre Arbeitskräfte suchen würden. Wie aber bei solchen Verhältnissen den Herren Arbeitgebern der Kamm schwelken muß, wenn sie sehen, daß auf Grund ihrer eventuell monatlang in der Bilanzliste verbleibenden Nachfrage ihnen Tag für Tag Arbeitsjunge das Haus einlaufen, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Unter solchen Umständen schrauben sie ihre Anforderungen an Vorbildung, Praxis, Spezialkenntnisse und Leistungen unerbittlich hoch und drücken selbstverständlich das Gehalt auf das tiefstmögliche Niveau hinab. Sie können es sich ja leisten, denn die „Stellenermittlung“ des Technikerverbandes betrachtet es als Ehrensache, ihnen immer wieder neue Kräfte zuzuführen. Fürwahr, ein erhebender Zustand!

Der Wert unserer Stellenermittlung ist längst erwiesen, so heißt es auf der Rückseite des eingangs erwähnten Kiteblattes. Der Wert einer solchen Stellenermittlung ist allerdings erwiesen!

Die Kruppische Sparlotterie.

Wie in ihrem Werke in Essen hat die Firma Krupp auch für die Arbeiter in ihren linksrheinisch gelegenen Werken im Kreise Roers eine Spareinrichtung getroffen, und zwar hat sie, um zu fleißigerem Sparen anzuregen, zu der Sparlotte des Herrn August Scherl gegriffen, d. h. zu einer Prämienverlosung, obwohl diese von allen öffentlichen Sparlotten abgelehnt worden ist. Die Firma nimmt die Spareinlagen der Arbeiter in Empfang resp. zieht sie gleich bei der Lohnzahlung ab und legt sie bei den Bürgermeisterei-Sparlotten in Hohenmexich und Priemerschheim auf den Namen der Firma an. Mindestzahlungsfähig: eine Mark. Die Sparlotten verzinsen die Einzahlungen mit 4 Proz., und zur Aufmunterung zum Sparen legt die Firma noch 1 Proz. zu, so daß die Gelder im ganzen mit 5 Proz. verzinst werden. Auch die Verwaltungskosten trägt die Firma. Das Sparsjahr läuft immer vom 1. April bis zum 31. März. Nur für dies ganze Jahr wird der Zinsfuß gezahlt. Aber am Ende des Jahres resp. am Anfang des neuen findet eine Verlosung eines weiteren Zuschusses der Firma statt, je nach der Höhe der Einzahlungen. Im letzten Jahre betrug dieser Verlosungszuschuß 1350 M. und es kamen zur Verlosung je eine Prämie von 200 und 100 M. und 21 Prämien von je 50 M. Für diese Verlosung erhält jeder Sparer für voll eingezahlte 25 M. ein Los. Wer also 100 M. eingezahlt hat, erhält 4 Lose.

Das ganze ist ein Mittel, um die Arbeiter und Beamten trotz anderer Unannehmlichkeiten mit der Aussicht auf den Gewinn von Prämien lange an das Werk zu fesseln.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Neapel.

Rom, 27. Septemb. (Fig. Ver.) Endlich hat man sich entschlossen, den seit Wochen in Neapel auftretenden Fällen akuten Magen- und Darmkatarrhs offiziell den ihnen zukommenden Namen zu geben und von Cholera asiatica zu sprechen. Eine offizielle Note an die verschiedenen Staaten gibt einen Cholerafall in Neapel zu. Leider steht es so, daß man an diese Eins getrost zwei Kullen hängen kann, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen. Allein in der Tren-anstalt sind 40 Fälle konstatiert.

Daß man die seit Anfang August sporadisch auftretende Krankheit so lange zu verheimlichen gesucht hat, erklärt sich aus der

Bevorzugt, durch Panik mehr zu schaden, als man durch offizielles Einräumen der Erkrankungen genügt hätte. Alljährlich sind in den heißen Monaten in Neapel Fälle von Gastro-Enteritis mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen, und zwar, wie man aus der Statistik ersehen kann, in höherer Zahl als in diesem Jahre. Daher hat man geglaubt, es sei richtiger, den spezifischen Charakter der Erkrankung zu verheimlichen, aber in Bezug auf Desinfektion und Isolierung der Angehörigen immer so vorzugehen, als ob es sich um Cholera handelte. Diese Praxis ist, wie wir mit Bestimmtheit versichern können, seit Anfang August befolgt worden. Daß es eine falsche Praxis war, haben leider die Folgen gezeigt. Die Panik ist ausgebrochen, aber der ruchlose Leichtsin, der sich statt ihrer breit gemacht hat, hat die schlimmsten Folgen gezeitigt. Obwohl die Regierung wußte, daß es sich um eine spezifische Erkrankung handelte, hat sie die Feste zu Ehren des hl. Januars mit der Aufstauung großer Menschenmengen und den unvermeidlichen Festgelagen erlaubt. Das Blut der Heiligen ist denn auch richtig flüssig geworden, aber am nächsten Tage gab es 50 neue Cholerafälle. Die Unvorsichtigkeit, die man an Stelle der Panik hätte herrschen lassen, hat größeres Unheil angerichtet als zu vermuten war.

Glücklicherweise gibt das herbstliche Wetter Gewähr, daß die fürchtbare Seuche nicht mehr lange um sich greifen wird. In Desinfektion wird das Menschennögliche geleistet; aber auch in Neapel fällt das Wohnungselend den Sanitätsmaßnahmen in die Arme. Uebrigens ist die Epidemie in den verschiedensten Punkten der Stadt aufgetreten, und zwar vielfach so schnell, daß einige 20 Personen auf der Straße gestorben sind. Um die Einschleppung der Epidemie in die Hauptstadt zu verhindern, werden die Reisenden der Linien aus Süditalien unterwegs von städtischen Aerzten Nord untersucht, müssen ihre Adressen angeben und werden fünf Tage lang auf ihren Gesundheitszustand kontrolliert.

Wie ein Telegramm aus Neapel meldet, hat der dortige Bürgermeister infolge der zunehmenden Ausbreitung der Cholera die sofortige Vernichtung der Austerbänke angeordnet, die sich in der Nähe der städtischen Abfluskanäle befinden. — In der Stadt Neapel kamen gestern 24 neue Cholerafälle vor, 14 Erkrankte sind gestorben. Aus der Provinz

Neapel werden fünf Cholerafälle und drei Todesfälle gemeldet.

Doppelraubmord in einem märkischen Dorfe.

In dem nahe Britzwalde gelegenen Dorfe Schön-hagen wurde am Mittwochabend der Bauerngutsbesitzer Kleine mit seiner Ehefrau von einem Knecht ermordet. Der Täter überfiel den Gutsbesitzer im Stalle, wo er ihn durch Hammerschläge niederschlug. Dann schlich er sich in die Wohnräume und erwürgte die in einem Sessel sitzende Ehefrau des Kleinen. Die beiden 16 bzw. 26 Jahre alten Töchter des Ehepaars hatten sich bereits schlafen gelegt; sie wurden von dem Mörder im Bett gefesselt, damit sie ihm während seines Suchens nach Geld nicht stören könnten. Dem einen der jungen Mädchen gelang es, sich aus der Fesselung zu befreien. Sie erlöste auch ihre Schwester und beide eilten in die Stadt, um Hilfe herbeizuholen. Als diese eintraf, war der Raubmörder bereits entflohen. Es wird vermutet, daß der Täter ein russisch-polnischer Landarbeiter namens Czerna ist.

Banditentwesen in Italien.

Wie ein Telegramm aus Rom meldet, drangen in der Nähe von Catania drei Banditen in das Schloß der Baronin Dianna ein, quälten dort die Dienerschaft und bedrohten die Baronin mit dem Tode, wenn sie ihnen nicht ihr Geld ausliefern würde. Die Baronin in ihrer Todesangst überreichte den Banditen die Schlüssel zum Geldschrank, aus dem die Banditen 10000 Lire entwendeten und dann verschwanden. Ein ähnlich frecher räuberischer Überfall wird aus Casseri (Sardinien) gemeldet. Fünf Individuen bemächtigten sich dreier Brüder, die als sehr reich bekannt sind. Hierauf liehen sie zwei derselben in Freiheit unter der Drohung, daß ihr Bruder aufgeknapft werden würde, wenn sie nicht innerhalb einer kurzen Frist die Summe von 11000 Lire überbringen würden.

Der widerspenstige Rekrut.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Ein Rekrutentransport aus Altbayern macht auf der Reise nach der Pfalz in Altschaffenburg Halt und wird dort in eine Wirtschaft geführt, um die Zeit bis zum Abgang des westwärts fahrenden Militärzuges hinzubringen. Als die Zeit zur Abfahrt herannaht, gibt ein den Transport begleitender Gefreiter das Kommando zum Antreten. Alle springen gehorsam auf und stellen sich in Reihe und Glied, nur ein Mann bleibt ruhig

am Tische sitzen. „Na, dalli, dalli! Wie's bald?“ ruft der Mann mit dem Knöpfen dem Gefreiten zu. „I will erst meine Nooz austrinken,“ erwidert der Angeredete mit Seelenruhe. „Und ich befehle Ihnen, einzutreten!“ schreut der Gefreite im Wohlgefühl seiner militärischen Würde, indes ohne jeden Erfolg. „Hörgehehrter großer Ungehorsam!“ meldete der Unteroffizierstellvertreter dem Feldwebel, der sofort mit der Rekrutenliste vor dem Sänder erscheint; dieser verbleibt auch angesichts der höheren Charge unerschütterlich vor seinem Nachtrag sitzen. „Haben Sie nicht gehört, Sie sollen antreten!“ „O ja, ich will aber erst austrinken.“ „Wie heißen Sie?“ „Johann Mittelbach.“ „Feldwebel (für sich): „Om, der Kerl steht ja gar nicht in der Liste.“ (Dann laut): „Was sind Sie in Ihrem Zivildberuf?“ „Königlich bayerischer Bahnexpedient.“ „Feldwebel (höflicher): „Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?“ „Es hat mich ja niemand danach gefragt.“ „Feldwebel (zum Gefreiten): „Sie Rindvieh!“

Kleine Notizen.

Bei der Verhaftung eines Fahrraddiebes ist auf einem Grundstück in der Sidonienstraße in Leipzig der Schuttmann Henschel von dem Verhafteten erschossen worden. Der Täter wurde übermäßig und verhaftet.

Unfall im Bergwerk. Auf Seche Hugo bei Wueri, Westf., verunglückten heute zwei Arbeiter, einer ist tot, der andere wurde schwer verletzt. Beide waren in der Förderseile beschäftigt, als plötzlich aus Versehen der Aufzug niederging und die beiden Arbeiter traf.

Tod eines deutschen Aviatikers. Der am Mittwoch auf dem Flugfelde bei Mülhausen i. El. verunglückte Aviatiker Blochmann — nicht Bloche, wie wir irrtümlich meldeten — ist, ohne noch einmal das Bewußtsein erlangt zu haben, seinen Verletzungen erlegen.

Ein Unentschied. Der 30jährige Zementarbeiter Wichmann aus Offenbach wurde wegen Blutschande, begangen an seinen beiden minderjährigen Töchtern, gefesselt verhaftet. Wichmann hat sich seit mehreren Jahren an seinen beiden Töchtern vergangen.

Im Zeichen der Fleischnot. In der Nähe von Königgrätz sind nach dem Genuss von verdorbenem Fleisch 87 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Unter der Anlage der Spionage wurde in Biarritz der Geschäftsführer des Aviatikers Morane verhaftet. Der Verhaftete ist ein Deutscher namens Friedland. Zwei andere Personen, die als seine Mitschuldigen gelten, wurden ebenfalls verhaftet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kolleger
Paul Zindler
am 28. September gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 1. Oktober, nachmittags 1 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.
Am 25. September starb unser Kollege, der Kolleger
Adolf Fulte.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Ehre Ihrem Andenken!
90/15 Die Ortsverwaltung.

Danksgiving.
Für die erzielte Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters und unseres Vaters sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Johanna Schulisch
nebst Kindern.

Danksgiving.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigst geliebten Sohnes und lieben Bruders
Otto Fritsche
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie seinen Mitarbeitern der Firma Herrn. Wagner u. Co. meinen herzlichsten Dank.
Mitte **Anna Fritsche**
und Sohn.

CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

Danksagung.
Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Beerdigungs-Verein der Berliner Zimmerer für die liebevolle Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Zimmerers
Albert Bertermann
unseren tiefgefühltesten Dank. 11538
Julius Bertermann
Klara Werner geb. Bertermann.

Danksgiving.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meines lieben Vaters und herzlichen Sohnes
Karl Lenzner
besonders dem Verein „Gambrius“, den Kollegen der Firma C. Reiff, sowie allen anderen Kollegen, Freunden und Bekannten sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Mitte **Lina Lenzner** und Sohn.

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders
Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42, Ecke Spandauer Str. 70-71
Größtes Bekleidungs-Spezialhaus

PALETOTS
für Herren: 28 verschiedene Größen
19. 24. 30. 37. 45. 52. M.
für Jünglinge für Knaben
in 8 Größen in 12 Größen
von 16 bis 39 Mark von 7.50 bis 25 Mark
Spezial-Abteilung: Schuhe □ Hüte □ Wäsche
Der neue Katalog ist erschienen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochstenführer
Friedrich Paul
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorfer Feldstraße, aus statt.
Häufige Beteiligung erwartet.
51/8 Die Bezirksverwaltung.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochstenführer
Leopold Gehoff
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Westmanns-Kirchhofes, Kordens, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Nach langem schweren Leiden verschied heute früh meine innig geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Großmutter
Auguste Grothe
im 51. Lebensjahre. 10769
Um stille Teilnahme bitte im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Robert Grothe.
Belchenstr. 28. Sepbr. 1910. Langhansstr. 180.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Westmanns-Kirchhofes in der Köllnische aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

WO PUHONNÝ.
Ein interessantes Wachstum!
1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909
Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. — Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.
H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiertes Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilartern von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanzahlung. 97/10
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Nur noch bis **1. Oktober**
Ausverkauf
unserer Lagerbestände, bestehend in
Anzugstoffen, Paletotstoffen, Damentuchen, Kostümstoffen usw.
für jeden Preis!
Koch & Seeland Gesellschaft m. h. H.
Roh-Strasse 2.
Nur ein Preis!
Fette junge **Gänse 0,65**
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.
Fette Spüßhähner, jgg. Weiskücker.
F. Wegner, 50, Darniederstr. 34.

Eisler-Verein (E. J. 89).
Sonntag, 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zum Berliner Theater am 9. Oktober. Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Generalversammlung findet am 15. Oktober statt.
Der Vorstand.

Karow eine Station Buch vor
Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pf. v. Stett. Bbl. 25 Min. Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönb., 12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar am Bf. Bebauungspl. genehmigt. Pläne gratis. Maß. Anz. u. langjähr. Hypotheken. Verkäufer ständig a. Bf. Karow. 433L*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Kaufhaus M. Meyer
Rostocker Straße 35, Ecke Wittstocker Straße.
Zur gest. Kenntnisnahme, daß ich keine
Deeken an Streikbrecher
geliefert habe. Ebenfalls habe ich keine Keucherung gegen die Arbeiterchaft getan. Hohe Belohnung dem, der mir das Gegenteil nachweist.

AnzugWoche

Schluß morgen, Sonnabend.

Ausnahme - Angebote

Reihe 1: Herren-Anzüge	Haltbarer Kunstbuckskin, gestreift und kariert	9.— M.
Reihe 2: Herren-Anzüge	Gemusterte Cheviots in vielen Dessins ...	21.50 M.
Reihe 3: Herren-Anzüge	Kammgarnartige Cheviots. Moderne Ausmusterungen	31.— M.
Reihe 4: Herren-Anzüge	Kammgarne und Cheviots. Vornehme Erzeugnisse	37.— M.

In einer englischen Fabrik persönlich erstanden:

Echt englische Gummi-Mäntel Bedeutend unter Preis Tadellose, moderne Mäntel

Serie 1 **12.50 M.** | Serie 2 **15.— M.** | Serie 3 **22.50 M.** | Serie 4 **30.— M.** | Serie 5 **36.— M.**

Höchst beachtenswert ist unser am nächsten Sonntag erscheinendes Inserat.

BaerSohn

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Str. 20



11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 39 auf Wunsch kostenlos und portofrei



Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Schütz, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochbarrere.
- Süden und Südwesten: Hermann Berner, Weisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Frid, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis, Osten: Robert Wenzel, Gr. Frankfurterstr. 190.
- Wilhelm Mann, Vetersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Rucht, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Hohbit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweidenerstr. 8, im Laden.
- Wedding: Karl Belke, Magaretheikirchstraße 49.
- Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
- Gesundbrunnen: F. Trapp, Steintinerstr. 10.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Lohsestr. 123.
- Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
- Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.
- Baumgartenweg: D. Dornig, Marienbaderstr. 13, I.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Hebestenstr. 74, part.
- Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Goeßelstraße, Laden.
- Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Einar Wahl, Eichwalde, Stubenaustra. 99.
- Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
- Friedersdorf-Petershagen: E. Hölzbarth, Vetershagen.
- Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernice, Salohstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rohr, Doppelstr. 22, und Fr. Scheilbasse, Wohnstr. 15a.
- Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 13.
- Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
- Johannisthal: Pielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
- Karlshorst: Richard Rüter, Köpenicker Str. 11.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
- Köpenick: Emil Böhler, Nieberstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Kronprinzenstraße 4, I.
- Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Halberstr. 14.
- Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
- Mariensfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
- Nieder-Schöneweide: Max Friedke, Brickerstr. 14 II.
- Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide: August Henjes, Lausenerstr. 2, I.
- Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wählenstraße 30.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Ramelestr. 12, I.
- Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
- Hummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkranz, III-Boxhagen 56.
- Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.
- Schöneberg: Wilhelm Däumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
- Spandau: Köppen, Ragowstr. 9.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hemsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehnst, Borsigwalde, Rüdichstraße 10.
- Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehlendorfer Str. 4.
- Tempelhof: Albert Tziel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
- Treptow: Rob. Gramenz, Niehölzstraße 412, Laden.
- Wessensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
- Wilmerdorf-Halensee: Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hof parterre.

Alle Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 24/1

Stiller



RIXDORF
Berg-Str. 25-26

Eröffnung
Morgen 1. Oktober

Möbel

auf Kredit!

Wohnungs-Einrichtungen.

Ausstellung einfacher u. eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer. Mod. farbige Küchen-Einrichtungen

auf Abzahlung und auch gegen Bar.

Einzelne Möbelstücke

und Polsterwaren bei kleinster Anzahlung evtl. ohne Anzahlung

Formen empfehle: Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Fortige Betten, Leib- und Bettwäsche.

Sport- und Kinderwagen.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder Größte Auswahl. Billigste Preise. Neuester Schnitt.

Pelz-Stolas

Wochenrate

1 Mk.

S. Dorn

3' Alte Schönhauser Str. 3' Ecke Linien-Strasse

Reste

Damentische, schwarz und farbig, Costumes-Stoffs, neueste Muster. Triest-Stoffe, Seiden-Pflanz, Sammeta, Seide etc.

Confection

Paletots, Jackette, Regenmäntel, Costumes und Costum-röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 2. Oktober, abends 6 1/2 Uhr. findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt. Genosse Udo spricht über: Wilhelm II. als Erzieher. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Entree inklusive Garderobe 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Vohndorf. Am Sonntag, den 2. Oktober, findet in den Orten Schulzendorf, Walsersdorf und Schönfeld eine Flugblattverbreitung statt. Des weiteren weisen wir schon heute darauf hin, daß am Freitag, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, eine Handzettelverbreitung in Vohndorf und Fallenberg für eine zum Sonntag einberufene Volksversammlung vorgenommen wird.

Nieder-Schöneweide. Am Sonntag, den 2. Oktober, morgens 8 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung vom Genossen Votke, Berliner Straße 54 aus statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Ehrung des Genossen Tuhauer.

Die Berliner Parteifreunde des vor zwei Jahren zu früh verstorbenen Genossen Tuhauer haben es sich in Gemeinschaft mit den Breslauer Genossen nicht nehmen lassen wollen, ihm als letzte Ehrung einen Denkstein zu setzen, der in seiner einfachen Ausführung ganz dem Charakter des Verblichenen angepaßt ist.

Am kommenden Montag, den 3. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, soll der Stein der Familie Tuhauer übergeben werden. Die schlichte Feier wird sicher viele der alten Freunde und Genossen unseres Tuhauer auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee zusammenführen.

Umzug.

Es ist am frühen Morgen. Der Himmel macht noch ein trübliches Gesicht. Vor dem sogenannten Nebeneingang einer hohen Mietkaserne stehen ein paar gebrechliche Möbelstücke und allerlei Hausrat in buntem Durcheinander. Schmiededes ziehen. Vater Schmiedede stellt eben eine Kommode zu dem übrigen. Er schwingt diese Tropfen, die ihm wie kleine Nimmale übers Gesicht laufen. Um jede vermeintliche Extraausgabe zu sparen, bewerkstelligt er sich den Umzug allein. Da gilt es, sichtig zu schaffen. Um sieben muß alles vorbei sein, da muß er schon wieder zur Tagesarbeit antreten. Einen Augenblick lehnt er sich erschöpft gegen die eiserne Bettstelle, in der die beiden Kleinen immer untergebracht werden, und wischt sich mit dem roten Taschentuch über die Stirne. Dann kehrt er mit einem schnellen Blick auf die Uhr des Uhrmachers drüben wieder ins Haus zurück. Schon dreiviertel sechs! In einer Viertelstunde muß er aufgeladen haben, eine weitere Viertelstunde dauert der Weg bis zur neuen Behausung und dann bleibt ihm noch eine halbe Stunde fürs Abladen und Verstauen im frischen Nest. „Wie wird's da sein!“ denkt er und klettert die drei Treppen wieder zurück, um das Küchenrind Gudepad zu nehmen. Die Küche ist ein bißchen größer als die alte, aber die Stube...! Wenn da die drei Betten und das Schlafsofa drin stehen werden, dann kann keine Stenonadel mehr eigenmächtig zur Erde fallen. Aber was besseres war für den Preis nicht zu finden.

„Blah, Vater!“ weht ihn sein Kletterer aus seiner Betrachtung, der sich den Küchentisch aufgeladen hat. Der Junge ist klein und schwächlich für seine zwölf Jahre, aber seine braunen Augen verraten dieselbe Willenskraft, die sich in den gefurchten Zügen des Vaters spiegelt. „Hall nich, Junge!“ sagt der, und drückt sich eilig an dem kleinen Lastträger vorbei. Oben stürzt er schnell einen Löffel Kaffee hinunter, nimmt mit einem festen Gansstrick den Küchenschrank auf den Rücken, und stapft, mit einem letzten, ingrimmigen Blick auf den engen und finstern Raum, in dem er mit den Seinen jahrelang hausen mußte, davon. Mutter trottel ihm nach, den vollgepackten Kohlenkasten auf der Schulter, ein Bündel Betten auf dem Rücken. Das fünfjährige Lieschen geht sacht hinter der Mutter her. Sie trägt ihren Puppenwagen mit allerlei Schätzen des Weihnachtsmannes unter dem rechten Arm, und führt mit der noch freien Hand vorsichtig den kleinen Bruder die steile Stege hinab.

Der Blah vor der Haustüre hat sich inzwischen sehr verändert. Neben Schmiededes wackiger Karre, die ihm sein Freund, der Kohlenhändler, geborgt hat, steht ein riesiges, wohl sechs Meter langes und zwei Meter breites Gefährt, mit sorgsam gefügten Holzränden. „Woheltransport“ verkündet mit großen Buchstaben die Aufschrift. Und sechs oder acht Himmelskugeln kommen aus dem Aufgang „nur für Herrschaften“ und suchen die Last, die sie auf den Schultern haben, zu verstauen. Aber wo? Das Stückchen Straße sieht plötzlich aus wie ein Warenhaus. Sorgsam eingehüllte Sessel und Ruhebetten, die aus der ordinären Nachbarschaft von Schmiededes Matratzen abrücken zu wollen scheinen, Tische, Stühle, Schränke, Truhen, vollgepackte Kisten und Reiseförbe, kurz, ein ganzer Lust zum Teil angenehmer oder nützlicher oder überflüssiger Sachen liegt da wie aus der Erde gestampft ausgebreitet. „Bei denen schaffst's“, sagt Vater Schmiedede zu seiner Frau. „Vorhin war'n se noch jarnich da!“ „Det sind die Herrschaften von eine Treppe!“ sagt seine Frau, und in ihrem Ton liegt etwas wie Bewunderung für den Reichtum der anderen. „Du mit Deine Herrschaften!“ bräust Vater Schmiedede auf. „So'n sauler Vankler, wer weech, wie der arme Leide getragen hat, un nu sikt er in't Fett!“ Vater Schmiedede ist ganz rot vor Ärger. „Herrschaften, Herrschaften!“ brummt er bei der hastigen Arbeit des Aufladens. „Sind wat bessers wie wir, nich? Sigen in zehn Zimmer mit een Jör, un id hab' grad' een Loch für fünf Köppe!“ Und nun schnürt er seinen abgenutzten Hausrat auf dem Wagen fest, daß die Geschichte nicht abrutschen kann, greift zur Deichsel und zieht los. Sein Kletterer mit der Lampe, Mutter mit Wesen, Schrabber und einem Aufwischweimer voll Flaschen hinterher. Lieschen beeilt sich, um mit Vatern Schritt zu halten. Sie freut sich so auf die neue Wohnung. Aus dem Eingang „Nur für Herrschaften“ wird eben, als Mutter Schmiedede vorbeigeht, ein reichgeschmücktes Büfett herausgetragen, an dem vier der Hünen zu schleppen haben.

Pastor Pfeiffer als Vormund.

Die Fürsorge für uneheliche Kinder ist die Spezialität eines Pastors Wilhelm Pfeiffer. Mit ihm und dem

hier bestehenden „Kinderrettungsverein“, der ihm dient, haben wir uns schon mehrfach beschäftigen müssen. Seine Bemühungen, für uneheliche Kinder die Väter zu ermitteln und den Müttern zu Alimention zu verschaffen, können gewiß für manche uneheliche Mutter wie für ihr Kind von Nutzen sein. Wir erkennen das an, trotz der tollen Vorurteile, über die wir vor einigen Jahren aus der Arbeit des Pfeifferschen „Kinderrettungsvereins“ berichten mußten. Für bedenklich halten wir es aber, daß dieser Pastor sich zugleich einen weitgehenden Einfluß auf das Schicksal einer großen Zahl unehelicher Kinder zu sichern sucht, indem er sich die Vormundschaft überträgt.

Pfeiffer war schon vor etwa drei Jahren Vormund von mehr als tausend Kindern, und man darf annehmen, daß inzwischen die Zahl seiner Mündel sich noch erheblich vermehrt hat. Wenn in der Gebärstalt der Charité ein Mädchen von einem Kind entbunden worden ist, wird ihr dort allerdingst die Frage vorgelegt, wer der Vormund für ihr Kind sein soll. „Ja, wer?“ fragt manche sich verlegen und ratlos; da nennt man ihr dann den Pastor Pfeiffer und preist ihn als einen Schützer der Kinder, und — Herr Pfeiffer darf sich wieder ein Mündel mehr buchen. Natürlich kann ein solcher Massenvormund die wichtigsten seiner Mündel selber kennen, sondern muß seinen Helferinnen — wie viele er für diese Kinder hat, erfährt man nicht — die persönliche Fürsorge für seine Schutzbefohlenen überlassen. Auch der persönliche Verkehr mit den Müttern oder den unehelichen Vätern und andererseits mit den Familien, denen der Massenvormund manche seiner vielen Mündel in Pflege gibt, kann größtenteils nicht von ihm selber unterhalten werden, sondern muß dem Bureau des Vereins und den Helferinnen überlassen bleiben. Immer aber wird, was der Verein und die Helferinnen tun, getan im Namen des Vormunds Pastor Pfeiffer und unter seiner Verantwortung.

Ein Fall, bei dem der Herr Pastor persönlich sich für eines seiner Mündel und für die Pflegsamilie und gegen die uneheliche Mutter sehr eifrig ins Zeug gelegt hat, zeigt recht deutlich, welchen Gebrauch er von den ihm als dem Vormund zustehenden Machtbefugnissen zu machen weiß. Für das Kind einer Arbeiterin, das im Jahre 1905 außerordentlich geboren worden war, übernahm Pastor Pfeiffer die Vormundschaft. Das Kind, dessen Vater zu keiner Alimentionzahlung sich herbeiließ, wurde ins Waisenhaus gegeben, kam dann in Familienpflege, wechselte später die Pflegsstelle und gelangte schließlich an ein Ehepaar Fischer, das damals im Hause Remeler Straße 60 wohnte. Als dieses Ehepaar den Wunsch äußerte, das Kind zu adoptieren, gab der Vormund Pfeiffer seine Zustimmung und fragte die Mutter an, ob auch sie einwillige. Die Mutter wußte nicht recht, ob sie ja oder nein sagen sollte, zuletzt aber erklärte sie sich bereit, das Kind herzugeben, doch forderte sie eine Abfindungssumme. Die wurde abgelehnt, und nun verweigerte die Mutter ihre Zustimmung zur Adoption des Kindes durch die Eheleute Fischer, von denen sie jetzt annahm, daß sie keineswegs in hinreichend guten Verhältnissen lebten, um dem Kinde eine leidliche Zukunft schaffen zu können. Pastor Pfeiffer aber erwirkte darauf beim Vormundschaftsgericht, daß der Mutter das „Sorge-recht“ für ihr Kind entzogen wurde, so daß nunmehr das Kind völlig in seine Gewalt gegeben war. Er behauptete, die Mutter wolle aus dem Kind Geld heraus schlagen, und das Gericht trat dieser Auffassung bei.

Die Eheleute Fischer behielten das Kind, und allen Versuchen der Mutter, es herauszubekommen, wurde vom Vormund der Einwand entgegengesetzt, daß es bei ihr schlechter als bei Frau Fischer aufgehoben sein würde. Bedenken fülllicher Art konnten gegen die Familie des Kindes nicht vorgebracht werden, aber die Mutter und ihre Schwestern mußten sich von ihrer Hände Arbeit ernähren, und da fand der Herr Pastor, daß sie nicht imstande sein würden, das Kind richtig aufzuziehen. Wenn solche Bedenken ausschlaggebend sein sollten, so müßte man freilich vielen Tausenden von Arbeiterfamilien, in denen die Eltern von früh bis spät arbeiten und dabei doch nur einen erbärmlichen Lohn verdienen, die Kinder abnehmen. Aber nur zu oft will nicht mal die Armenverwaltung solchen Familien, wenn sie durch Arbeitslosigkeit in Not kommen, wirksam beistehen. Pastor Pfeiffer, wie gesagt, blieb dabei, daß der Mutter und ihrer Schwester das Kind nicht anvertraut werden dürfe. Im Jahre 1909 kam dann eine gewalttätige Entführung zustande. Pfeiffer zeigte die Mutter und eine ihrer Schwestern an, doch ergab er keine Verurteilung. Die Freisprechung wurde vom Gericht damit begründet, daß Pastor Pfeiffer, der die ganze Zeit hindurch über das Kind verfügt hatte, gar nicht ordnungsgemäß zum Vormund bestellt worden sei. Sehr merkwürdig, nicht wahr? Die ordnungsgemäße Bestellung wurde nachgeliefert, und wieder sicherte Pastor Pfeiffer den Eheleuten Fischer das Kind.

In diesem Jahre hat nun die Mutter geheiratet, nicht den Vater des Kindes, sondern einen anderen Mann, einen Arbeiter, an dessen Ordentlichkeit auch Pastor Pfeiffer nicht zweifeln wollte. Die Mutter hat dann beantragt, ihr das Recht an ihr Kind zurückzugeben. Der Ehemann will das Kind als eigenes zu sich nehmen und hat sich bereit erklärt, ihm sogar seinen Namen beizulegen. Daraufhin hat das Gericht jetzt entschieden, daß der Mutter das Sorgerecht wieder zu übertragen ist. Was aber tut jetzt Herr Pfeiffer? Er wehrt sich noch immer gegen die Auslieferung des Kindes, obwohl die vorgenannten polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, daß die Mutter im Hause als ordentliche, anständige und fleißige Frau bekannt ist und auch der Ehemann sich eines guten Rufes erfreut. Pfeiffer benutzt die weiteren Rechtsmittel, um der Mutter das Kind vorenthalten zu dürfen. Auf seine Verhaftung, die zulässig ist, hat das Vormundschaftsgericht die Vollziehung des Beschlusses noch ausgesetzt, so daß die Auslieferung des Kindes noch nicht gefordert werden kann. Das Kind befindet sich übrigens schon lange nicht mehr in Berlin. Die Eheleute Fischer, die in Berlin zuletzt im Hause Voigtstr. 43 wohnten, sind Anfang Februar nach Regensburg übersiedelt und haben das Kind mitgenommen.

Aus diesem Kampf um ein Kind sollten alle unehelichen Mütter, denen Herr Pastor Pfeiffer als Vormund angeboten wird, eine Lehre ziehen.

Aus der Pardeputation. In der letzten Sitzung wurde beschlossen, einem Antrage der Gemeinde Treptow zuzustimmen, am Spreetunnel eine Bedürfnisanstalt zu errichten für Männer und Frauen, den Blah der Gemeinde zur Verfügung zu stellen und einen Beitrag in der Höhe von 1800 M. zu übernehmen, mit der Einschränkung, daß Entgelt nicht erhoben werden darf. Ein Antrag, Maßnahmen zu treffen, die Staubentwidelung auf dem Spreewege in Treptow zu verhüten, wurde verlegt. Besprochen wurde die Einrichtung einer Wasserleitung, um die Rasenflächen am Landwehrkanal besser wie bisher besprengen zu können. Der Garentbaudirektor soll in der Sache Bericht erstatten. Zur Verhütung von Hundeschäden in unseren öffentlichen Anlagen wurde beschlossen, die Steuerbehörde zu ersuchen, auf den Hundesteuerquittungen die neueste Polizeibestimmung abzudrucken, außerdem Tafeln auf einigen Plätzen aufzustellen, auch an die Gemeinde Treptow heranzutreten, sich den Maßnahmen der Stadt Berlin anzuschließen und der Erlaubnis zur Anbringung von Tafeln zuzustimmen.

Die Benutzung der Spielplätze im Treptower Park soll wie bisher auch im nächsten Jahre Sonntags, Mittwochs und freitags dem großen Publikum freistehen. Die sogenannte Weberwiese soll eine weitere Umgestaltung erfahren. Die Deputation will ferner der Frage näher treten, eine Eisenbahn von südlicher Seite einzurichten und den Kindern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ein Antrag, den Militärbehörden einen Reitweg im Treptower Park herzurichten, wurde abgelehnt. Der Wunsch der Turn- und

Bade-Deputation, sämtliche Spielplätze in den städtischen Parks dieser Deputation in Verwaltung zu geben, wurde aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Kinderspielplatz im alten Friedrichshain wurde zugestimmt, und die durchgehende Veränderung des Wirtschaftshofes ebendortselbst soll energisch betrieben werden. Der Antrag der Parknachwächter um Gewährung einer freien Nacht alle 14 Tage, wurde dahin entschieden, denselben alle 4 Wochen eine freie Nacht zu gewähren. Dem Wunsche der Anwohner in der Stralburger Straße soll durch Baumpflanzungen Rechnung getragen werden.

Fürs Gefinde „gut genug“!

Der „Gefinde-Velohnungs- und Unterstützungsfonds“, den die Stadt Berlin als eine sogenannte Wohlfahrts-einrichtung für die Dienstmädchen bis auf den heutigen Tag konserviert hat, ist von uns oft besprochen worden. Er ist mit seinem fast mittelalterlich anmutenden Statut eine passende Ergänzung zu der Sonderstellung, die den Dienstmädchen durch die Gefindeordnung angewiesen worden ist, aber der Berliner Stadtreisinn hält an diesem Ueberbleibsel aus vormärzlicher Zeit fest und will daran nicht rütteln lassen.

Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht über die Verwaltung des Fonds im Jahre 1909 ersehen wir, daß seine Leistungen wieder noch geringer als in den vorhergehenden Jahren geworden sind. Nur solche Dienstmädchen, die durch langjährigen Dienst in Berlin und durch ganz besondere „Treue“ sich würdig einer „Belohnung“ gezeigt haben, können aus dem Fonds unterstützt werden, wenn sie alt und krank und dadurch erwerbs-unfähig geworden sind. Die „Wohltaten“, die der Fonds zu spenden hat, bestehen in Ueberweisung an das Gefindehospital oder in Unterstützung nur mit barem Gelde. Die Ueberweisung an das Hospital ist schon seit einer Reihe von Jahren immer seltener geworden, immer unvollständiger wurden die frei werdenden Stellen neu besetzt, und auch im Jahre 1909 hat die Zahl der Hospitalinsassen sich weiter verringert. Am 31. März 1910 waren nur noch 81 Hospitalinsassen in der Anstalt, während 5 Jahre vorher, am 31. März 1905, noch 98 Insassen gezählt wurden. Ebenso ist auch die Zahl der Personen, die mit barem Gelde unterstützt werden, in andauerndem Rückgang begriffen. Am 31. März 1910 waren es nur noch 147, am 31. März 1905 waren es noch 209 gewesen. In demselben Jahresanf hat der jährliche Gesamtbetrag der Unterstützungen in bar sich bedeutend verringert, von 18 231 M. in 1904 auf nur noch 13 195 M. in 1909. Die Vorunterstützungen und die Hospitalunterhaltung sind die beiden wichtigsten und größten Ausgabenposten des Fonds. Die Hospitalunterhaltung erforderte im letzten Jahre 26 235 M., vor fünf Jahren 28 251 M., jedoch hier keine nennenswerte Veränderung eingetreten ist.

Die Mittel des Fonds fließen hauptsächlich aus zwei Quellen, aus dem Zinsvertrage seines Kapitalvermögens und aus den Beiträgen der Dienstmädchen. In 1909 lieferte der Zinsvertrag 20 961 M. und die Dienstmädchenbeiträge 19 080 M., in 1904 beliefen sich die Zinsen auf 20 295 M., aber die Dienstmädchenbeiträge noch auf 25 380 M. Die Dienstmädchen müssen, wie bekannt, bei jedem Dienstantritt 50 Pfennig zahlen. Wofür ihnen das Geld abgenommen wird, das wissen sie selber nicht. Nicht mit Unrecht lassen sie diese 50 Pfennig-Steuer als eine Art Strafe auf, durch die ihnen die „Veränderungs- und“ abgezogen werden soll, die ihnen aber auch dann auferlegt wird, wenn sie von ihrer „Herrlichkeit“ durch unerträgliche Behandlung dazu getrieben werden, die Stelle zu wechseln. Der Rückgang der Einnahmen aus Dienstmädchenbeiträgen erklärt sich daraus, daß in Berlin die Zahl der Dienstmädchen überhaupt geringer geworden ist und somit auch die Stellenwechsel sich vermindert haben. Dazu kommt, daß viele Dienstmädchen sich der Beitragszahlung möglichst zu entziehen suchen, so daß die Zahlung oft erst nach langer Verzögerung zu erreichen ist, wenn sie nicht überhaupt verweigert wird. Die Zahl der Beitragsdelinquenten hatte sich im letzten Jahresanf ziemlich unverändert um 6000 herum gehalten, in 1909 aber ist sie plötzlich auf 9586 emporgesprungen.

Wer will es den Dienstmädchen verdenken, daß sie sich nicht für eine „Wohlfahrts-einrichtung“ begeistern, die ihnen Beiträge abfordert und sie eventuell eintreibt, aber ihnen keinen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung gewährt! Die Dienstmädchen sind gegenüber dem „Gefinde-Velohnungs- und Unterstützungsfonds“ tatsächlich trotz aller Vertragspflicht völlig rechtlos. Er gibt, was er etwa gewährt, nur aus Gnade, nur als „Belohnung“. Eine „Wohlfahrts-einrichtung“ von geradezu skandalöser Ungerechtigkeit! Aber dem Stadtreisinn gilt sie als immer noch „gut genug“ fürs Gefinde.

Der Gasverbrauch in Berlin ist in dauernder Zunahme begriffen. Die städtischen Gaswerke gaben im 2. Quartal dieses Jahres allein 43 1/2 Millionen Kubikmeter Gas ab, davon 4 Millionen Kubikmeter durch 45 814 Ringgasmesser (Automaten). Die Gaserzeugung der städtischen Gaswerke betrug 52 1/2 Millionen Kubikmeter. An öffentlichen Gasflammen waren 87 696 vorhanden, ferner noch 90 Petroleumlampen, 21 Spiritusglühlampen und 1110 elektrische.

Die Bestrebungen der städtischen Parkverwaltung, das Straßenbild durch Baum- und Schmuckanlagen freundlicher zu gestalten, finden nicht allseits das rechte Verständnis. So beschwert sich ein Mieter eines Hauses über eine nur ganz geringe Verdunkelung seiner im Hinterre gelegenen Wohnräume durch einen vor dem Fenster stehenden Baum, während ein zwei Stock über ihm wohnender anderer Mieter gar nicht oft genug den schönen Ausblick über die Baumkronen weg räumen kann. Wieder andere sind ungelassen über die Länge der das Straßenbild so sehr belebenden Rasenstreifen, von denen ein großer Teil der Mittelpromenaden eingefahrt ist. Der kurze Umweg, den sie machen müssen, um die gegenüberliegende Straßenseite zu gewinnen, bedrückt sie so, daß sie in dem unschuldigen Rasenstreifen ein gefährliches Verkehrshindernis erblicken und dessen häufigere Durchquerung von Wegen fordern. Sie vergessen hierbei ganz, daß die Anlagen noch künstlerischen Prinzipien geschaffen sind und bei der geringsten Veränderung ihre bis dahin freudig anerkannte Wirkung unbedingt verlieren würden. Es ist vielen Bürgern nicht klar, daß die ihnen durch die Verpflanzung der Straßen gebotenen Vorteile aus kleineren Nachteilen mit sich bringen, die sich nicht ganz beseitigen lassen und die mit Wohlwollen seitens der etwa benachteiligten Mißbürger beurteilt und ertragen sein wollen.

Von einer einfürgenden Mauer begraben. Durch die Meldung „Menschenleben in Gefahr!“ wurde gestern nachmittags gegen 4 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Rudolfsstr. 17 im Osten der Stadt gerufen. Auf dem städtischen Grundstück war dort eine Wöschungsmauer, die das etwa 3 Meter tiefer gelegene Bahngelände am Bahnhofs-Warshauerstraße abtrennt, teilweise eingestürzt und hatte einen Arbeiter unter sich begraben. Die Mauer hatte im Laufe der Zeit mehrere schadhafte Stellen erhalten und sollte daher von dem Maurer August Bauer aus der Friedrichsberger Straße 27 gestern repariert werden. Bei dieser Arbeit schaufelte der Mann unten an der Mauer das Erdreich fort, ohne zu bedenken, daß das Mauerwerk hierdurch den Halt verlor. Plötzlich neigte sich die Mauer zur Seite und die Arbeiter stürzten konnte, wurde er von den einfürgenden Mauerresten zu Boden geschleudert und vollständig begraben. Die Feuerwehr hatte bald zehn Minuten zu tun, um den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. In bewußtlosem Zustande wurde der Verunglückte sofort nach der nahen Unfallstation in der Warshauer

Stroße geschloffen, doch konnte der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche kam später nach dem Schauhause. Bauer stand im 45. Lebensjahre und war unverheiratet. Die Unfallsstelle wurde polizeilich gesperrt.

Die vergebliche Kundin. Mit einem raffinierten Manöver operierte eine dreifache Schwindlerin in den südöstlichen Stadtteilen. So erschien sie beispielsweise in der Wädereifiliale Leinestr. 8 und gab an, sie sei seiden zugezogen und wolle Frühstück bestellen. Sie brauche jeden Morgen für 50 Pf. Gebäck. Wüßlich machte sie die Entdeckung, daß sie ihr Portemonnaie vergessen habe. Sie wollte nun noch etwas einkaufen und brauchte 14 M. hierzu. Die Gaunerin überredete auch die Verkäuferin, ihr das Geld auszuhändigen. Auf ihren Wunsch wurde ihr dann ein junges Mädchen aus dem Geschäft mitgegeben und dieses schickte sie unterwegs mit dem Bemerkten in den Laden zurück, sie habe dort ihre Schlüssel liegen gelassen. Als dann das Mädchen nach vergeblichem Suchen wieder zurückkehrte, war die Schwindlerin, die gar nicht in dem bezeichneten Hause wohnte, verschwunden.

Ein gefährlicher Heiratschwindler ist durch die Köpenicker Polizei unschädlich gemacht worden. Es handelt sich um den seit langer Zeit vergeblich gesuchten Techniker Kräger, der in Berlin sowie in den östlichen Vororten eine ganze Reihe von Heiratschwindelereien verübt hat. Er betörte heiratslustige junge Mädchen und nahm ihnen unter dem Versprechen, sie zu heiraten, größere Geldsummen ab. Auch andere Schwindelereien verübte er, jedoch sein Strafkonto ein recht stattliches sein wird.

Durch eine heftige Detonation wurden gestern früh gegen 8 Uhr die Bewohner des Hauses Alt-Moabit 84/86 aufgeschreckt. Die Ursache war eine Kesselexplosion an der Warmwasserheizung im Kellergeschoss. Durch den gewaltigen Druck wurde eine Kesselwand vollständig eingedrückt, während im Erdgeschoss über dem Heizungskeller zahlreiche Fenster scheibeln in Zimmern gingen. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Der Leutnant und der Fleischerlehrling. Anfang dieses Jahres fühlte sich der Leutnant von Kallenberg-Stachau vom Alexander-Garde-Regiment Nr. 1 durch das harmlose Lachen einiger Schüler der Fach- und Fortbildungsschule der Berliner Fleischerinnung in Ausübung des Dienstes, das heißt Überwachung des Fleischempfanges für die Garnison Berlin auf dem südlichen Schladhof, gehindert und ließ den Fleischerlehrling Adolf Kühne durch zwei Grenadiere zur Polizeiwache transportieren. Die Staatsanwaltschaft verfolgte die Sache, hatte aber beim Gericht kein Glück. Das Gericht sprach den Schüler frei, auch die zweite Kreisstrafkammer, vor der die Sache in zweiter Instanz verhandelt wurde, kam zu einem freisprechenden Urteil. Dieses Urteil hat nun Rechtskraft erlangt. Von dem Recht, Revision gegen das zweite freisprechende Erkenntnis der Strafkammer einzulegen und die Sache noch der Rechtsprechung des Kammergerichts zu unterbreiten, hat, wie die „Allgemeine Fleischer-Ztg.“ mitteilt, sowohl die Oberstaatsanwaltschaft wie auch die Militärbehörde Abstand genommen. Aus dem Verzicht auf Einlegung der Revision darf man wohl schließen, daß auch die Militärbehörde auf der Überzeugung gelangt ist, daß die Sittierung des Lehrlings auf Befehl des Leutnants von Kallenberg-Stachau zu Unrecht erfolgt ist. Von Interesse wird es nun sein, welchen Erfolg die Beschwerde haben wird, die über das Verfahren des Offiziers beim Kriegsminister eingereicht worden ist.

Ein Unfall ereignete sich gestern in der Markgrafenstraße 82. Dort waren Warmwasserarbeiter damit beschäftigt, an der Vorderfront des Hauses Warmwasserleitungen anzubringen. Wüßlich rutschten die Arbeiter, von denen aus die Arbeit ausgeführt wurde, und eine Platte fiel von der ersten Etage herunter. Dabei wurde einem Arbeiter von der schweren Last die linke Hand durchgeschlagen; auch schwere innere Verletzungen hat der Mann davongetragen. Verwundungslos wurde er nach der Unfallstation gebracht. Die Polizei erschien bald nach dem Unfall und inhibierte das Weiterarbeiten.

Beim Streit um die Deute verraten. Auf originelle Weise haben sich zwei gewerkschaftliche Fernsprechdrahtarbeiter der Polizei in die Hände geliefert. Die beiden „Gelegenheitsarbeiter“ Mühlbach und Weinhardt hatten die Drahtbühnen in der Umgebung Berlins gewerkschaftlich betrieben. Sie pflegten die Deute bei einem Produzentenhändler in der Köpenicker Straße zu „verschärfen“. Gestern gerieten sie wegen eines Erdisches bei der Teilung in Streit und sie machten in einem Lokal einen solchen Skandal, daß ein Kriminalbeamter aufmerksam wurde und die beiden verhaftete.

Dem gehört das Palet? Dienstagabend gegen 6 Uhr fuhr ein Radfahrer, der Kleidung nach ein Arbeiter, die Straße Alt-Vorhagen in raschem Tempo hinunter. Vom Rade löste sich ein Palet los. Die Juriste hörte der Radfahrer nicht. Das Palet nahm ein Arbeiter an sich. Es enthielt zwei kleinere mit Tabletten angefüllte und mit Kleiplomben versehene Palette. Wahrscheinlich dienen die Tabletten dem medizinischen Gebrauch. Für einen Arbeiter dürfte es einen ziemlich Wert repräsentieren. Der Finder möchte dem Verlierer das Palet wieder zuflecken, da dieser den Wert ebenfalls erlegen muß. Der Verlierer kann sich abends zwischen 7 und 8 Uhr bei Otto Friß, Berlin O. 112, Besterstraße 34, vorn 4 Treppen, melden.

Vorort-Nachrichten.

Bichtenberg.

Seht die Wählerlisten ein!

Wer sich bis jetzt noch nicht vergewissert hat, daß sein Name in der Wählerliste steht, benutze noch heute die Gelegenheit, Einsicht in die Liste zu nehmen. Nur noch heute liegen dieselben im Rathaus an und zwar von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Außerdem sind die mit Plakaten belegten Handlungen bereit, die Einsichtnahme vorzunehmen.

Schöneberg.

Der Bildungsausschuß veranstaltet einen Kursus von sechs Vorträgen über „Einführung in die moderne Gesellschaftslehre“. Vortragender ist Genosse Julian Vorchardt. Der erste Vortrag findet am 21. Oktober statt, die folgenden an den fünf folgenden Freitagen in jeder Woche. Die Teilnehmerkarte für alle sechs Vorträge kostet 50 Pf. Die Parteigenossen erhalten dieselbe bei den Abteilungsleitern und in der Expedition.

Rixdorf.

Sonnabend, den 1. Oktober, findet im Saale der Brauerei Hoppoldt — Eingang Gräfenstraße — ein Konzert des vollbesetzten Bläserorchesters unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Stranzel und unter Mitwirkung hervorragender Klavier- und Violinsolisten statt. Anfang präzis 8 1/2 Uhr abends. Nachher Tanz. Eintrittskarten sind noch in der Parteipublikation in der Redaktionskabine zu haben. — Der zweite Vortragabend des Genossen Graf über das Thema: „Vom Urtier zum Menschen“ wird am Montag, den 3. Oktober, bei Hoppe gehalten. Karten sind vorn im Lokal erhältlich. Der Bildungsausschuß.

Wohndorf.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des Vorstandes, auf Trennung der Abhandlung von den Mitgliederversammlungen. Der Vorsitzende Genosse Müller betonte hierzu, daß der bestehende Zustand nur ein provisorischer sei. Der witzige Jock des Abends sowohl wie der Mitgliederversammlung werde jetzt nicht erreicht. Die Genossen Krusch, Salzmann, Wahlang, Schiffe und Mohr sprachen sich aus praktischen Gründen gegen den Antrag aus. Für den Antrag des Vorstandes traten die Genossen Kimmich, Lütgers, Pfeiffer und Urbanski ein. Der Antrag wurde schließlich gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt. Den ehemaligen Revisoren stellte die Ver-

sammlung einmütig ein Vertrauensvotum aus, und auf Vorschlag des Vorstandes wurden die Genossen Wollschläger, Langer und Dörner einstimmig wiedergewählt. Genosse Schiffe teilte alsdann mit, daß der Bezirksausschuß die Berufung der Gemeindevertretung Wohndorf gegen das Urteil des Kreiswahlausschusses, das dahin ging, die Wahl unseres Genossen Schiffe, der Mitglied des Ausschusses der Baugenossenschaft „Paradies“, ist, für gültig zu erklären, zurückgewiesen habe. Die Ablehnung sei jedoch nur erfolgt, weil eine mündliche Verhandlung der Parteien festgesetzt war, die Gemeindevertretung Wohndorf aber eine Begründung ihrer Berufung nicht beigebracht hatte. Das Urteil wurde deshalb in einer nichtmündlichen Verhandlung gefällt. Der Wert des Streitobjekts wurde auf 1000 M. festgesetzt. Die Gemeindevertretung erklärte jedoch, sie wolle die Angelegenheit bis zur höchsten Instanz durchführen. Man darf also wohl damit rechnen, daß die Gemeindevertretung gegen diesen Bescheid Berufung einlegen wird. Es ist bezeichnend für unsere Zustände auf kommunalem Gebiete, daß solche offensichtlich Verschleppungsmanöver überhaupt stattfinden können. Uns können allerdings solche trampfahnen Anstrengungen, die einer puren Angst vor dem Einbringen der Sozialdemokratie ins Dorfparlament entspringen, nur Vergnügen bereiten. Wir werden nicht verfehlen, das arbeiterfeindliche Verhalten der Interessentpolitiker von Wohndorf zur gegebenen Zeit der Einwohnererschaft ins Gedächtnis zu rufen.

Wahldorf a. d. Ostbahn.

Ueber den internationalen Kongreß referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Sabbath-Verlin. In der Diskussion hierüber bemängelte Genosse Dertel die große Zahl der zum Kongreß entsandten Delegierten. Des weiteren rühmte er die französischen Antimilitaristen. Genosse Kämring entgegnete ihm, daß die deutschen Vertreter nicht weniger militärfeindliche Bestimmungen bekundeten wie die Franzosen. Wenn die Kundgebungen gegen den Militarismus in Deutschland nicht so laut zum Ausdruck kämen wie in Frankreich, so liegt das sicher in den völlig verschiedenen politischen Verhältnissen der beiden Länder. Sodann erstattete Genossin Buchmann Bericht von der Verbandsgeneralsammlung. Es entspann sich eine rege Debatte über die Beitragserhöhung. Sämtliche Redner erklärten sich für die Beitragserhöhung und gegen das „Sammelkassen“- und „Vorkasse“-System. Die Versammlung stimmte gegen nur eine Stimme für eine monatliche Erhöhung des Beitrages von 30 auf 40 Pf. An Stelle des mit Expeditionen belasteten Genossen Scheide wurde der Genosse Finster als Gruppenführer von der Versammlung bestätigt. Genosse Kämring gab dann noch bekannt, daß am 8. Oktober im „Heidelweg“, Wahldorf-Süd, eine öffentliche Versammlung, am 15. Oktober im Linkeischen Lokale ein Reuter-Abend stattfinden. Zum Schluß verwies er auf einen in diesem Winter stattfindenden Fortzugszug, dessen genaue Zeitangabe und Art des Themas in einer späteren Versammlung bekannt gegeben wird. Sodann erfolgte der Schluß der Versammlung.

Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins referierte Genosse Stoermer über: „Arbeiterkraft und Bildungsfragen“. In überzeugender Weise führte er den Anwesenden die Notwendigkeit der Aneignung möglichst umfassender Bildung vor Augen. Erwinnend an Wilhelm Liebknechts Wort: „Wissen ist Macht — Macht ist Wissen“ feuerte er die Zuhörer an, für Ausbreitung und Mitwirkung in der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation rege tätig zu sein. — Unter Parteilanglegenheiten erfolgte eine Aussprache über die in Groß-Berlin vorzunehmende Beitragserhöhung. Die Versammlung erklärte sich schließlich in der Abstimmung für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. unter der Bedingung, daß die Sammelkassen zum Parteitag und die Parteibüros in Zukunft in Wegfall kommen.

Spandau.

Des Rätsels Lösung. Als feinerzeit der Bau der Wald-erholungsstätte auf seinem jetzigen Platz in der Adelslandstraße in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung stand, operierte man, um die Vorlage durchzubrüden, damit, daß ja nur die allgemeine Ortskranken- und die Ortskranken- und die Tischler sowie die Ortskranken- und die Handwerker Gegner des Platzes seien, dagegen hätten sich sämtliche Krankenkassen der königlichen Institute mit diesem Platz einverstanden erklärt. Nachdem nun die Erholungsstätte fertig war, wunderte man sich allgemein, daß die Krankenkassen der königlichen Institute keine Kranken dorthin sandten. Jetzt erfährt man des Rätsels Lösung. Auf eine Anfrage des Magistrats an die Direktion der Staatswerftstätten bezüglich der Beschickung der Erholungsstätte, traten die Vorstände der Krankenkassen der Staatswerftstätten zu einer Beratung zusammen und lehnten einstimmig die Beschickung ab, weil der Platz ungeeignet sei und weil es für die Kranken dort kein warmes Mittagessen geben sollte. Der Magistrat erklärte sich darauf bereit, warmes Mittagessen zu liefern, verschwie aber, daß die Lieferung des Essens einer Privatperson auf eigenes Risiko übertragen war. Bei einer nochmaligen Beratung lehnte jedoch die Mehrzahl der staatlichen Krankenkassen bis auf zwei eine Beschickung wegen des ungeeigneten Platzes wieder ab. Wenn man bei dieser Beratung gewußt hätte, daß die Essenslieferung einer Privatperson übertragen war, hätte man zweifellos einstimmig abgelehnt. Die einzigen Kassen, welche, nur um das Bedürfnis nachzuweisen, die Erholungsstätte beschickt haben, sind gerade diejenigen, welche zuerst den Platz für ungeeignet gehalten haben. Es steht nun die Frage offen, haben sich die Kassen der Staatswerftstätten wirklich erst für den Platz und jetzt dagegen erklärt, oder hat der Magistrat, um die Vorlage durchzubrüden, etwas stark aufgetragen? Soviel steht wohl mit Sicherheit fest, bleibt die Wald-erholungsstätte auf dem jetzigen Platz, so ist es ein todesborenes Kind. Schade dann um die Kosten, die dafür aufgewendet sind. Wird die Erholungsstätte aber nach einem anderen Platz verlegt, dann waren die Kosten doppelt. Das ist ja nun allerdings in Spandau nichts Neues, daß etwas verkehrt oder doppelt gemacht wird.

Oranienburg.

Stadtverordnetenversammlung. In den Ausschüß für den Arbeitsnachweis hatte die Vorschlagskommission den Fabrikdirektor Unverzagt als Arbeitgeber und den Maurerpolier Sühbier als Arbeitnehmer vorgeschlagen. Unsere Genossen schlagen als Arbeitnehmer den Arbeiter Dermann zum Vor. Gewählt wurden Unverzagt und Sühbier. Der Ausschüß besteht nunmehr aus dem Werbereisender Pohlmann und Fabrikdirektor Unverzagt als Arbeitgeber, Sühbier und Wolf als Arbeitnehmer. Da das jetzige Siedehaus kaum noch ausreicht, schlägt der Magistrat vor, die beiden Nachbarparzellen Rölke und Boge für den Preis von 3000 und 4000 M. anzukaufen. Die Versammlung stimmte dem Ankauf zu. Der städtische Friedhof muß erweitert werden. Das zu diesem Zweck feinerzeit käuflich erworbene Land bedarf jedoch vor Ingebrauchnahme des hohen Wasserlandes wegen der Aufschüttung. Der notwendige Boden ist auf 10 000 Kubikmeter berechnet. Es werden durchschnittlich 70 Pf. pro Kubikmeter gefordert, sodas eine Ausgabe von rund 700 000 M. entsteht. Da der Boden aus dem ausgehaggerten Kanal entnommen wird, bemängelte Genosse Köhrich die Höhe des Preises. Nach Klarstellung durch Bürgermeistersstellvertreter Niedlde genehmigte die Versammlung die Vorlage. Bei dieser Gelegenheit konnte sich der Stadt. Neumann nicht enthalten, die nach seiner Ansicht unhaltbaren Zustände auf dem Friedhof einer Kritik zu unterziehen. Herr Neumann empfindet es als eine Belästigung, daß bei Leichenbegängnissen außer den Leidtragenden auch noch andere Personen Zutritt erhalten. Jedenfalls haben die Richtleittragenden nicht immer ein hochzeitliches Kleid an, und das scheint den Herrn zu stören. Bei anderen Anlässen jedoch werden die Stottern nicht ungenügend gesehen. Herr Neumann fordert deshalb eine Polizeiverordnung, die diesem Uebel steuern soll. Genosse Schumann wollte sich gegen diese Forderung wenden, doch ließ der Vorsteher eine Diskussion dieser Angelegenheit nicht zu. Jedenfalls wird dem Herrn in der nächsten Sitzung die Antwort gegeben. Die Beleuchtungskommission beantragte umfangreiche Er-

weiterungen beziehungsweise Verbesserungen der Straßenbeleuchtung. Unter anderem sollen die Laternen an Sonn- und Feiertagen bis 12 Uhr nachts brennen, bisher wurden dieselben um 11 1/2 Uhr aus-gebläht. Bei dieser Gelegenheit hat Genosse Schumann, die Königsgräber Straße zu beleuchten. Und da aus Anlaß der Pflasterung der Schützenstraße eine Anzahl von Lichtmasten beseitigt werden müssen, die Laternen in der Mitte des Fahrdammes anzubringen. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip damit einverstanden. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage angenommen; die laufenden Mehrausgaben betragen 2000 Mark annähernd, ebensoviel die einmaligen Kosten. Desgleichen wurde dem neuen Vertrag mit dem Elektrizitätswerk wegen Unterhaltung der Leucht-lampen zugestimmt. Zum Schluß wurde nach längerer Debatte beschlossen, die neue Laternensteuer den Papierinshabern aufzuerlegen. Eine Petition mit über 1000 Unterschriften, welche eine fahrbare Brücke über die Havel im Zuge der jetzigen Fußgängerbrücke fordert, wurde dem Magistrat überreicht. Einen ehrenden Nachruf widmet der Vorsteher dem jetzt verstorbenen früheren Stadtrat und Laternenhausinspektor Trendler. Hierauf geheime Sitzung.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin Abt. XVI. Sonntag, den 2. Oktober cr. Reichspartei nach Buch-Derman. Treffpunkt: Alexanderplatz 7 Uhr (Berolina). Fahrgeld 50 Pf. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 53. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Lasse und die Budgetfrage. — Der Parteitag von Magdeburg. Von Rudolf Hilferding. — Zum Verständnis der Marx'schen Forschungsmethode. Von Heinrich Cunow. — Rüstungswahnig Jahre Unfallsversicherungs-gesetz. Von G. Vint. — Die Lage der Hilfsarbeiter im Versicherungswesen, Abzahlung- und Automaatengewerbe. Von Wilhelm Kimmich. — Literarische Rundschau: Brit Valentin, Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/49. Von Herrn Wendel. Kautskas, Jahrbuch für Deutschlands Seeressourcen. Von Hader. Elisabeth Luzzatto, Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848. Von G. Vint. Prof. Baldemar Ritscherich, Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf den ökonomischen Nationalitätenkampf. Von Hader. M. Anshinjan, Die elektrotechnische Umwälzung. Von J. Karal. Maxime Guillaume, Mos Cahiers rouges au temps de la Commune. Von Hermann Wendel. — Zeitschriftenkunde. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Volksanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestummern liegen jederzeit zur Verfügung. Goethe-Kalender, begründet von Otto Julius Bierbaum auf das Jahr 1911, herausgegeben von Karl Schödelkopf, Kart. 1.50 M., Lugausgabe geb. 4 M. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung Theodor Weicher. Der Sohn, Roman aus dem Lande der Kulturbarbaren. Von H. H. G. Preis 4 M. Verlag von Otto Dreher, Berlin.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkundsche Ruder Lindenstraße Nr. 69, vorn hier Treppen — A. d. R. 1. — wochentlich am 4. bis 7. Uhr abends, Sonnabends von 4. bis 6. Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Quark und eine Jodel als Versicherung zu bringen. Erfolgreiche Anträge werden nicht erollt. Alles Anzagen erage man in der Ehrenkundsche vor. N. G. 6. 1. Ja, die Kinder haben Ausdruck auf den Pflichten. 2. Es mag, wenn die Kinder den Pflichten jorden, Leistung erfolgen. 3. Rein, wenn sich die Ehrentage nachweisen läßt. — Albert Vogt, Koblentz. Berichten Sie die Betriebskostenanfrage bei dem Brandrat. — Koblentz. Dagegen läßt sich nichts tun. — W. 1911. 1. Ja. 2. Ja, sofern Ihre Mann mehr als 125 M. monatlich verdient. 3. In Höhe des 125 M. monatlich übersteigenden Betrages. 4. Binnen 14 Tagen nach Aufstellung kann Einspruch eingelegt werden. 5. Nach Ihrer Sachdarstellung ist aber der Einspruch ausgeschlossen. — R. 2. 33. Für 14 Tage. — G. 11. 10 M. pro Doppelzimmer. — D. R. 1. Ja. 2. Bis 12 Uhr nachts. — R. 2. 128. Die Wirtin ist an den Administratoren zu zahlen. Von diesem ist auch Erfüllung der Bedingungen, für den Belegungsfall im Klagenzweck zu fordern. — R. C. 55. Das Wort nicht, wohl aber Einrichtungen, die mit diesem Wort bezeichnet werden. — Ingezeiler, Nordern. Sie unter Setzung einer Frist Beilegung und klagen Sie für den Belegungsfall. — P. V. Dresden. A. Erklären Sie unter Vorlegung des Buches und von Personalpapieren um Kündigung. In der Regel wird ein derartiger Betrag ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ausbezahlt. — G. 2. 6. 1. Einmaligen Millionen. 2. Ja. — M. 2. 81. 1890. — Jannschke, Melchiorstraße. Die Herrschaft ist verpflichtet, bis zur Dauer von sechs Wochen die Kur- und Belegungsstellen — also auch die Kosten für Medikamente — zu tragen. Daran ändert auch die Kündigung nichts. — A. Die. 1. Rein, falls Sie Kenntnis von dem Vorliegen des Abhandlungsvertrages haben. 2. und 3. Ja, sofern Sie bei Erwerb des Abandes diese Kenntnis hatten. — W. 25. 1. Nach Zufindung der Rechnung erheben Sie Erinnerung unter Vorlegung des Sachverhalts. 2. Soweit Sie laufend mehr als 28.85 M. in der Woche verdienen. — G. 2. 14. 1. Ja. 2. Die Möbel der Frau hatten nicht. Die Frage läßt sich nur dann beantworten, wenn wir die Größe der Familie des Schuldners und die Höhe seines Verdienstes kennen. — M. 2. 10. 1. Rein. 2. Die Frau muß ihren Anwalt bezahlen, falls der Mann zahlungsunfähig ist. 3. und 4. Der Mann hat Anspruch auf Herausgabe, solange das Prozeß- oder Vormundschaftsgericht nichts anderes angeordnet hat. 5. Wegen des Kindes ist das zweifelhaft. — G. 2. 9. Erklären Sie die Berufsgenossenschaft um endlichen Bescheid. — P. D. Einstraße. Rein.

Amstlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttage: Freitag. Zufuhr: Karf, Gehalt ruhig, Preise für Hammel- und Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Bild: Zufuhr etwas reichlicher, Gehalt schwebend, Preise bescheiden. Seifeln: Zufuhr sehr reichlich, Gehalt in Säulen nicht rege genug, Preise hoch, in Säulen gedrückt. Rühler: Zufuhr etwas reichlicher, Gehalt rege, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemälte, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Gehalt wenig befriedigend, Preise fast unverändert.

Witterungsbericht vom 29. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Emmenda	765.5	SE	2	13	Caparanda	753.5	SE	1	6
Quedlinburg	764.5	SE	3	13	Hetersburg	783.5	SE	1	6
Berlin	766.5	SE	1	13	Schlitz	789.5	SE	1	6
Frankfurt a. M.	765.5	SE	1	13	Bertram	766.5	SE	1	6
München	767.5	SE	1	13	Wetzlar	782.5	SE	1	6
Wien	767.5	SE	1	13					

Wetterprognose für Freitag, den 30. September 1910. Kühl und zeitweise heiter, vielwolkeig, bei schwachen südlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 9.	am 27. 9.	Wasserstand	am 28. 9.	am 27. 9.
Remel, Müst	122	-2	Saals, Gredau	116	-4
Regel, Unterburg	24	-0	Dabiel, Spandau	82	0
Reichel, Törn	66	-4	Nathensom	97	0
Ober, Rathor	259	-37	Spres, Spremberg	110	0
Krossen	254	+1	Weser, Wenden	-9	-2
Frankfurt	259	-10	Weser, Wenden	31	-7
Barthe, Ertum	88	-4	Rhein, Maximilianbau	496	-8
Landberg	8	-2	Rhein, Knie	275	-7
Rege, Vordamm	-10	-5	Rhein, Knie	284	-10
Idbe, Leitmeritz	148	-23	Redar, Peilbrom	74	-1
Dresden	50	-28	Wain, Wertheim	151	-7
Darbo	315	+21	Wojel, Trier	56	-6
Magdeburg	256	+20			

*) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpost. *) bis zum 29. um 5 Uhr morgens noch geliegt, um 7 Uhr morgens: 314 cm, fallend.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 30. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Der Freischütz.
Königl. Schauspielhaus, Die neue Sonne.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus, Anf. 7 1/2 Uhr.
Kameraspiele, Singson und Dellen.
Leitung, Kantate der Herr.
Romische Oper, Tosca.
Berliner, Raffaniamädel.
Neues, Die goldene Ritterzeit.
Neues Schauspielhaus, Tartuff.
Herr v. Bourreeaugnac.
Reizend, Noblesse oblige.
Kleines, Die verfluchte Frauenzimmer.
Thalia, Politische Wirtschaft.
Schiller u. Salmer, Theater.)
Die Kreuzschreiber.
Schiller, Charlottenburg, Die Braut von Messina.
Friedrich - Wilhelmstädtisches, Sletten, Klaba.
Berliner Volkssoper, Die Jüdin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen, Durchgegangene Weiber.
Reizend, Die schönste Frau.
Wieder, Die beste der Frauen.
Trianon, Raffaniamädel.
Neues Operetten, Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus, Der Feldherrnhügel.
Herrnfeld, Eine verlorene Nacht.
Der Verdächtige.
Kleine, Die gute Partie.
Polies Caprice, Der schwarze Schimmel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol, Kurra!!!
Kleines, Der schneidige Rudolf.
Reizend, Spezialitäten.
Wieder, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Wintergarten, Spezialitäten.
Karl Haverland, Spezialitäten.
Sandfouel, Au hat's geschnappt.
Spezialitäten.
Urania, Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwart, Beobacht. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.

Berliner Volkssoper
Welle-Allianz-Str. 7/8.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Jüdin.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Billner u. R. Bedantsky. Musik v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Heute abend 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Durchgegangene Weiber.

Volle mit Gesang u. Tanz v. H. Berlin, bearbeitet von Jacobson und Wilten.
Sonnabend 4 Uhr: Kinder-Oper:
Die Schwanenringsel. 8 U. Egmont.
Sonntag 3 Uhr: Othello. 8 Uhr:
Die schöne Ungarin. Montag: Rean.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2, 11 Uhr.
Die gute Partie.

Lustspiel in 3 Akten von H. Pippich.
Sonnabend nachmittag 4 Uhr: Hof-
sappchen. Abends 8 Uhr: Die gute
Partie.

Apollo Theater
Heute letzter Tag
des sensationellen Programms.
Morgen Sonnabend, den 1. Oktober:
Debüt
Rudolf Schildkraut.

Metropol-Theater.
Kurra!!!
Wir leben noch!!!

Große Lustspielrevue in 7 Bildern
v. H. Freund. Musik v. H. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Letzter Tag!
Das
Eröffnungs-Programm!

Der Gipfel der
Illustration Varietè-Kunst.
Sonntag, den 2. Oktober:
Wiederbeginn
der
Nachmittags-Vorstellungen.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
Im Hausloch.
Walt. Humor. v. Weyfel.

Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonnabends
7 Uhr.

Passage-Theater.
Das Eröffnungs- Progr.
der
Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
mit ihren neuen Schlagern
von **Walter Kollo.**
Collins 10 eng-
lisch-Backfische.
die
Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
und 12 Starsummern.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr
Vitaskop - Theater
Aguanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Hottbuscher Tor.
Heute 8 1/2 Uhr:
Bestes Auftreten
des brillanten
Varietè-Eröffnungs-Programms!
Dazu die Posse:
Au hat's geschnappt!
Von Oskar Saba.
Musik von **Paul Lincke.**
Morgen Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Ganz Reich-Ensemble.
Sonntag, den 2. Oktober 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello... Dir. Hans Reich.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss neu:
Im Hausloch.
Walt. Humor. v. Weyfel.

Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonnabends
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Salmer-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sensationsdram mit Gesang in 3 Akten
von L. Angenrader. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Neue Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Mis Hobbs.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Gründer Konzertsaal Berlin!
Vom 28. September bis 2. Oktober 1910 täglich:
Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien
mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochen-
tag 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Billets im
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz
60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Speditionen Zucht,
Immanuelkirchstraße 12, Hahnisch, Auguststraße 50 und Mann,
Petersburger Platz 3.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Gründer Vergnügungspark
des Kontinents.
Sonnabend, 1. Oktober:
Eintrittspreis 50 Pf. Eintrittspreis 50 Pf.
GROSSER POPULÄRER GALATAG.
MÜNCHNER OKTOBERFEST.
Festdekoration des Parks und des bayerischen Dorfes.
Konfettischlacht, Luftschlangen.
GROSSES BRILLANT- U. FRONTFEUERWERK.
Apotheose: **Niagara-Wasserfall.**
Herrlicher Magnesiumeffekt.
3 Kapellen 3. Programmänderungen vorbehalten.

Reederei Kahnt & Hertzner, Walsen-
Sonntag, 2. Oktober (auf diesseitiges Verlangen):
Dampfer-Extrafahrt m. Musik u. Sportsband
Ziegenhals, zum Schlachtfest und **Witzbüchsen.**
Abt. früh 10 Uhr. Fahrpreis bin u. zurück R. 0,75, im Vorverkauf R. 0,60,
bei Berda, Stralauer Brücke 5, und bei **Rörschel, Fontane-Prem. 18.**
H. Mörschel.

Passage-Theater.
Das Eröffnungs- Progr.
der
Winter-Saison!
Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
mit ihren neuen Schlagern
von **Walter Kollo.**
Collins 10 eng-
lisch-Backfische.
die
Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
und 12 Starsummern.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Hottbuscher Tor.
Heute 8 1/2 Uhr:
Bestes Auftreten
des brillanten
Varietè-Eröffnungs-Programms!
Dazu die Posse:
Au hat's geschnappt!
Von Oskar Saba.
Musik von **Paul Lincke.**
Morgen Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr
Vitaskop - Theater
Aguanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Ganz Reich-Ensemble.
Sonntag, den 2. Oktober 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello... Dir. Hans Reich.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 30. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Apachen zu Pferde
geritten von Fr. Dora Schumann
und Herrn Karl Hob.

**Bellona's wunderbar dreifache
Kakadus.**

Kreisel-Globus.
Neueste Kreation des Direktors
A. Schumann.

Mirano Brothers
und das mit kolossalem Beifall
aufgenommene

September-Programm.

**CIRCUS
Cyril Hané**
Nur noch 7 Tage!
Lichtenberg.
Freitag, 30. September,
abends 8 1/2 Uhr:
**Große
Clown- und Komiker-
Vorstellung.**
Fernruf:
Amt Licht. 806

**Herrnfeld
Theater**
Zeit 20 Jahren
der größte Erfolg!
Eine verlorene Nacht
Ein wichtiger Trauerspiel in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu: **Der Derby-Sieger.**
Sportsdramme von August Reibardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Lichtst.).

Volgt-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 30. September 1910:
**Der Kaufmann
von Venedig.**
Lustspiel von William Shakespeare.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothvinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Posse
Der schneidige Rudolf.
Kuhof Vimpelmann: Dir. H. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnab. 8 1/2 Uhr: **Der Hochmutstest.**

Königstadt-Kasino.
Goldmarkstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
Elsa Para, Walter Kilar, Geschwister
Hermann, Mstr. Adolph, Geschwister
Aletta, Jongleur.
Um 9 Uhr
das Zugstück: **Im Herbstmanöver.**

„Groß-Berlin“
Freitag: **Artus-Hof**
Berliner Str. 26, Stendaler Str. 19.
Wir lassen uns scheiden.
Käte u. Karl Reich i. d. Hauptrollen.
Vorher Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Sonnabend: **Vußmanns Theater.**

Zirkus Busch.
Freitag, den 30. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Debüt! Debüt!
Texas Cooper u. Nebraska Ditt
Kunstschützen mit Büchse und
Pistole, u. das gr. Programm.
Um 9 1/2 Uhr, um 11. Male:
„VENEZIA“
Original-Manegeschaustück.
Sonntag, 2. Okt.: **2 große Gala-**
Vorstellungen, 3 1/2 Uhr, 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorst.: **Venezia.**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., 6-8 Uhr ab
50 Pf., Sonntag 50 Pf. Dauerf. 6 Pf.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

**2000
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Konzert.**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Nur noch kurze Zeit

Hugo Römer mit neuen
Schlagern
Ab Sonnabend neue Spezialitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer hinter Teil.

Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Wegen Vorbereitung geschlossen.
Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere

Bravo! — Da capo!

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Zubeh.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnab. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechl. Progr.
Dienstag u. Freitag v. 4-6 1/2 Uhr
Kinovorstellung. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: **Käufersongert.**
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Moabit
Gesellschaftshaus
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich, einmal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanent Musterzimmer-Ausstellung. 35

Sie kaufen vorteilhaft
MÖBEL
auch auf
KREDIT
im Spezial-Geschäft von
**Wilhelm
MISCH**
Gr. Frankfurter Str. 45/46 i. u. II.

Möbel-Lechner
an Rosen- Brunnenstraße 7, an Rosen-
thaler Tor thaler Tor
Wohnungseinrichtungen auf Kredit
— Riesen-Auswahl. —
1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
2 Stuben und Küche v. M. 325.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an
Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Wochenraten nach Ueberreife. — Lieferung auch nach auswärt.
Vorseiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags geöffnet v. 8-10 u. 12-3 Uhr.

Arbeiter=
Bekleidung — Berufsbekleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt- Geschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 145. Rixdorf: Bergstr. 66.

„Silesia-Bad“
562* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter

bei Grande, Weinstraße 11.

Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand der Lohnbewegung.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenkaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Hoeker, Weberstraße 17:

Branchen-Versammlung der Einseher.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe des neuen Tarifs. 2. Einführung desselben und wie stellen sich die Kollegen zu den Firmen, die nicht bewilligt haben? 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

90/16

Die Branchenkommission.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Schmidt's Festsaal, Prinzessinallee 33:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Besuch bitten

Der Vorstand.

Maschinen, Heizer, Dynamo- und Batteriewärter, Abschmierer und Kohlenarbeiter der Zentralen und Unterstationen der S. E. W.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59:

Versammlung

der Maschinen, Heizer, Dynamo- und Batteriewärter, Abschmierer und Kohlenarbeiter aller Elektrizitätszentralen und Unterstationen der S. E. W.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion. Erscheinen sämtlicher Angehörten der Zentralen ist dringend notwendig.

144/20

S. V.: Schwittau.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Gewerkschaften! Achtung! Vereine!

Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Zivilberufsmusiker Deutschlands befindet sich jetzt im

„Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12,

Rest. Schilling. Tel.: Amt III, 2438.

5015*

Holzbildhauer!

Die zu heute, Freitagabend, angelegte Versammlung fällt aus

der stattfindenden Verhandlungen wegen.

Alles Nähere in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“. Die Kommission.

Leser dieses Blattes wissen, aus welchen Gründen

Elfe-Cigaretten

zu bevorzugen sind.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Wissen Sie eine feine Cigarette zu schätzen?

Dann verlangen Sie die Marke „Salem Aleikum“. Durch die Tatsache, daß sich Fabrikant und Händler bei dieser Cigarette mit einem äußerst bescheidenen Nutzen begnügen, wird dem Raucher ein edeles und bekömmliches Fabrikat zu einem sehr mäßigen Preis geboten.

Fabrik-Ausicht



Zu haben in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Preise:

Nr. 3 $\frac{1}{2}$ 4 5 6 8 10

3 $\frac{1}{2}$ 4 5 6 8 10 Pf. das Stück.

Orient. Tabak- und Cigarettenfabrik YENIDZE, Inh. Hugo Zietz, Dresden.



Greifenhagen

Brunnenstr. 17-18

Veteranenstr. 1-2

Nach erfolgter Neu-Einrichtung und Reorganisation der Läger

Wieder-Eröffnung

Heute
September
30
nachmittags
3 Uhr

Indem wir unserer verehrten Kundenschaft für das uns während unseres Uebernahme-Verkaufs bewiesene Wohlwollen danken, geben wir hiermit bekannt, dass wir eine vollständige Neu-Einrichtung und Reorganisation der Läger vorgenommen haben. Alle Abteilungen sind für die Herbst-Saison von A bis Z mit nur modernen, couranten Artikeln ausgestattet, und bieten wir von nun an sowohl in Qualitäten als in Auswahl **das denkbar Möglichste zu außerordentl. billigen Preisen**

Speziell machen wir auf die Rayons **Kleider-Stoffe, Seiden-Stoffe, Konfektion, Gardinen u. Teppiche, Leinen- und Baumwollwaren**

aufmerksam. Auf diese Abteilungen werden wir unser ganz besonderes Augenmerk richten und hierin stets ganz Hervorragendes leisten.

Auf alle Waren verabfolgen wir Norden-Marken.

Billige Eröffnungs-Angebote!

- | | | | |
|--|--------|---|--------|
| Moderne Kleiderstoffe „Perle“ doppelbr. in sämtl. neuen Farben . . . Meter | 1.65 | Elegante türkische Zierschürzen | 90 Pf. |
| Louisiana schöner Wäschestoff, Coupon à 10 Meter | 3.45 | Damen-Handschuhe mit 2 Druckk. in fein. Ausstattung | 48 Pf. |
| Hemdentuch Coupon à 5 Meter | 1.95 | Damen-Schirme Halbseide mit farbiger Kante | 2.90 |
| Reinseidene Messaline-Blusen ganz gefüttert, reich mit Spachtel-Arbeit | 5.90 | Elegante Stickerei-Untertailen | 95 Pf. |
| Weisse Spitzen-Blusen | 1.95 | Englisch garnierte Damenhüte grosse elegante Form, m. Samtband-Garnitur | 2.95 |
| Erstst.-Bettdecken mit Volant | 4.85 | Kameelhaar-Hausschuhe | 1.35 |
| Damen-Trikot-Röcke mit Kante | 1.95 | Leder-Hausschuhe farbig od. schwarz | 1.95 |
| Elegante Damengürtel Wert bis 8.00 | 95 Pf. | Dekorierete Wasser-Eimer | 85 Pf. |
| | | Glatte Emaille-Eimer | 48 Pf. |

Diese Artikel sind von ganz hervorragender Preiswürdigkeit.

Sehenswerte Schaufenster-Dekoration!

Gerichts-Zeitung.

Die Polizei gegen Streikende.

In letzter Zeit ist mehrmals vor Gericht erwähnt worden, daß Polizeileutnant Kupsch in mehreren Fällen, wo er beim Polizeipräsidenten die Bestrafung von streikenden Schmieden beantragte, um strengste Bestrafung ersuchte, weil es sich um Streikende handelte und diese dem Revier viel Scherereien verursachten.

Gestern stand wieder ein deraartiger Fall zur Verhandlung vor der 141. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Diesmal erschien Polizeileutnant Kupsch selber als Zeuge. Ueber sein Verhalten gegenüber den Streikenden gab er an: Schmiedemeister Popp in der Gitschiner Straße sei ein bekanntes Mitglied der christlich-sozialen Partei und Obermeister. Deshalb — so hätten ihm Streikende gesagt — sei es den Streikenden besonders darauf angekommen, Herrn Popp zur Bewilligung ihrer Forderungen zu zwingen, dann würden auch die Bewilligungen eines großen Teils der anderen Meister nachfolgen. Um Popp zur Bewilligung zu zwingen, hätten die Streikenden den Belagerungsstand über ihn verhängt. 30—40 Streikende hätten sich täglich vor dem Hause versammelt. Die Arbeitswilligen seien derart belästigt worden, daß sie in einer Droschke von und zur Arbeit hätten befördert werden müssen. Radfahrende Streikende hätten die Droschke begleitet und die Insassen verspottet. Als die Polizei beim Transport der Arbeitswilligen mittels Droschke einmal nicht Hilfe leisten konnte, habe Popp versucht, seine Gefellen in einem Kahn von der Hinterseite des Grundstücks über den Kanal zu setzen und am Sebanufer zu landen. Aber das sei von den Streikenden verhindert worden. Am 1. und 2. Juli seien Hunderte von Streikenden vom Sebanufer aus durch eine Wirtschaft auf den Hof des Schmiedemeisters Popp gedrungen, in der Absicht, die Schmiede zu demolieren, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden. Er, der Polizeileutnant, sei telefonisch gerufen worden. Er habe versucht, die Streikenden durch gütliches Zureden zum Fortgehen zu bewegen. Aber das habe nichts geholfen. Der Haufe sei immer größer geworden. Da habe er die einzelnen Rädelsführer herausgesucht und festnehmen lassen.

Alle Achtung vor dem guten Glauben des Polizeileutnants Kupsch. Aber welchen tatsächlichen Wert seine Schilderung hat, das zeigt wohl am besten der Umstand, daß die Leute, welche er als „Rädelsführer“ bezeichnet, keiner anderen Straftat beschuldigt werden können, als daß sie — auf der Granitbahn des Bürgersteiges standen. Mit den liebenswürdigen Umgangsformen, die Herr Kupsch vor Gericht zur Schau trug und die er auch den Streikenden gegenüber betätigt haben will, ist es nicht recht in Einklang zu bringen, daß er für die geringfügigsten Uebertretungen Streikender die strengste Bestrafung beantragte. — Eine Frage des Verteidigers, Dr. Oskar Cohn, nach dem Grunde dieser Anträge, lehnte der Gerichtsvorsitzende ab, obgleich der Polizeileutnant bereit war, sie zu beantworten.

Der im vorliegenden Falle Angeklagte, Schmied Duder, ist einer von denen, die sich in der Auffassung des Polizeileutnants Kupsch als „Rädelsführer“ darstellen, und deshalb, wegen Stehens auf der Granitbahn, mit einer Polizeistrafe von 30 M. belegt worden ist. Mit dem Angeklagten zugleich ist ein Mann festgenommen worden, der sich derselben Uebertretung schuldig gemacht hatte. Auf der Polizeiwache stellte sich heraus, daß dieser Mann in keiner

Beziehung zum Schmiedestreik stand. Gegen ihn ist keine Anzeige erstattet worden. Der Verteidiger schließt daraus, daß Polizeileutnant Kupsch eben nur die Streikenden habe treffen wollen. Das bestreitet Herr Kupsch. Er behauptet, diesen Mann deshalb nicht angezeigt zu haben, weil er ihn darum gebeten habe. So sei er auch Streikenden gegenüber verfahren, wenn sie vernünftig gewesen seien. Angezeigt habe er die Streikenden, welche sich ihm gegenüber darauf beriefen, daß sie organisierte Arbeiter seien, die ihr Recht besser kennen wie er.

Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung war die Herabsetzung der Strafe auf sechs Mark.

Eine andere, vor derselben Abteilung verhandelte Angeklagte richtete sich gegen den Schmied Blonski, der wegen angeblichen Stehens auf der Granitbahn vor der Schmiede von Zimmermann in der Karlstraße laut polizeilichem Strafbefehl 30 M. zahlen soll. Der Zeuge, Schutzmann Ost, behauptete zwar, daß er den Angeklagten nur wegen der angegebenen Uebertretung angezeigt habe, ohne Rücksicht darauf, daß er ein Streikender war. Aber aus den Antworten, die der Zeuge auf die Fragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Oskar Cohn, gab, ging doch hervor, daß der Angeklagte, wenn ihn der Schutzmann nicht für einen Streikposten gehalten hätte, wohl schwerlich forsgewiesen, fixiert und angezeigt worden wäre. Eine Frage des Verteidigers, ob der Schutzmann die dienstliche Anweisung bekommen habe, gegen Streikposten in jedem Falle die Strafenordnung anzuwenden, lehnte der Vorsitzende ab. Das Gericht setzte die Strafe auf vier Mark herab, wozu der Vorsitzende bemerkte, das Gericht habe keine Veranlassung, eine einfache Uebertretung an einem Streikenden härter zu bestrafen wie an anderen. Die von der Polizei festgesetzte Strafe sei viel zu hoch.

Die Ansicht des Polizeileutnants, er sei berechtigt, gegen jemand, der seiner Ansicht nach strafbar ist, von einem Strafverfahren abzusehen, ist mit dem Strafgesetzbuch unvereinbar. Dies bedroht solches Verhalten von Beamten mit Gefängnis. Wird der Polizeibeamte angeklagt werden?

„Juden als Armeelieferanten“.

Unter dieser geschmackvollen Ueberschrift veröffentlichte das in Hamburg erscheinende, in weitesten Kreisen unbekanntes Antisemitennorgan „Deutsche Soziale Blätter“ einen Artikel, in dem eine Liste von jüdischen Firmen aufgeführt ist, die vor zehn und mehr Jahren von Lieferungen für die Heeresverwaltung wegen verführter Bestechung und anderer Dinge ausgeschlossen worden sein sollen. Eine dieser Firmen ist schon 1901 eingegangen, während die Firma Gebrüder Weinberger in Nürnberg zu Unrecht bei der Heeresverwaltung benutzert worden ist, wie der Rechtsbeistand der Gebrüder Weinberger, Dr. Suse, vor Gericht ausführte, vor dem sich der Verantwortliche des deutschen Blattes, Haase, wegen Beleidigung mehrerer angegriffenen Firmen zu verantworten hatte. In dem Artikel werden den Juden im allgemeinen ehrenrührige Dinge vorgeworfen. Auf die Frage des Richters, weshalb er so alte und dazu noch unzutreffende Sachen aufwärme, meinte der Angeklagte, das sei im politischen Kampfe üblich und gebe seinem Artikel mehr Beweiskraft. (1) Die Angaben habe er den „Antisemitischen Jahrbüchern“ entnommen. Das Gericht bewertete diese journalistische Glanzleistung mit einer Geldstrafe von 100 M.

Milchhändlerterrorismus.

Vor dem Hamburger Landgericht, Strafkammer III, hatten sich am Mittwoch dreizehn Mitglieder des Ausschusses zur Regelung des Verkaufspreises der Milch und zur Bekämpfung der Schleuder-

konkurrenz wegen versuchter Erpressung zu verantworten, während der Redakteur des Milchhändlerorgans, Ernst Meyer, der Beihilfe zur Erpressung angeklagt war. Befragter Ausschuss ist ein Organ des Zentralverbandes Hamburger Milchhändlervereine. In einem Schreiben verlangte der Ausschuss von den Milchproduzenten, er solle die Milch nur an solche Händler liefern, die zu dem von dem Zentralverband festgesetzten Preise verkaufen, „alle anderen müßten boykottiert und zahlungsunfähig gemacht werden.“ Zwei Empfänger solcher Schreiben wandten sich an die Staatsanwaltschaft, worauf die Anklage gegen die Genannten erhoben wurde. Die angeklagten Gemütsmenschen behaupten, im Interesse des Publikums gehandelt zu haben, daß, wenn es eine gute Milch haben wolle, 20 bis 22 Pf. pro Liter zahlen müsse. Der Staatsanwalt bezeichnet das Vorgehen der Angeklagten als einen schweren Fall von Terrorismus, der sich als versuchte Erpressung qualifiziere. Antragsgemäß wurden die dreizehn Milchhändler zu je acht Tagen und der mitangeklagte Redakteur, der das Schreiben verfaßt hat, wegen Beihilfe zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Martyrium eines Dienstboten.

Düstere ländliche Sittenbilder wurden in einer Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Dresdener Landgerichts aufgerollt, in der sich der Gutbesitzer Otto Wendisch in Kleitz bei Großenhain wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Bei dem genannten Gutbesitzer war im vorigen Jahre die Magd Lehmann bedienstet, ein krankliches blaßes Mädchen, das fortgesetzt von einem ebenfalls bei dem angeklagten Gutbesitzer in Arbeit stehenden Knechte geschlagen, mit der Peitsche und anderen landwirtschaftlichen Instrumenten derart bearbeitet wurde, daß das Mädchen oft verschmolzenes Gesicht und blaugeflogene Augen hatte. Am letzten Weihnachtsabend sollte die Unglückliche noch abends 10 Uhr Schreuarbeiten verrichten. Als die Arbeit nicht schnell genug vorwärtens ging, erhielt das Mädchen wiederum von dem Knechte jämmerliche Prügel. Gegen Mitternacht kam der Hausherr nach Hause. Er fand das Mädchen völlig durchnäßt auf der Treppe sitzen und es konnte sich nicht bewegen. Am nächsten Tage, als die Milchhandelte sich eingermahnen wieder erholt hatte, wurde sie von dem angeklagten Gutbesitzer selbst geschlagen, so daß sie zu Boden stürzte und sich nicht mehr erheben konnte. Fünf Tage blieb das Mädchen im Bette, ohne daß ein Arzt geholt wurde. Erst am 31. Dezember wurde die Bedauernswerte auf Anordnung des Gemeindevorstandes in das Großenhainer Krankenhaus geschafft, wo sie am anderen Tage verstarb. Obmals hat sich das tote Mädchen an den 78 Jahre alten Gemeindevorsteher gewendet und diesem ihre Not geklagt. Einmal kam es mit völlig verdauendem Gesicht, mit völlig geschwollenen Augen zu ihm, aber Anzeige erstattete das Dorfobervorsteher nicht. Diese Saumseltigkeit gab auch dem Gerichtsvorsitzenden Veranlassung, den Dorfältesten energisch an seine Anzeigepflicht zu erinnern. Bei ihrer Einlieferung in das Großenhainer Krankenhaus war die Magd über und über mit blauen Flecken und Blutunterlaufenen Stellen bedeckt, die zwar nicht die direkte Ursache des schnellen Todes des Mädchens gewesen sind. Der Gutsherrschaft ist das brutale Auftreten des Knechtes bekannt gewesen. Sie ist aber nicht dagegen eingeschritten, vielmehr hat die Gutsherrin nach ihrer Aussage selbst Angst vor dem Knecht gehabt. Ebenso ist der Herrschaft bekannt gewesen, daß das Mädchen leidend und krank gewesen ist und nur unter großen Anstrengungen die schweren landwirtschaftlichen Arbeiten hat verrichten können. In diesem Verhalten des Gutbesitzers und in der Tatsache, daß der letztere die Mißhandlungen des Mädchens des Knechtes gekannt und gebuldet habe, und daß der Angeklagte hiergegen nicht eingeschritten sei, erklart das Gericht die Tatbestandsmerkmale der schweren Körperverletzung und verurteilte den Gutbesitzer zu der Strafe von 6 Monaten Gefängnis.



Carl Stiller jr. Schuhwaren

Morgen Sonnabend Eröffnung

w. Leipzigerstr. 29 Ecke Friedrichs-Mädlerhaus

w. Königgrätzerstr. 124/29 Hotel Fürstenhof

s. Oranienstr. 155/56 am Moritzpl. Ecke Prinzessinnenstr.



Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes "Solidarität"

Touren

- zum Sonntag, 2. Oktober. 1. Abt.: 6 Uhr: Jernsdorf, 1 Uhr: Rüggeheim. Start: Bülowstr. 58.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.

Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weiter v. Berlin gelegene Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. Mäb. Anzahlung, langj. Hypotheken. Pläne gratis.

Im Schweiß Deines Angesichts Behalte den „Humor“ — sonst nichts.



Humor putzt alle Metalle sauber und geruchlos. Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an. Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

JOSETTI JUNO Cigaretten müssen Sie stets verlangen, wenn Sie Wert darauf legen, eine Marke zu kaufen, deren Qualität Sie vollkommen zufrieden stellt. Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verschiedenes. Patentanwalt Wessel, Ostfriesenstr. 94a. Kunstofferei von Frau Kofsky, Schlichterstr. 8 III.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Lithographen - Bezahlung (guter Lohn) in der Buchdruckerei W. u. Co., Lindenstr. 11. 261/19

Wohnungen. Prachtwohnungen Soldinerstr. 32. Pantstraße 57, an Badstraße, Brunnenpark, Wohnungen 18 Mark an. 1300R

Musik. Pianino, wenig gebraucht, sofort billig! Potsdamerstraße 47b, hochpart. 1320R

Zimmer. Möbliertes Zimmer, Culmstraße 18, vorn III. 40R

Möbel. Ottstraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art.

Assistent oder Vertreter für Allgemeine Aerztepraxis gegen wenigstens 30 Mark Tagesentschädigung wird für sofort gesucht. 1148b

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.

Verkaufe. Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Teppichdecken, Federbetten, 1,75, 2,25, 2,50, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.